

Quadratur des Kreises für Frauen, Frieden und Sicherheit

"Frauen werden allgemein in der Sicherheitspolitik bisher wenig miteinbezogen.
Es ist buchstäblich eine "Männerwelt", die zum patriarchalischen Sozialsystem gehört.
In der Sicherheitspolitik – wie auch im Patriarchat – herrscht das Prinzip, dass Stärke und Macht gleichgesetzt werden mit der Bereitschaft, Gewalt … auszuüben.

Aber es geht hier nicht vorrangig um Männer und Frauen, sondern vielmehr um "Gender", d.h. Rollen, die einer Person von der Gesellschaft zugeschrieben werden." Xanthe Hall



Internationales Bundesfachseminar Deutscher Frauenring e.V. 24. bis 25. Oktober 2018 Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Berlin-Mitte

80

Die Grüne Reihe

"Quadratur des Kreises für Frauen, Frieden und Sicherheit"

Internationales Bundesfachseminar

Deutscher Frauenring e.V.

24. bis 25. Oktober 2018

Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Berlin-Mitte

Das Seminar wurde gefördert durch:

Bundeszentrale für politische Bildung Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Erna-Schlepper-Stiftung

Impressum

Herausgegeben von:
Deutscher Frauenring e.V.
Redaktion: Bundesgeschäftsstelle
Copyright: Deutscher Frauenring e.V. Bundesverband
Sigmaringer Str. 1, 10713 Berlin
www.deutscher-frauenring.de



Inhaltsverzeichnis

Vorwort4
1. Seminartag: "Menschenrechte und Frieden als zwingende Priorität jeden politischen Handelns" 5
Begrüßungsreden5
Grußwort der UN-Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt bei Konflikten, Pramila Patten, zum Seminar des Deutschen Frauenrings
I. Panel:
Am Friedensziel in jeder Lage festhalten - Mehr Frauen sichern mehr Frieden 9
Xanthe Hall, Geschäftsführerin Internationale Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), Geschäftsführender Vorstand Internationale Kampagne für die Ächtung von Atomwaffen (ICAN Deutschland)
Kristina Lunz, Center for Feminist Foreign Policy (CFFP), Co-Founder and Country Director for Germany
Nicola Popovic, Expertin zu Geschlechterfragen in Friedens- und Sicherheitspolitik 14
Diskussionsrunde
Grußwort der Parlamentarischen Staatssekretärin, Caren Marks, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
II. Panel:
Nationale Aktionspläne - Stärken und Schwächen 21
Heidi Meinzolt, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, WILPF
Dinah Abd El Aziz, Referentin für Menschenrechte und Genderfragen, Auswärtiges Amt 29
Jeannette Böhme, Menschenrechtsbeauftragte, medica mondiale 30
Diskussionsrunde
III. Panel: Friedensstifterinnen am Verhandlungstisch
-
Hüsniye Günay, Koordinationsmitglied Ezidischer Frauenrat Binevs e.V
Dr. Maria Al Abdeh, Women Now For Development, Syrien
Dr. E. Biran Mertan, Gender Advisory Team (GAT), Zypern Dr. Maria Hadjipavlou, Gender Advisory Team (GAT), Zypern
Friedenstische - World Café – Diskussion an regionalen Friedenstischen -



2. Seminartag "Menschenrecht auf Frieden - Von der Grundidee zum echten Instrument"	50
IV. Panel: Ein Menschenrecht in Kinderschuhen Einführungsvortrag	
Dr. Wolfgang S. Heinz, Deutsches Institut für Menschenrechte	50
Rosy Weiss, ehem. IAW-Präsidentin, langjährige Leiterin der IAW-Friedenskommission	52
Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden und Vorsitzende der IAW- Friedenskommission	55
Diskussionsrunde	58
V. Panel: Menschliche Sicherheit herstellen: Empowerment für dauerhaften Frieden	59
Anuarite Siirewabo Muyuwa (DR Kongo), Regionale Vizepräsidentin IAW	59
IAW-Projekt "Wasser und Hygienebinden für Schulmädchen"	61
VI. Panel: Status Quo - Wo Frieden verankert werden muss	69
Ingeborg Breines, Co-Präsidentin International Peace Bureau (IPB)	69
Monique Bouaziz, Vertreterin der IAW bei der UNESCO (F)	77
Xenia Kellner, AGORA - Junge Feministin in der Europäischen Frauenlobby (EWL)	79
VII. Panel - Arbeitsgruppen: Aufbau & Erhalt der Kultur des Friedens - Alle Kräfte mobilisieren	80
VIII. Panel: Kultur des Friedens – Mehr als ein Protest	83
Abschlussrede Manju Kak, All Indian Women's Conference, IAW	83
Anhang – Seminarprogramm deutsch	88
Anhang – Seminarprogramm englisch	93
Anhang – Infoblatt zu DFR-Wanderausstellung "Über Leben"	98
Anhang – Abkürzungsverzeichnis	99



Vorwort

Der DFR arbeitet seit langem im deutschen Bündnis der Nichtregierungsorganisationen für die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 "Frauen, Frieden, Sicherheit" mit. Wir setzen uns für Frieden durch die aktive Mitwirkung der Frauen ein und forderten einen Nationalen Aktionsplan (NAP) der UNSCR 1325, den die Regierung im Juli 2010 bei unserem Internationalen Seminar in Königswinter endlich ankündigte. Wir gestalteten den ersten und zweiten NAP mit, und haben als Beobachterin und mit Beratung beigetragen, Defizite aufzuzeigen und Vorschläge zu einer guten Umsetzung vorgetragen. 2012 widmeten wir uns beim Internationalen Seminar in Berlin dem "missing gender link" in Aspekten der Friedenssicherung und Aufarbeitung von Kriegsverbrechen.

Mit diesem Seminar Ende 2018 sollte vor den Ereignissen 2019-2020 eine Bestandsaufnahme in einigen vernachlässigten Bereichen erfolgen.

Deutschland hat ab 2019 einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat inne. Uns ist wichtig, dass dabei eine frauen- und menschenrechtsorientierte Schwerpunktsetzung erfolgt und Fortschritte erzielt werden. 2020 werden 20 Jahre Wirkung der UNSCR 1325 sowie 25 Jahre Umsetzung der Politischen Erklärung der UN-Frauenweltkonferenz in Peking ausgewertet. Wir wollten wissen, welche Schwerpunkte zu setzen sind. Welche Fortschritte für den Frieden, die Zurückdrängung des Krieges und der Kriegsgewalt gegen Frauen, sowie für ihre Rolle in der Friedensschaffung und der Erhaltung erzielt worden sind.

Wir sahen, dass wir uns mehr um Abrüstung und Rüstungskontrolle einsetzen müssen. Neben dem steigenden Anteil von Frauen in die NATO und UN-Friedensmissionen gerät dies zu sehr aus dem Blick.

Wir erfuhren vom Ezidischen Frauenrat Binevs Berlin wie wichtig Empowerment und Solidarität für überlebende Frauen aus Sinjar (Irak) sind, die endlich Freiheit vor Religionsverfolgung, Genozid und Femizid inmitten der Internationalen Gemeinschaft in Sinjar fordern. Wir erfuhren von Friedensstifterinnen aus Syrien und Zypern, wie sie Friedensverhandlungen gestalten wollen. Wir lernten, dass trotz UNSCR 1325 Frauen weiter in den Nebenräumen der UN sitzen müssen, statt direkt im Verhandlungsraum zu sein. Wir erfuhren, welche Hürden zu nehmen sind und welche Anstrengungen Frauen aus der Zivilgesellschaft heute auf sich nehmen, um künftigen Frieden zu sichern.

Im zweiten Teil befassten wir uns mit Grundlagen wie dem neuen Menschenrecht auf Frieden, dass wir dringend stärken und bekannt machen wollen, ist es doch wie IAW (International Alliance of Women) und WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) vortrugen, ein Jahrhundertprojekt der Frauenfriedensbewegung. Das Erlernen von Friedenserziehung und Konfliktlösungskompetenz sind immer noch nicht von klein auf und lebenslang in unserem Leben verankert. Grund genug, dies politisch einzufordern.

Der DFR bedankt sich an dieser Stelle bei allen, die zum Gelingen unseres Internationalen Seminars beigetragen haben! Es war für uns ein besonderes Glück, dass der Vorstand unseres Dachverbands, der International Alliance of Women (IAW), so zahlreich vertreten teilnehmen konnte, da die IAW zum 4. Mal seit 1904 in Berlin tagte. Verbunden mit den Frauen der befreundeten NGOs aus dem BÜNDNIS 1325, unseren geladenen Vortragenden und Expert*innen ergab sich ein rundes Bild an Aufgaben für die Zukunft. Besonderer Dank gilt dem Frauennetzwerk für Frieden e.V. (FNF), dass als Mitgliedsorganisation mit uns besonders die zweite Hälfte des Seminars mit konzipiert und gestaltet hat.

Marion Böker für das Präsidium des Deutschen Frauenring



1. Seminartag: "Menschenrechte und Frieden als zwingende Priorität jeden politischen Handelns"

Begrüßungsreden

Das Seminar wurde von Marion Böker (Mitglied des Präsidiums Deutscher Frauenring v. 2015-2019) eröffnet. Sie begrüßte zusammen mit Heide Schütz (Frauennetzwerk für Frieden) und Joanna Manganara (Präsidentin der IAW) die Anwesenden. In den Begrüßungen wurde die Wichtigkeit des politischen Engagements von Frauenorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene für das Thema "Frauen, Frieden, Sicherheit" hervorgehoben. Dies erhält eine besondere Brisanz vor dem Beginn des nichtständigen Sitzes Deutschlands im UN-Sicherheitsrat 2019 und angesichts der aktuellen politischen internationalen gewaltsamen Konflikte.

Joanna Manganara, Präsidentin der International Alliance of Women (IAW)

I would like to welcome the participants to the international seminar organized by the DFR and the IAW on the theme "squaring the circle for women, peace and security".

Peace is a very important issue especially in our days when most conflicts take place within states, are based on ethnic, religious and other ideologies and mainly target civil population.

The nature, effect and impact of conflicts are gendered and affect men and women and people of other gendered identities differently due to preexisting, deep-rooted patriarchal norms compounded with sociocultural inequalities in our societies.

However, women are not just victims of conflict. They play active roles during conflict and in peace building. Despite this, women's and girl's experiences are often undocumented and thus are made invisible at peace negotiation tables.

As their voices and experiences are not heard this very often results in a gender blind approach to peace that is unsustainable and one that perpetuates the cycle of violence and conflict.

Hence most current approaches to peace are focused on ceasefire, political arrangements and conflict management rather than on conflict transformation. Conflict transformation helps address structural violence, which contextually is both the cause and consequence of conflict.

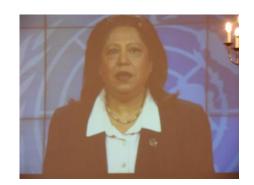


Inclusion and integration of a gender perspective into all spheres political – personal are central to feminist concepts of peace.

The definition of peace hence should be expanded further to emphasize gender equality including the realization of SRHR (Sexual and reproductive health and rights) for all. Gender equality and upholding of SRHR for all should be at the heart of peace building.

A feminist approach draws attention to the efforts, and resilience of women and girls to survive, negotiate and rebuild and builds on these experiences and examples for mainstreaming gender to conflict resolution and peace building.

Im Anschluss an die Begrüßungen wurde eine persönliche Videoansprache von Pramila Patten, UN-Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt bei Konflikten, die nicht persönlich erscheinen konnte, an den DFR und die Teilnehmenden des Seminars übertragen. Eine Zusammenfassung der Rede ist unter http://www.deutscher-frauenring.de/de/grusswort-von-pramila-patten-an-den-deutschen-frauenring-e-v zu finden.



Grußwort der UN-Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt bei Konflikten, Pramila Patten, zum Seminar des Deutschen Frauenrings

Distinguished participants, ladies and gentlemen, warm greetings.

I sincerely wish I could have attended your seminar in person, but I am nevertheless delighted to be able to contribute through this video message.

I would like to start by commending Deutscher Frauenring for hosting this seminar at a time when we are striving to bridge the declared intent of international policymaking with the reality of domestic action in many corners of the world.

While it is easy to be frustrated at the slow rate of change, it is also important that we recognize our successes. Regarding my mandate, it was exactly a decade ago, that the Security Council adopted the groundbreaking resolution 1820 which elevated the issue of conflict-related sexual violence on its agenda, to a threat to security and an impediment to the restoration of peace. The recognition of the fact that such incidents are not random or isolated but



integral to the operations, ideology and economic strategy of a range of state actors and non-State armed groups, marked a shift in the classic security paradigm.

Through successive resolutions, the Council has called for a complete halt to sexual violence in conflict zones. The issue has since been included in an increasing number of peacekeeping mandates, designation criteria of sanctions regimes, training curricula of security sector institutions, mediation processes and jurisprudence of national and international tribunals.

Unfortunately, the significant normative progress is not yet matched by facts on the ground. The rise or resurgence of conflict and violent extremism, with the ensuing proliferation of arms, mass displacement and collapse of the rule of law, continue to trigger patterns of sexual violence with wars being fought on and over the bodies of women. The effects of such sexual violence echo across generations, through trauma, stigma, poverty, poor health and unwanted pregnancy.

Since I took office in June 2017, I met with survivors in the Democratic Republic of Congo, Maiduguri in North East Nigeria, Bosnia and Herzegovina, Cox's Bazar, Bangladesh, Myanmar, Iraq, Darfur, South Sudan. In many of these conflicts, sexual violence continues to be employed as a tactic of war, terrorism, torture and repression including the targeting of victims on the basis of their actual or perceived ethnic, religious, political or clan affiliation with women and girls being used as sexual slaves, human shields and suicide bombers.

Despite increased awareness of the issue, many incidents of mass rape continue to be met with mass impunity. To date, not a single member of ISIL or Boko Haram has been prosecuted for offences of sexual violence. At the same time, all the survivors I met have expressed a thirst for justice. My strategic priorities for the mandate are firstly: converting cultures of impunity into cultures of deterrence through justice and accountability; secondly addressing structural gender-based inequality and discrimination as the root cause and invisible driver of sexual violence in times of war and peace; and thirdly fostering national ownership and leadership for a sustainable, survivor-centered response, that empowers civil society and local women's rights defenders.

Accordingly, it is survivors' diverse needs and experiences that drive all my strategies and interventions.

In an era when armed extremist groups place the subordination of women at the top of their agenda, our response to place the empowerment of women and girls at the top of our agenda. Women are powerful actors in sustaining peace in their communities. It is therefore critical that we achieve a shift from the ad-hoc inclusion of women in peace processes to making women's leadership a norm.

The history of wartime rape has been a history of silence and denial. We cannot give up. We must keep the searchlight of international scrutiny on this historically-hidden crime. Ending sexual violence requires us to harness the energies, skills and resources of all key actors –



Member States, regional organizations, the media, civil society and youth. It is in that spirit that my Office has broadened its collaboration with a range of stakeholders.

Since taking office, with the I have established a Civil Society Advisory Group. I have signed a Framework of Cooperation UN CEDAW Committee. Last week, in the margins of the Francophonie Summit, I signed a Framework of Cooperation with OIF. Last month, I was in Addis Ababa to actively engage with the African Union with whom my Office has signed a Framework of Cooperation.

Wartime rape is preventable, and not inevitable. Addressing it is our collective responsibility. The survivors are watching and waiting – we cannot afford to fail them.

It is critical for all of us to send a clear message that we stand united in the aim of creating an environment that heals, supports and empowers women and girls, and all survivors of sexual violence, in all aspects of their lives.

I wish to commend the efforts undertaken by community leaders, civil society, public institutions and survivors themselves to break the silence that has historically surrounded this issue and shielded the perpetrators from justice. On behalf of my Office, you can rest assured of my continued partnership, political advocacy and support.

Thank you.

Pramila Patten



I. Panel: Am Friedensziel in jeder Lage festhalten – Mehr Frauen sichern mehr Frieden

Xanthe Hall, Geschäftsführerin Internationale Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), Geschäftsführender Vorstand Internationale Kampagne für die Ächtung von Atomwaffen (ICAN Deutschland)



Xanthe Hall ist Geschäftsstellenleiterin, Abrüstungsreferentin und internationale Campaignerin der deutschen Sektion der "Internationalen Ärzte gegen Atomkrieg" (IPPNW). Sie ist auch ehrenamtlich tätig als Mitgründerin und nunmehr Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der deutschen Sektion der "Internationalen Kampagne für die Ächtung von Atomwaffen" (ICAN Deutschland). ICAN erhielt den Friedensnobelpreis 2017. Geboren 1959 in Schottland, arbeitete sie für die britische "Campaign for Nuclear Disarmament", bevor sie 1985 nach Berlin auswanderte.

Frauen werden allgemein in der Sicherheitspolitik bisher wenig miteinbezogen. Es ist buchstäblich eine "Männerwelt", die zum patriarchalischen Sozialsystem gehört. In der Sicherheitspolitik – wie auch im Patriarchat – herrscht das Prinzip, dass Stärke und Macht gleichgesetzt werden mit der Bereitschaft, Gewalt (bis hin zu Massenmord) auszuüben.

Aber es geht hier nicht vorrangig um Männer und Frauen, sondern vielmehr um "Gender", d.h. Rollen, die einer Person von der Gesellschaft zugeschrieben werden. Wir haben es mit einem sozialen Konstrukt zu tun, das bestimmt wie Maskulinität und Femininität aussehen sollten.

Wenn Frauen in der Sicherheits- oder Verteidigungspolitik aktiv sind, folgen sie oft den Traditionen des männlichen Denkens. Das hat mit Glaubwürdigkeit zu tun, denn bspw. wird die Sorge um die humanitären Folgen von Waffengebrauch eher als "feminisiert" betrachtet als "einen kühlen Kopf zu bewahren" und der militärischen Notwendigkeit Vorrang zu geben. D.h. diese Denkweise wird als "emotional" bezeichnet. In der Sicherheitspolitik werden Emotionen als störend wahrgenommen und der Empathie wird deshalb keinen Platz eingeräumt. "Collateral Damage" bedeutet, dass wir das Sterben von Menschen akzeptieren müssen, um die notwendige Aufgabe ausführen zu können. Hier gibt es keinen Platz für Mitgefühl.

In der bisherigen Debatte um Atomwaffen zeigt die Sprache ein ausgeprägt männlich dominiertes Bild. Es geht hier um Macht, Dominanz und Status.

"My nuclear button is bigger and more powerful" sagte Donald Trump zu Kim Jong Un und versicherte ihm damit, dass er Nordkorea auslöschen könnte, wenn er wollte.



Als Trump seine neue Atomwaffenpolitik vorstellte und meinte, er würde das Arsenal wieder aufbauen wollen, sagte er auch, dass er "ganz oben im Rudel" stehen wolle wie ein Leitwolf.

Die nukleare Abschreckung nutzt die Drohung mit Gewalt, um ein Gefühl der Sicherheit zu erzeugen. Diese Sicherheit hat nichts mit der menschlichen Sicherheit zu tun, die unter anderem ein Dach über den Kopf, sauberes Wasser und genug zu essen gewährleisten soll, sondern mit dem Schutz vor potentiellen Angreifern.

"Ich werde Streitkräfte haben, die so stark und mächtig sind und so respektiert werden, dass wir niemanden mit Atomwaffen angreifen müssen", sagte Donald Trump. Wie ein Leitwolf kümmert er sich um den Schutz seines Rudels. Zum Rudel gehört (noch) die westliche Allianz, die sich als "nukleare Allianz" bezeichnet, sowie die NATO und schließt weitere Staaten ein, die von den USA "positive Sicherheitsgarantien" zugesprochen bekommen haben wie z.B. Japan, Südkorea und Australien.

In unserer Gesellschaft wird eine solche Rolle eher von einem Mann ausgeführt, aber auch eine Frau könnte diese annehmen, solange sie die Sprache beherrscht. Allerdings darf sie nicht zu sehr wie einen Mann aussehen. Sie muss eine Doppelrolle spielen: Feminin aussehen, aber wie ein echter Mann handeln.

Erst in letzter Zeit sind Frauen im Bereich der Abrüstung zahlenmäßig besser vertreten. Bei den Verhandlungen des Atomwaffenverbotsvertrags 2017 waren nicht nur in der Zivilgesellschaft vermehrt Frauen in Führungsrollen vorzufinden, sondern auch in der Kerngruppe der Staaten, die den Verbotsprozess geleitet hat.

Aber auch in der Abrüstungspolitik und -praxis werden herrschende Ideen über Maskulinität widergespiegelt. Es gelten hier bestimmte Annahmen, wie z.B. nur Stärke zeigen kann Angriffe verhindern, weil es Menschen (oder "Schurkenstaaten") gibt, die nur Gewalt verstehen.

In der Diplomatie wird zwar meistens nicht direkt gedroht, aber unmissverständlich zu verstehen gegeben, wer das Sagen hat. Im UN-Sicherheitsrat ist das sogar mit dem Vetorecht zementiert.

Beim Entstehungsprozess des Atomwaffenverbotsvertrags war es umgekehrt deutlich zu sehen, welche wichtige Rolle Frauen gespielt haben, auch im öffentlichen Diskurs und in der zivilgesellschaftlichen Kampagne von ICAN (Internat. Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen). Hier wurden Menschen in den Vordergrund gestellt.



Aus dieser Haltung entsteht die Forderung nach Kooperation durch Verträge auf der Grundlage des internationalen humanitären Rechts, dem Dialog und der Vertrauensbildung, um mehr Sicherheit zu erzeugen.

Im Vertrag wurden wichtige neue Ansätze eingebracht:

Anerkennung, dass Frauen besonders von den humanitären Folgen von Atomwaffen betroffen sind sowie Hilfe für Opfer vom Einsatz und von den Atomtests. Dazu gehören medizinische Versorgung, Rehabilitation und psychologische Hilfe. Staaten müssen sich für die soziale und wirtschaftliche Integration der Opfer einsetzen.

Demokratie heißt, die Mehrheit hat Gewicht:

Auch die Annahme, welche Bedürfnisse in der Welt mehr Gewicht haben (z.B. wer die "wichtigen" Staaten" sind) wird durch Macht definiert. Die Siegermächte des 2. Weltkrieges sind gleichzeitig die fünf "anerkannten" Atommächte. Atomwaffenfreie Staaten sind hauptsächlich Länder des globalen Südens, wovon die Mehrzahl bereits in atomwaffenfreien Zonen leben. Diese Staaten haben aber auch Sicherheitsbedürfnisse. Gerade sie werden beispielsweise durch die Folgen von Atomwaffen bedroht. Beim Einsatz von Atomwaffen gibt es globale Folgen – von der Klimaveränderungen bis zur Vernichtung der Zivilisation.

Ähnlich wie bei Frauen, die lange kämpfen müssen, um gehört zu werden, ist mit dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ein wichtiges Prinzip erreicht worden. Nicht nur die, die Macht besitzen (sprich Atomwaffen) haben ein Recht auf Sicherheit, sondern auch die Mehrheit der Staaten, die keine Atomwaffen besitzen. Auch die kleine pazifische Insel, die bereits durch die mächtigen USA und ihre Atomtests verseucht zurück gelassen wurde, hat ein Recht zu leben. Deswegen ist jede einzige Unterschrift unter diesem Vertrag ein Beitrag zur atomwaffenfreien Welt.



Kristina Lunz, Center for Feminist Foreign Policy (CFFP),

Co-Founder und Country Director für Deutschland

Kristina Lunz ist Mitbegründerin und Deutschlanddirektorin des "Center for Feminist Foreign Policy". Bis vor kurzem war sie Gender und CoordinationOfficer des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP) in Yangon, Myanmar. Zuvor arbeitete sie bei der lokalen NGO "Sisma Mujer" in Bogota, Kolumbien, zu der UNSCR 1325 Frauen, Frieden und Sicherheit. Hierbei war sie speziell auf den kolumbianischen Friedensprozess und die Partizipation von Frauen fokussiert. Nebenbei ist Frau Lunz als freie Autorin, Kampagnenberaterin, Politikanalytikerin und Aktivistin tätig.



Mit der Ausarbeitung einer feministischen Außenpolitik sind zwei grundlegende Dinge getan:

- 1. Anerkennung der Entstehung von Ungerechtigkeiten auf der Welt
- 2. Abbau dieser Ungerechtigkeiten

Eine feministische Außenpolitik beinhaltet zwei Ebenen: **Repräsentation** und **Inhalt**. Frauen sollen sich verstärkt in die Außenpolitik einbringen können (50-50 Mann/Frau) und somit die Bereiche von Sicherheitspolitik und Außenpolitik mit analysieren und daraufhin die wichtigen Entscheidungen mit treffen.

Hierbei gilt Schweden als Vorreiter: Seit 2014 ist eine feministische Regierung an der Spitze mit einer feministischen Außenpolitik. Ziel der schwedischen feministischen Außenpolitik ist die Einhaltung der 4 R's "Rechte, Repräsentation und Ressourcen" von Frauen zu stärken sowie als viertes R der "Realitätscheck" durch Forschung und Recherche.

Das Signifikanzniveau eines ungerechten Staates hängt von der inneren und äußeren Gewaltbereitschaft ab.

Man muss noch weiter gehen als Schweden. Hierbei soll der erste Schritt gegen eine patriarchalische Welt sein und dabei sollen die Themen noch weiter gefasst werden wie z.B. Asylpolitik und Klimapolitik.

Der Unterschied zwischen konventioneller Außenpolitik und feministischer Außenpolitik: In der konventionellen Außenpolitik werden Staaten als "black box" gesehen, während die feministische Außenpolitik einen Schritt weitergeht und einzelne Schichten der "black box" aufdröselt und auseinandernimmt.



Die feministische Außenpolitik kritisiert die Stärke der fünf Supermächte (China, Frankreich, Russland, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). Von ihnen werden die wichtigsten Entscheidungen getroffen, womit sie in der Hierarchie ganz oben stehen.

Weiterhin fordert die fem. Außenpolitik eine menschliche Sicherheit durch die Sicherheit einzelner Individuen und nicht die staatliche Sicherheit durch Waffen.

Außerdem bedeutet fem. Außenpolitik Intersektionalität. Hierbei soll sich nicht nur die politische Unterdrückung von Mädchen und Frauen angeschaut werden, sondern auch welche weiteren Faktoren dies beeinflussen wie z.B. Ethnie und Hautfarbe.

Wenn die feministische Perspektive weiterhin in der Außenpolitik nicht beachtet wird, dann scheitert die Außenpolitik.

Der Einbezug der UN-Agenda "Women, Peace and Security" ist ein wichtiger Teil der feministischen Außenpolitik. Hierbei gilt die Devise: Frauen wollen nicht einfach nur einen Platz am Tisch der Außenpolitik – der Tisch soll auseinandergenommen werden und neu zusammengestellt werden.

Fazit: Kristina Lunz zeigte, dass die Agenda der UNSCR 1325 von Schweden erfolgreich als "feministische" Außenpolitik umgesetzt wird mit Blick auf mehr Prävention. Hier kann z.B. die Sicherheit einer Transperson auf der Straße Maßstab sein.



Nicola Popovic, Expertin zu Geschlechterfragen in Friedens- und Sicherheitspolitik



Nicola Popovic arbeitet seit fast 15 Jahren zu Themen rund um Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Sicherheit u.a. für die Vereinten Nationen, Regierungen, akademischen Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa, westlichem und südlichem Afrika und Lateinamerika. So hat sie beispielsweise in Zimbabwe das Frauen, Frieden und Sicherheitsprogramm für "UN Women" betreut. Außerdem begleitete sie den diesjährigen Schweizer Aktionsplanprozess zu Frauen, Frieden und Sicherheit und hat globale Forschungsprojekte zu der Beteiligung und Umsetzung von Frauen in Friedensprozessen für die Vereinten Nationen konzipiert, geleitet und veröffentlicht.

Ohne Frauen ist Frieden als Ziel nicht erreichbar. Über die Hälfte der Weltbevölkerung würde schlichtweg fehlen. Trotzdem sind Frauen nach wie vor von den Verhandlungen rund um Frieden und Sicherheit weitestgehend ausgeschlossen.

Obwohl ein recht umfassender Rechtsrahmen – aus 8 UN-Sicherheitsratsresolutionen, Menschenrechtsverträgen (CEDAW), internationalem Straf- und humanitären Völkerrecht – besteht, werden die Normen zum Schutz und der Förderungen von Frauen unzureichend umgesetzt. Die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen, der Schutz vor sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt und die Prävention von bewaffneten Konflikten sind die Kernthemen des existierenden Regelwerks.

Deutschland ist eins von über 70 Ländern, welches einen eigenen Aktionsplan zur Umsetzung der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit entwickelt hat. Dieser sowie auch die Aufgaben, die Deutschland im UN-Sicherheitsrat übernommen hat, müssen umgesetzt werden mit dem Ziel, menschliche Sicherheit, Geschlechtergerechtigkeit, Menschenrechte und nachhaltigen Frieden zu fördern.

Geschlechtersensible Konfliktanalysen können aufzeigen, wo und wie genau Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, sexuelle Orientierung und Identifizierung, soziale Stellung oder ethnische Herkunft eine Rolle in bewaffneten Konflikten und bei der Ausübung von Gewalt spielen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie *Saferworld* und *Reconciliation Resources* haben dazu spezielle "Toolkits" entwickelt.

Es ist ebenfalls die Zivilgesellschaft, die Frauen vor Ort in schwierigen Notlagen zur Seite steht, aber auch international die Aufmerksamkeit für Frauen-, Friedens- und Sicherheitsthemen stärkt. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen



müssen gestärkt und nachhaltig unterstützt werden, insbesondere in fragilen und konfliktbelasteten Gebieten.

Inklusive Entscheidungsprozesse, die Dialogformen auf Augenhöhe schaffen, sind die Grundlage für nachhaltige Friedensprozesse. Dabei kommt es nicht nur auf die Anzahl der Frauen an, die mit am Tisch sitzen, sondern vor allem auch auf die Art und Weise, wie Verhandlungen geführt werden. Vermeintlich männliche Tugenden sollte nicht blind eine positive Bewertung zugeschrieben werden, wenn es um öffentliche und politische Debatten geht. Empathiefähigkeit, Einfühlungsvermögen und Fürsorge sollte mehr Anerkennung und Wertschätzung erfahren, auch und insbesondere wenn es um Verhandlungen rund um Frieden und Sicherheit geht. Gender Champions und Gender Experten sollte auch auf der Arbeitsebene mehr Gewicht gegeben werden.

Finanzielle Mittel deuten auf die Prioritätensetzung öffentlichen Interesses hin. Dazu sollte auch Geschlechtergerechtigkeit gehören und sich darin wiederfinden. Analysen von Finanzund Haushaltsmitteln aus Geschlechterperspektive sind für die Identifizierung besonders hilfreich.

Nicht zuletzt sind es Evaluierungsmethoden die uns zeigen, welche internationalen und nationalen Projekte und Interventionen Erfolg hatten. Um Erfolg in Richtung Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechtsschutz zu messen, müssen die Messinstrumente über dementsprechende Sehschärfe verfügen. D.h. Daten müssen nach Geschlecht, Alter und weiteren sozio-demografischen Faktoren aufgefächert werden und konkrete Forschungsfragen nach Geschlechterdimensionen in Frieden und Sicherheit gestellt werden. Nur so kommen wir dem Ziel zu nachhaltigem Frieden für uns alle ein Stück näher.



Diskussionsrunde

Teilnehmende:

Xanthe Hall, Kristina Lunz, Nicola Popovic, Marion Böker (Moderation)

Marion Böker: Es gilt nochmal festzuhalten, dass es wichtig ist, Männer nicht auszuschließen, sondern zu erreichen, dass Männer und Frauen zu gleichen Teilen vertreten sind und Politik machen.

An alle Referentinnen: Was versteht ihr unter menschlicher Sicherheit? Können Männer auch Empathie und Emotionalität für Frauen aufbringen und somit das Konzept Empathie nutzen, um Gewalt zu verachten?

Xanthe Hall: Viele große Fragen. Viel wird durch eigene Erfahrung mitgenommen und auch in der eigenen Erziehung kommen viele an den Punkt: wie vermittele ich ein Weltbild in der Erziehung? Dabei gilt Abschreckung als ein Ansatz (verhältnismäßig) und das Kind testet die Grenzen der Drohungen selbst aus. Empathie kann in der Erziehung die Überzeugung unterstützen für Zuhören und Kooperation (praktische Erziehung). Dies kann auf die staatliche Meta-Ebene übertragen werden: Empathie ist nicht nur eine Eigenschaft von Frauen, sondern auch Männer sind in der Lage empathisch zu sein und zu handeln.

Kristina Lunz: Menschliche Sicherheit – für wen überhaupt? Jemand der mächtiger ist, hat mehr Sicherheit – das bedeutet, er kann sich mehr Sicherheit durch Waffen leisten. Wenn die Vorstellung besteht, dass Waffen Sicherheit bringen, dann ist diese Sicherheit nur für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zugänglich – die mit dem meisten Geld. Die menschliche Sicherheit ist somit stark an Waffen gebunden. Es gibt keine Studie zu dem Thema unterschiedlicher Emotionalität bei Männern und Frauen, sondern eher zu der Akzeptanz der Gesellschaft von emotionalen Männern und Frauen. Die "hysterische Frau" wurde erfunden, um Frauen zum Schweigen zu bringen. Während die Aufmüpfigkeit bei Männern weiterhin als "male rage" unterstützt und akzeptiert wurde. Bei Frauen allerdings nicht und das ist der Unterschied.

Nicola Popovic: Emotionale Ausbrüche werden unterschiedlich bewertet und mit Attributen gewertet. Empathiefähig zu sein muss mehr und mehr als positiv bewertet werden. Empathie zu zeigen darf nicht als "soft" und "unmännlich" dargestellt werden. In Bezug auf die menschliche Sicherheit steht der Mensch im Mittelpunkt. Es zeigt sich ein Rückfall zur staatlichen Sicherheit im internationalen Diskurs; ganz nach dem Motto "Grenzen hoch um den Staat zu schützen à la Trump". Es ist wichtig, jetzt darauf zu achten, wo dieser Diskurs hingeht, damit er nicht ausufert und konflikttreibend wird.



Marion Böker: Oft zeigt sich Empathie nur im kleinsten Kreis und nicht über Grenzen hinweg für fremde Menschen.

Frage aus dem Publikum: Cameroon used to be a model for peace in Africa for the longest time but has been facing conflicts and neighboring instabilities (Anglophone crisis) lately – how do you think a policy should change to bring more women into conflict resolution in order to secure more peace in Africa?

Nicola Popovic: Das ist ein großes Konzept mit unterschiedlichen und vielen Konflikten. Es gibt viele Projekte und starke Frauenbewegungen, die sich für eine stärkere Inklusion von Frauen in Entscheidungsprozessen einsetzen. Dies findet man besonders in Westafrika und auch Ruanda ist mit mehr als 56% Frauen im Parlament als Positivbeispiel zu sehen¹.

Frage aus dem Publikum: Das Konzept der menschlichen Sicherheit ist im Grunde ein Konzept, welches für sich selbst spricht. Doch geht es weit über die eigentliche Außenpolitik hinaus und greift auch die innere soziale Sicherheit an. Das Konzept von Außen- und Innenpolitik verschiebt sich dadurch völlig und man müsste es anders fassen. An Kristina Lunz und Nicola Popovic: es verlangt daher ein globales Konzept, da eine Vermischung dieser Ebenen besteht – wie würde dieses lauten?

Nicola Popovic: Da der Sicherheitsbegriff über Grenzen hinausgeht (vielschichtig und multidimensional), muss dieser angepasst werden. Infrage kommt ein gesamtpolitisches Konzept wie das der human security (menschliche Sicherheit). Dieses Konzept thematisiert nicht einfach nur Sicherheit, sondern es werden auch Entwicklungsmöglichkeiten diskutiert und vor allem auf die unterschiedliche Lage der Geschlechter nach Konflikten eingegangen. Alle Akteure sind betroffen und müssen daher in die Verantwortung gezogen werden. Das Beispiel von Women, Peace, Security macht deutlich, dass bei der Umsetzung nicht nur ein Ministerium verantwortlich ist, sondern alle gefragt sind (nicht nur die Außenpolitik).

Kristina Lunz: Women, Peace, Security steht im außenpolitischen Kontext und ist eng mit "Freedom from Fear" und "Freedom from Want" verbunden. Ohne eine feministische Innenpolitik wird es auch keine feministische Außenpolitik geben. Das Beispiel Deutschland zeigt, dass diese Strukturen ein sehr altes und verkrustetes patriarchalisches System aufweisen.

Xanthe Hall: Auch bei dem Vertrag vom Verbot von Atomwaffen wird die menschliche Sicherheit mit in den Vordergrund gestellt, denn es wird berücksichtigt, was Atomwaffen mit Menschen machen und gemacht haben. Dies fängt dann auf der Ebene der Sicherheits- und Außenpolitik an und durch den trickle-down-Effekt geht es in weitere Ebenen über.

_

¹ Laut Inter-Parliamentary Union hat Ruanda einen Anteil von 61,3% Frauen im Parlament. (http://archive.ipu.org/wmn-e/classif.htm, Situation vom 1. November 2018)



Frage aus dem Publikum: The problem of using labels such as masculine and feminist foreign policy, suggests that there is either one or the other. Should we not just use the term of human foreign policy?

Kristina Lunz: Eine maskuline Außenpolitik ist nicht das Gegenteil einer feministischen Außenpolitik; dies wäre eine feminine Außenpolitik. Eine feminine Außenpolitik bezieht sich auf die gesellschaftlichen und nicht-angeborenen Erwartungen, die das Verhalten von Männern und Frauen betrifft. Das bedeutet, dass bestimmte Werte und Stereotypen an die Geschlechterrollen verknüpft werden. Eine feministische Außenpolitik bedeutet, dass es um die Rechte aller und für alle geht. Vor allem in Zeiten des Populismus und des damit einhergehenden anti-feministischen Backlash wird die Betonung einer feministischen Außenpolitik unverzichtbar. Eine feministische Außenpolitik bedient sich des geschichtlichen Verständnisses, dass es bisher nur Rechte für Männer gab – politische Minderheiten wurden Rechte entzogen. Eine feministische Außenpolitik will eben diese Missstände aufzeigen, wem in der Vergangenheit das Privileg von Rechten entzogen worden ist.

Frage aus dem Publikum: Es herrschen verschiedene Vorstellungen dazu, Frieden zwischen Nord- und Südjemen zu schaffen. Dabei wird sich vor allem eine friedliche Lösung gewünscht. Die persönliche Erfahrung zeigt, dass die Ersten verletzte Kinder waren. Frauen bekommen eine stärkere Rolle zugeschrieben, da sie jetzt diejenigen sind, die sich kümmern müssen, während die Männer im Krieg sind. Anfangs sollte der Krieg zwei Wochen dauern, nun datiert er sich auf vier Jahre. Doch wann endet dieser Krieg? Haben nicht die Staaten, die Waffen an z.B. Saudi-Arabien verkaufen, auch die Macht den Krieg zu beenden? Oder ist ihnen die Etablierung der Menschenrechte und Demokratie doch nicht so wichtig, wenn sie Waffen verkaufen können und das der eigenen Wirtschaft dient?

Nicola Popovic: Entscheidungen dürfen nur getroffen werden, wenn ein Diskurs durch unterschiedliche entstanden ist. Erst dann können verschiedene Gedanken und Meinungen berücksichtigt werden. Die Folge einer stark globalisierten und verknüpften Welt ist, dass das eigene Handeln Konsequenzen für Menschen anderswo hat.

Marion Böker: Frau Angela Merkel möchte von der Waffenlieferung an Saudi-Arabien absehen; hat sie die Zustimmung der ganzen Regierung? Empathie in der Politik ist bisweilen keine Methode in der Politik.

Frage aus dem Publikum: There are three basic problems in the world: communication, communication and communication. Many ministries/government departments do not communicate enough with each other because they do not want any other – national or international – departments to intervene with their politics. Moreover, education is key. It needs to



be accessible from the earliest age possible. Only if you establish a simple knowledge and understanding of values and programs at a young age, you can grow into the ideal and understanding of values.

Xanthe Hall: The education of empathy starts at home. The learned empathy at home can support the process of identification with the values of empathy. This can later on build bridges towards empathy in the political life and influence the communication and behavior in national or international ministries/government departments.

Frage aus dem Publikum: Education, education, education – the first socialization of children through their parents. Emotional men are not culturally accepted – they do not portray and symbolize a powerful leader. This means that women – who are considered as emotional – will not be competent enough to fulfill leadership positions.

Kristina Lunz: Advocacy kann dabei helfen alte Traditionen aufzubrechen. Ein Beispiel dafür ist die sehr maskuline und sexualisierte Sprache in der Abrüstungspolitik. In den Augen der "Männer" ist keine Frau gebildet genug, dass sie dort mitreden kann. Daher muss sich ergeben, dass sich die Regeln ändern und nicht die Frauen selbst.

In der Diskussion ergaben sich folgende Punkte:

Die Diskussion verlief sehr engagiert, weil hier das Wissen zu vielen gewaltsamen Konflikten in der Welt anhand von Beispielen zusammengetragen wurde. Zu den Ergebnissen zählte die Notwendigkeit der Veränderung des Begriffs Sicherheit. Dazu gehört auch eine Haltung, die sich z.B. auch in einer feministischen, frauen- und menschenrechtskonformen Außenpolitik widerspiegelt. Des Weiteren leitet sich daraus die Aufgabe ab, die Beteiligung des eigenen Staates/der eigenen Wirtschaft z.B. an internationalen Waffenexporten aufzudecken und zu stoppen.

Eine weitere Schlussfolgerung und Aufgabe ist: mehr Friedensbildung für Frauen*Männer* fördert Frieden; Friedens-Konfliktlösungsbildung muss schon bei den Kleinen beginnen. CEDAW und die UN-Sicherheitsresolution 1325 müssen wie die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (englisch *Sustainable Development Goals* = SDGs) lokal erklärt werden. Dann könnte auch auf z.B. kommunaler Ebene eine Mobilisierung für diese Ziele angestrengt werden wie z.B. in Taiwan und in der Stadt San Francisco als Modelle freiwilliger Verpflichtung zur Umsetzung von CEDAW.

Die EU hat die UNSCR 1325 komplett adaptiert, dies wäre auch möglich für die Umsetzung von CEDAW.



Grußwort der Parlamentarischen Staatssekretärin, Caren Marks, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrte Frau Manganara,

liebe Frau von Uslar-Gleichen,

sehr geehrte Frau Schütz,

sehr geehrte Frau Böker,

und sehr geehrte Vertreterinnen des Deutschen Frauenrings,

Herzlichen Dank für die Einladung!

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer

und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft

Es sind heute so viele NGOs aus verschiedenen Bereichen und verschiedenen Ländern hier, das freut mich sehr! Ich habe gerne zugesagt, Sie heute zu treffen, denn das übergreifende Thema, mit dem Sie sich heute und morgen beschäftigen, betrifft auch mein Ministerium. Mit vielen von Ihnen arbeiten wir ja auch in der Konsultationsgruppe zur Umsetzung der Resolution 1325 gut zusammen.

Als federführendes Ressort für die Gleichstellung der Geschlechter steht das Bundesfrauenministerium in besonderer Verantwortung, die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit zu begleiten, zu stärken und in Deutschland voranzubringen. Wir bekennen uns ganz klar zu internationalen Vorgaben und Verpflichtungen – sei es die CEDAW-Konvention, die Pekinger Aktionsplattform oder eben auch die Resolution 1325.

Richtschnur ist für uns natürlich der Koalitionsvertrag, der viele Aufgaben enthält, die uns die nächsten Jahre intensiv beschäftigen. Er enthält neben Maßnahmen und Zielen, die unter der Kapitelüberschrift "Gleichstellung" stehen, eine Vielzahl von Maßnahmen, die gleichstellungspolitisch wirken, so auch im Bereich der Außen- oder Sicherheitspolitik. Unser Ziel ist eine "Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie". Diese hat uns der Koalitionsvertrag aufgegeben.

Unser aktueller Leitsatz für die Gleichstellungspolitik heißt: Frauen können alles. Das ist erst einmal Fakt: Frauen können Anwältin, Abgeordnete, Aufsichtsratsvorsitzende werden. Frauen haben alle Rechte. Das ist aber auch eine Forderung: Frauen werden Steine in den Weg gelegt. Diese Hindernisse gilt es zu beseitigen! Frauen können alles, das heißt aber nicht: Sie müssen sich nur genug anstrengen. Es geht darum, dass jede Frau das Leben führen kann, das sie selbst will. Und dafür die nötigen Rahmenbedingungen bekommt. Wenn eine Frau etwas will und kann, dann muss sie es auch erreichen können. Das ist eine gemeinsame Verantwortung. Wir alle, die Politik, die Wirtschaft, die Gesellschaft, die Partner, wir müssen mehr tun, damit Frauen wirklich alles können.



Und der Koalitionsvertrag sagt auch ausdrücklich:

- Wir treten weiterhin konsequent ein für die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsamen Konflikten.
- Wir setzen den zweiten Nationalen Aktionsplan zur UN-Resolution 1325 um.
- Die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen bei der Prävention und Beilegung von Konflikten wird eine wichtige Rolle spielen.

Sie werden auf Ihrem Seminar intensiv über den Nationalen Aktionsplan und die Herausforderungen seiner Umsetzung sprechen. Wenn es um die Umsetzung der Resolution 1325 geht, arbeiten wir eng mit den anderen Ressorts zusammen - ich habe eben schon die Beauftragte für Menschenrechte des Auswärtigen Amtes, Frau von Uslar-Gleichen, begrüßt.

Das BMFSFJ ist innerhalb der Bundesregierung hier nicht der Hauptakteur, aber es gibt doch einige konkrete Maßnahmen in unserem Bereich, die ich kurz ansprechen möchte.

Mit unserem Bundesprogramm "Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" fördern wir Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Und das auf allen Ebenen. Mit einem Volumen von 120,5 Mio. € ist es das finanzstärkste Instrument der Bundesregierung für Demokratieförderung und Extremismusprävention. Ministerin Dr. Giffey hat entschieden, dass "Demokratie leben!" entfristet und damit über das Jahr 2019 hinaus fortgeführt und weiterentwickelt wird. Und der nächste Schritt ist die Erarbeitung eines Gesetzes zur Förderung der Demokratie (kurz: Demokratiefördergesetz).

Ein leitendes Prinzip bei unseren Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ist Gender Mainstreaming. Die Gender-Perspektive ist entsprechend in allen Förderleitlinien des Bundesprogramms "Demokratie leben!" fest verankert. Wir beziehen damit die Anliegen und Erfahrungen von Frauen und Mädchen ebenso wie die von Männern und Jungen in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung der Maßnahmen mit ein. Im Bundesprogramm "Demokratie leben!" fördern wir konkrete Maßnahmen und Ansätze, die die Geschlechterdimension des Extremismus adressieren. Dazu gehört beispielsweise die "Fachstelle Gender und Rechtsextremismus" der Amadeu Antonio Stiftung.

Darüber hinaus unterstützen wir einzelne Modellprojekte, die sich mit problematischen Einstellungen zu Geschlechterrollen beschäftigen, oder auch Projekte, bei denen es um Gender-Aspekte in der Radikalisierungsprävention in Bezug auf islamistische Orientierungen geht. Einzelne Modellprojekte widmen sich gezielt geschlechterspezifischen Aspekten der Prävention im Internet und den sozialen Medien.

Im Rahmen des Programms "Demokratie leben" wird von September 2017 bis Dezember 2019 das Projekt "Sheroes – Gemeinsam mit Betroffenen gegen Gewalt im Namen der Ehre" gefördert. In dem Projekt soll u.a. eine Beratung bislang schwer erreichter Gruppen wie von Zwangsverheiratung Betroffene und LGBTI (Lesbian, Gay, Bisexual u. Transgender) stattfinden. Das Projekt wird von der Kriseneinrichtung Papatya in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten von Berlin-Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg durchgeführt.

Ein weiteres Thema, dass uns beschäftigt: Für die in Deutschland ankommenden geflüchteten Frauen und (ihre) Kinder stehen der Bund, die Länder und die Kommunen in der gemeinsamen Verantwortung, ihnen ein gewaltfreies und sicheres Leben in Deutschland zu gewährleisten und sie langfristig bei der Integration zu unterstützen. In Deutschland haben wir ein ausdifferenziertes Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen, das auch geflüchteten Frauen und Mädchen offensteht, die sexualisierte Gewalt in Konflikten oder im Fluchtzusammenhang erfahren haben. Dazu gehören mehr als 350 Frauenhäuser und mehr als 100



Schutzwohnungen mit mehr als 6.400 Plätzen, die jährlich etwa 15.000 bis 17.000 Frauen mit ihren Kindern – das heißt etwa 30.000 bis 34.000 Personen – Schutz und Beratung bieten. Hinzu kommen bundesweit mehr als 450 Fachberatungsstellen, die von Gewalt betroffene Frauen qualifiziert beraten und unterstützen.

Die von meinem Haus geförderten bundesweiten Koordinierungsstellen gegen Gewalt an Frauen und Menschenhandel haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Fachberatungsstellen und Frauenhäuser bei der Beratung und Hilfe für geflüchtete Frauen zu unterstützen.

Das bundesweite Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" ist kostenlos, rund um die Uhr, an 365 Tagen, barrierefrei erreichbar. Die mehrsprachige Beratung in mittlerweile 18 Sprachen wird von gewaltbetroffenen geflüchteten Frauen zunehmend genutzt. Für schwangere geflüchtete Frauen bietet das Hilfetelefon "Schwangere in Not" eine ebensolche vertrauliche Beratung.

Das Bundesfrauenministerium hat darüber hinaus im Rahmen des "gleichstellungspolitischen Konzepts zum Schutz und zur Integration von geflüchteten Frauen und ihren Kindern" eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, darunter:

- den Schutz vor Gewalt und die Unterstützung von gewaltbetroffenen geflüchteten Frauen und Kindern, insbesondere in Flüchtlingsunterkünften;
- das BMFSFJ und UNICEF haben zusammen mit einer Vielzahl weiterer Partnerinnen und Partnern "Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" herausgegeben.
- Einen weiteren Schwerpunkt bilden Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, um Frauen und Mädchen in Flüchtlingsunterkünften über ihre Rechte und über Beratungsund Schutzangebote zu informieren.

Das Bundesfrauenministerium fördert außerdem das Projekt von Plan International Deutschland e.V. "Aktiv gegen weibliche Genitalverstümmelung in Flüchtlingseinrichtungen", in dessen Rahmen u.a. über gesundheitliche und rechtliche Aspekte von FGM aufgeklärt wird.

Ich habe eben schon erwähnt, wie wichtig der Dialog mit der Zivilgesellschaft ist - das sollen keine Lippenbekenntnisse sein. Dazu gehört auch ganz konkret z.B. finanzielle Unterstützung. Die heutige Veranstaltung hat mein Ministerium ebenfalls gerne unterstützt, wenn auch nur mit einem kleinen Betrag. [6000 Euro]

Beispielhaft möchte ich hier DaMigra nennen. Im September 2014 hat sich dieser Dachverband der Migrantinnenorganisationen gegründet. Die Gründung und der Aufbau des Verbandes wurden im Rahmen einer Anschubfinanzierung von 2013 bis 2016 vom BMFSFJ und – mit einem kleineren Anteil – vom BAMF gefördert. DaMigra ist inzwischen regelmäßige Ansprechpartnerin für uns und für andere bundes- und landespolitischen Akteure zu migrationsund frauenspezifischen Themen. Seit Oktober 2016 fördern BMFSFJ und BAMF ein 3-jähriges Projekt zum Thema "Migrantinnen und geflüchtete Frauen stärken". Und auch im Rahmen von "Demokratie leben" führt DaMigra Projekte durch.

Wie schon gesagt, internationale Verpflichtungen sind Grundlage für unser nationales Handeln: Deutschland hat im Oktober 2017 das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, ratifiziert. Die Istanbul-Konvention ist das erste völkerrechtlich verbindliche Instrument für den europäischen Kontinent, das sich umfassend mit Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beschäftigt.



Um die Regelungen der Konvention in nationales Recht umzusetzen, haben wir beispielsweise das schon erwähnte bundesweite Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" eingerichtet. Und wir haben das Sexualstrafrecht reformiert: Jetzt gilt "Nein heißt Nein", d.h. der Straftatbestand der Vergewaltigung ist bereits dann erfüllt, wenn die Tat gegen den Willen des Opfers geschieht. Drohung oder das Überwinden eines Widerstands des Opfers sind nicht mehr tatbestandliche Voraussetzung.

Die Ratifizierung ist ein wichtiger Meilenstein, aber nicht das Ende des Weges. Mit dem Inkrafttreten der Istanbul-Konvention für Deutschland am 1. Februar 2018 ist es dauerhafte Aufgabe aller staatlichen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen –, weiterhin alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern, zu bekämpfen, von Gewalt betroffene Frauen zu schützen und ihnen Unterstützung zu bieten.

Wichtig ist ein gut ausgebautes und zugängliches Hilfesystem: Frauenhäuser, Zufluchtswohnungen und ambulante Angebote müssen finanziell so aufgestellt sein, dass sie ihre wichtige Arbeit langfristig leisten können. Auf Grundlage der Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention werden wir ein neues Aktionsprogramm der Bundesregierung gegen Gewalt auflegen, um Länder und Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Der "Runde Tisch von Bund, Ländern und Kommunen gegen Gewalt an Frauen" hat seine Arbeit vor wenigen Wochen aufgenommen. Er ist ein wichtiger Baustein des von der Bundesfrauenministerin angekündigten "Aktionsprogramms gegen Gewalt an Frauen".

Liebe Anwesenden,

eine große Herausforderung bei der Umsetzung der Resolution 1325 ist die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen der Prävention und Beilegung von Konflikten, der Stabilisierung, der Friedensbildung und des Wiederaufbaus sowie der Nachsorge und der Friedenskonsolidierung, und die Förderung der Führungsrolle von Frauen.

Wir können als Bundesregierung dazu auch einen, wenn auch kleineren, nationalen Beitrag leisten. Wir verfügen mit dem Bundesgleichstellungsgesetz und dem Bundesgremienbesetzungsgesetz über Regelungen, die den Anteil von Frauen insbesondere in den Führungspositionen und bei der Besetzung von Gremien mit vom Bund zu bestimmenden Mitgliedern verbessern und zunehmend erhöhen. Diese Regelungen sind mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst im Jahr 2015 geschärft worden.

Ein gutes Drittel der Frauen in Führungspositionen der obersten Bundesbehörden waren Frauen (Stichtag 30. Juni 2017), und die Tendenz ist steigend. Bei den Gremien haben wir im Bereich der vom Bund bestimmten Mitglieder etwa 40 % erreicht. Auch hier ist die Tendenz steigend.

Wir wollen auf diesem Weg noch bessere Ergebnisse erzielen, indem wir einen speziellen Fokus auf die Förderung und Beförderung von Frauen legen. Denn die gleichberechtigte Teilhabe und Mitwirkung von Frauen und Männern auf allen Ebenen ist Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Politik, bei uns in Deutschland, aber auch weltweit, in der Außenund Sicherheitspolitik.

Ich war letzte Woche auch bei einer Veranstaltung der Zivilgesellschaft, dem ersten Vorbereitungstreffen zur 63. UN-Frauenrechtskommission, die im Frühjahr 2019 stattfinden wird. Gerade die FRK ist ein Ort des voneinander Lernens. Es ist ein einmaliger Treffpunkt der Zivilgesellschaft und der Regierungen mit- und untereinander.



Es ist auch die FRK, die mit zur Stärkung des Multilateralismus beiträgt. Auch oder gerade in diesen Zeiten ist Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Herausforderungen eine Grundvoraussetzung! Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechtspolitik geht jeden etwas an. Doch verbriefte Menschenrechte und das Wertefundament der Vereinten Nationen werden teilweise deutlich zugunsten nationaler Interessen in Frage gestellt oder sogar über Bord geworfen. Damit geraten auch Frauenrechte in Gefahr - Frauenrechte, die in den letzten Dekaden hart erkämpft wurden.

Wir brauchen den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, und wir werden uns gegen alle Widerstände in Europa und international weiter für Gleichstellung der Geschlechter einsetzen: sei es im Rahmen der Umsetzung der Agenda 2030, der kontinuierlichen Arbeit der Frauenrechtskommission, der Umsetzung der CEDAW Konvention, bei G20 und G7 und in der EU, und eben auch im UN-Sicherheitsrat. Unsere Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat ab Januar 2019 werden wir intensiv dafür nutzen, die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit zu stärken.

Frauenrechte bleiben auf der internationalen Agenda - trotz der Widerstände, die es dagegen gibt. Lassen Sie uns dabei eng zusammenarbeiten.

Vielen Dank!



II. Panel: Nationale Aktionspläne - Stärken und Schwächen Heidi Meinzolt, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, WILPF



Heidi Meinzolt ist langjähriges Mitglied von "Women's International League for Peace and Freedom" (WILPF) und seit dem Kongress August 2018 im Internationalen Vorstand, zuständig für Europa. Sie ist Gründungsmitglied des Frauensicherheitsrates in Deutschland und des "Bündnisses 1325". 2016 organisierte sie die neue Arbeitsgruppe der "Civic Solidarity Platform/CSP" der OSCE "On women and gender realities in the OSCE region", die sie zusammen mit Tolekan Ismailova aus Kirgistan koordiniert.

1. Einführende Gedanken:

Bereits die "Gründungsmütter" des Völkerbundes (zwischen 1915 und 1919 / später Vereinte Nationen) sahen den Mehrklang im Sinne der späteren UN-Charta von Friedensarbeit (nationenübergreifend für Abrüstung, internationale Verständigung, Gewaltprävention und Bekämpfung der Konfliktursachen) und der Beteiligung von Frauen an Konfliktlösung und Verhandlungen. Konsequente und kontinuierliche Arbeit der Zivilgesellschaft und zahlreicher internationaler Frauenorganisationen (u.a. WILPF und ihr Projekt Peacewomen – www.peacewomen.org) in der Vorbereitung der UNR1325 in den 90er Jahren, ihre Einbringung in den Sicherheitsrat über Arria-Formula führten zur einstimmigen Verabschiedung im Jahr 2000. Sie lösten damit eine Dynamik im Rahmen einer Frauen/Frieden/Sicherheits-Agenda aus, die beispielhaft ist und auch in den Nachfolgeresolutionen zum Ausdruck kommt. 2017 startete WILPF eine internationale Kampagne mit einer Veranstaltung "Reclaiming the UN as a peace organisation" mit der Beteiligung vieler Frauen aus Konfliktregionen, die ihre Expertise einbrachten verbunden mit Forderungen sich die Vereinten Nationen wieder zurückzuerobern in ihrer Gründungsidee.

2. Historischer Rückblick Deutschland

2003 hat sich der "Frauensicherheitsrat"/FSR in Deutschland gegründet als Zusammenschluss von Friedensforscherinnen, Vertreterinnen politischer Stiftungen (Ebert, Böll) und Frauenorganisationen wie WILPF, um einen Nationalen Aktionsplan (NAP) auf den Weg zu bringen. Die Gruppe hat an ganzheitlichen Konzepten gearbeitet und den 1. Schattenbericht

2004 erarbeitet mit dem Ziel einen "Umkehrschub zu erreichen in dem Sinne, dass die Außen- und Sicherheitspolitik nicht weiter fast ausschließlich von Männern bestimmt wird und zu fördern, dass Frauen insbesondere nach Konflikten (Beispiele: Afghanistan, Irak) eine



Mitbestimmungsfunktion haben". Ziel war, nicht nur vermutete Bedrohungsszenarien (Terrorismus, Flüchtlingsabwehr) anzunehmen, sondern Politik an den Erfordernissen der konkreten Lebensrealität von Frauen und Männern, als ganzheitlich strategischer Ansatz zu entwickeln. Stichworte waren die Querschnittsaufgaben der 4"P" (Prävention, Protektion, Partizipation, Prosecution); als friedenspolitische Dimension wurde der Schwerpunkt gesetzt auf Prävention und menschliche Sicherheit. Es wurden Zeitvorgaben und Quoten eingefordert.

, nach der Verabschiedung des Aktionsplans zivile Konfliktlösung, verfasste der FSR eine Kritik: fehlende Auswirkungen der Geschlechterbeziehungen im Konflikt z.B. bei der Benennung von Risiken für Konflikte, der Darstellung von Handlungsfeldern, der Frage der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, der Vorstellung von DDR-Maßnahmen, beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen.

wurde ein 1. Schattenbericht geschrieben auf den 2. Umsetzungsbericht der Regierung hin: Schwerpunkte: kein ausreichendes Gendermainstreaming, nur Einzelprojekte, fehlende kohärente Gesamtstrategie, fehlende abgerufene Partizipation.

: Ablehnung der Erstellung eines NAP durch die Bundesregierung/Kanzlerin mit der Begründung:" Gendermainstreaming ist in Deutschland etabliert und es gäbe einen NAP "zivile Konfliktlösung"

gab es mit Mitwirkung des FSR Empfehlungen der Zivilgesellschaft in Europa zur Umsetzung der UNR1325, die in eine EPLO Case study einflossen: spezifische und realistische Ziele und prioritäre Aktionen, festgelegte Zeiträume, ausgewiesenes Budget, Indikatoren, Zielmarken, klare Verantwortlichkeiten, transparente Berichtspflichten und Überwachungsmechanismen in transparentem Prozess, seine Ziele, Zeitpläne, Quoten und Indikatoren müssen in einem öffentlichem Dialog diskutiert und festgelegt, living document!

BDK Antrag Grüne/BT-Fraktionen Grüne Linke/SPD und eine Anhörung im UA zivile Konfliktprävention: Stichworte: Vorrang Prävention - Frühwarneinrichtungen/Menschliche Sicherheit, Ziel ist die Freiheit aller Menschen von Angst – insbesondere auch vor Bedrohungen durch sexualisierte Gewalt - und die Sicherung existenzieller Bedürfnisse und Menschenrechte, Kleinwaffenkontrolle, zero Toleranz in Einsätzen, Bekämpfung von root causes.

Blueprint NAP und Erstellung eines **Eckpunktepapiers nun mit Bündnis 1325** (breites zivilgesellschaftliches Bündnis mit diversen Erfahrungshorizonten). Forderungen: Transparentes Monitoring-Evaluationssystem, Budgetierung "no excuse – Deutschland braucht einen NAP!"



2012 Dezember: Erstellung eines 1. NAP unter Einfluss und Druck der Zivilgesellschaft und ihrer Vorlagen und internationaler Vernetzung, aber ohne direkte Beteiligung bei der Erstellung unter hohem Zeitdruck

2015 Global Study Peace women mit 9 Recommendations: Meaningful participation, Priorisierung von Prävention, Aufforderung zu AP auf allen Ebenen, accountability und Strafverfolgung, Training, Erweiterung des Spektrums

2016 Case study, alternative report /FSR und Juristinnenbund

2017/18 2. NAP (2 Auflagen als schwere Geburt, Fortschritt durch neue Dialogformate operationell/strategisch)

2018 Bündnis Diskussionspapiere und Stellungnahme – Aktualität UNSR mit Prioritätensetzung "gendersensible Konfliktanalysen, FFP, militarisierte Männlichkeit, Monitoring, Evaluation, cross-dimensional, Budgetierung

3. National und international verschränkt

Die Diskussion um die Frauen-Frieden-Sicherheitsagenda ist und bleibt ein cross-cutting und cross-dimensionaler Ansatz mit sehr unterschiedlichen, politisch aufgeladenen Interpretationsspielräumen. Die Zivilgesellschaft hat enorme Expertise. Das muss auch budgetiert werden.

International ist die Diskussion verknüpft mit CEDAW/UPR/ECOSOC (WILPF Themen: Rüstungsexport, Kleinwaffen, Austeritätspolitik, Flüchtlingspolitik, im Rahmen eines emotional aufgeladenen Menschen-Frauenrechtsspektrums und einem wachsenden politischen Klima der Angst und des De-gendering).

Die UN Expert Group zu Women's Meaningful Participation mahnt gerade wieder anlässlich des Geburtstags der Resolution an: "institutionalized patriarchal and militarized systems are one of the most basic and persistent barriers to women's meaningful participation in efforts to resolve conflict". Das ist als Mahnung zu verstehen, verstärktes Augenmerk auf das Kontinuum Gewalt zu richten –violent masculinities and gender-specific impacts of harms" stehen auf dem Prüfstand, sagte auch Madeleine Rees diese Woche. Gleichzeitig ist manchmal ein Schritt vorwärts zwei rückwärts und die Lage von "Menschenrechts-/ Frauenrechtsverteidigerinnen wird schwieriger und gefährlicher.

Frühwarnung liegt immer noch im Argen: systematische Vergewaltigung bei den Rohingya-Frauen war geplant und bekannt, der SR hat versagt. In anderen Ländern, wie z.B. Palästina, haben Frauenfriedensaktivistinnen auf die Auswirkungen der Besatzungspolitik und feh-



lende Accountability, auf den Anstieg der Gewalt und eine Politisierung humanitärer Hilfe verwiesen – aber die chronische Blockierung des SR in dieser Frage ist hinlänglich bekannt – ebenso wie die Rezeption des Konfliktes bei uns in Deutschland.

4. Fazit

18 Jahre nach der erfolgreichen Kampagne für die 1325, sind Frauen immer noch treibende Kraft dahinter, ob sie die entmilitarisierte Zone der koreanischen Halbinsel überqueren, am Aufbau von Gemeinwesen in Kolumbien nach dem Friedensvertrag mitarbeiten, in Kamerun und Burkina Faso Telefonnotdienste und Treffpunkte im Vorfeld der Wahlen zur Gewaltprävention einrichten, sich um die Lage von IDPs im Kaukasus kümmern - immer geht es um Frieden und Gerechtigkeit. Deshalb muss es eine zentrale Aufgabe des SR bleiben, Konflikte nicht nur oberflächlich zu befrieden, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit Frauen und Frauengruppen vor Ort leadership zubilligen, Unterstützung und Empowerment. Auch in Deutschland ist das Bündnis 1325 bereit und gut vorbereitet, diesen Prozess weiterzutragen.

Eine besondere Anregung zum Schluss: Eine sorgfältige Lektüre des gerade verabschiedeten 4. NAP der Schweiz.



Dinah Abd El Aziz, Referentin für Menschenrechte und Genderfragen, Auswärtiges Amt

Dinah Abd El Aziz arbeitet seit Januar 2018 im Referat "Menschenrechte und Genderfragen" des Auswärtigen Amts. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Frauen, Frieden und Sicherheit, Frauenrechte, der Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Die letzten vier Jahre arbeitete sie bei den Vereinten Nationen in Indonesien im UN Office on Drugs and Crime und im UN Resident Coordinator's Office, wo sie sich auf die Umsetzung der Agenda 2030 und die Integrierung von Menschenrechten und Gender in Projekten zur Terrorismusprävention spezialisierte.



Dinah Abd El Aziz vom Referat Menschenrechte und Genderfragen im Auswärtigen Amt stellte die Pläne der Bundesregierung für den Sicherheitsratssitz vor und bot Deutschland als Ansprechpartner*in für die UNSCR-1325-Agenda in schwedischer Tradition an. Deutschland will die Agenda normativ besser verankern, mit allen Akteur*innen zusammen arbeiten.



Jeannette Böhme, Advocacy und Menschenrechtsbeauftragte, medica mondiale

Jeannette Böhme ist Advocacy- und Menschenrechtsbeauftragte der NGO "medica mondiale", welche Frauen und Mädchen unterstützt, die sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in bewaffneten Konflikten erfahren und überlebt haben. Der Fokus von Frau Böhmes Arbeit liegt auf der Umsetzung der UNSCR 1325 "Frauen, Frieden, Sicherheit" durch die deutsche Bundesregierung. Bevor sie 2012 zu "medica mondiale" kam, hat sie mit dem Zivilen Friedensdienst bolivianische Menschrechtsrechtsinstitutionen zum Umgang mit Konflikten um Boden und Ressourcen beraten. Außerdem hat sie zusammen mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte an der Umsetzung von Menschenrechten und Gendermandaten bei Friedenseinsätzen gearbeitet.



Jeannette Böhme von medica mondiale bewertete den Nationalen Aktionsplan kritisch und machte klar, wo es bei NAP III hingehen müsste: die schwachen Felder wie Ressourcen, Frühwarnsystem, Prävention, Innenpolitik endlich zu stärken. Wie WILPF empfahl sie den neuen Schweizer Aktionsplan. Sie ging auf die mangelnde Begleitforschung, Aufarbeitung, Prozessnachhaltigkeit und 1325-Verankerung ein: Gerade Bosnien zeige, dass viele der Überlebenden 20 Jahre später in gesundheitlichen und prekären Verhältnissen lebten und an Langzeitfolgen litten.



Diskussionsrunde

Teilnehmende: Heidi Meinzolt, Dinah Abd El Aziz, Jeannette Böhme, Nicola Popovic (Moderation)

Frage aus dem Publikum: In Afrika gibt es viele Länder, in denen 1325 nicht bekannt ist. Da würde sich ein ganz neues Feld öffnen. Ein politisches Instrument ist sie dort nicht. Was lässt sich tun, damit sich das ändert?

Frage aus dem Publikum: Warum drängen dann Institutionen wie der UNHCR oder die UN in Konfliktsituationen in Afrika nicht darauf, dass 1325 nicht umgesetzt wird in der Sahelzone? Denn dort wird sie am meisten gebraucht.

Heidi Meinzolt: Deutscher Export, Außen- und Sicherheitspolitik orientiert sich an Migrationsabwehr und Terrorismusagenda, nicht Frauenagenda. Deshalb Vernetzung von Frauen-NGOs und Kraft gegen neue Mauern an der Außengrenzen, innerhalb Europas sowie Militarisierung. Schwierigkeit, diese Themen spalten deutsche Bevölkerung.

Jeannette Böhme: Es gibt keine Vorgehensweise für die Entstehung von Aktionsplänen. Manche Regierungen schaffen eigene ohne Beteiligung von Zivilgesellschaft, bei anderen mit. Verantwortung kann unterschiedlich liegen.

Dinah Abd El Aziz: Nationale Aktionspläne sind Verantwortung der Regierungen. Z.B. Namibia mit eigenem Aktionsplan. Die UN kann die Länder nicht zwingen. Aber NGOs aus den einen Ländern können mit denen anderer Länder zusammenarbeiten.

Beispiel: WILPF Frauen in DRKongo verwenden 1325 gegen Extra-Aktivismus (Rohstoffausbeutung und Menschen, gesundheitliche Folgen) mit Broschüren und Aktivismus.

Beispiel: Israelische und palästinensische Frauen zusammen um 1325 nutzbar zu machen.

Frage aus dem Publikum: So optimistisch, dass alles umgesetzt wird. Wie wird es weitergehen in Deutschland? Muss man sich auf große Veränderungen gefasst machen auf der Bundesebene?



Jeannette Böhme: Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Die AfD ist im zweistelligen Bereich. Medien spielen kritikwürdige Situation. Demo 13.10. als Massendemonstration. Mediale Begleitung minimal im Vergleich zur Begleitung von rechten Demos.

Dinah Abd El Aziz: Das Engagement des AA steht. Keine Wahrsagerei möglich.

Frage aus dem Publikum: Implementierung ist sehr wichtig. In Afrika. Aber auch in den Verhandlungen zu Syrien, da setzt die UN, als Verhandlungshost die Resolution nicht um. Was wird Deutschland tun? Syrische Frauen sind sehr gebildet. Aber auch in Libyen. 60% der Libyerinnen sind hoch gebildet.

Jeannette Böhme: UN-Sicherheitsresolution ist soft law, auch wenn es internationales Recht ist. Nicht mit Sanktionen verbunden. Deshalb ist es wichtig, dass Zivilgesellschaft die eigene Regierung in die Pflicht nimmt.

Keine Referentin kann zu Syrien antworten.

Frage aus dem Publikum: Auch im osteuropäischen Raum, Ukraine-Konflikt und Geflüchtete in Polen, die von Frauenorganisationen unterstützt werden, verliert Empowerment von Frauen seinen Stellenwert zugunsten von Kriegslogik und Patriotismus.

Heidi Meinzolt: Beispiel 1325, Gender und Frauen in Gesetzgebung zu gießen, Engagement von Professorin an der Uni.

In der Diskussion ergaben sich folgende Punkte:

- Die UN-Sicherheitsresolution ist ein soft law, zwar internationales Recht, aber ohne Sanktionen.
- Gesellschaften müssen überall fortgebildet und nachhaltig auf Langzeitfolgen und "Heilung" der Überlebenden eingehen. *Localize* ist ein guter Ansatz.
- Überlebende sind in die Mitte zu nehmen; historische Auswirkungen über Generationen hinweg müssen ernst genommen und bearbeitet werden. Gesellschaft sowie Institutionen müssen vorbereitet sein zur Intervention und Unterbrechung von falschen "kriegerischen" Kontinuitäten.
- Die Zivilgesellschaft muss weiter stark hinter den Umsetzungsprozessen auf allen Ebenen stehen (Monitoring) und aus der eigenen Praxis Vorschläge machen, auf konzertierte, zugängliche Prozesse drängen.



III. Panel: Friedensstifterinnen am Verhandlungstisch

Hüsniye Günay, Koordinationsmitglied Ezidischer Frauenrat Binevs e.V.



Hüsniye Günay ist 1980 in Midyat/Türkei geboren worden und lebt seit 1988 in Deutschland. Von 2004 bis 2014 war sie in der Ezidischen Gemeinde Berlin MEB e.V. ehrenamtlich tätig. Nach dem Genozid an den Eziden am 3. August 2014 hat sie gemeinsam mit anderen ezidischen Frauen, den gemeinnützigen Ezidischen Frauenrat "Binevs" e.V. gegründet. Seit dieser Gründung ist sie als Koordinationsmitglied tätig. Ihre Tätigkeitsfelder beinhalten folgende Schwerpunkte: Betreuung und Beratung von Familien mit Flüchtlingshintergrund, Betreuung von Kindergruppen bei Veranstaltungen, Übersetzerin für Kurdisch-Deutsch sowie Ezidentum und Frauenrechte.

Alle Eziden gehören zur kurdischen Volksgruppe und leben/lebten hauptsächlich in den kurdischen Siedlungsgebieten im Irak, Iran, in der Türkei und in Syrien. Unter den mehrheitlich muslimischen (sunnitischen oder alevitischen / bzw. schiitischen) Kurdinnen und Kurden stellen sie eine religiöse Minderheit dar. Ursprünglich gehörten alle Kurden der ezidischen Religion an, viele konvertierten gezwungenermaßen zum Islam, die ezidische Religion gehört nicht zu den tolerierten Religionen. Das Wissen über diese Religion bei Außenstehenden ist gering, Jahrhunderte der Diskriminierung und Verfolgung führten zu einem Rückzug der Ezidi/nnen in die ethnisch-religiöse Gemeinschaft.

Die ezidische Religion ist eine uralte, eigenständige religiöse Gemeinschaft, die vor ca. 5000 Jahren in Mesopotamien, dem Gebiet zwischen Euphrat und Tigris, entstanden ist. Wir glauben an einen Gott und die vier Erdelemente d.h. Feuer, Wasser, Erde, Luft sind heilig. Frauen/insbesondere Mütter haben einen hohen Stellenwert. Als Ezidin oder Ezide kann man nur geboren werden, damit ist eine Missionierung Andersgläubiger ausgeschlossen.

Alle Eziden sprechen Kurmanci, und unterscheiden sich damit oft von den Kurden in ihrem Umfeld. (Hier werden oft im Irak oft Sorani oder im Iran oft Badeni gesprochen, kleine kurdische Gruppen in der Türkei sprechen auch Zaza.)

Die Eziden pflegen neben der Religion viele Traditionen, sowohl bei der Überlieferung von Märchen, Mythen und Geschichten, in der Musik, in der Kleidung, die zumindest an den Festtagen immer noch gerne traditionell ist. Insbesondere die herausgehobene Stellung der Frau und Mutter in der traditionellen Familie unterscheidet sie von ihrem Umfeld.



In ihrem Umfeld wurden und werden sie wegen ihrer Religion diskriminiert und gehören zu den bedrohten Völkern, die sich immer wieder auch Verfolgungen in kleinem und größerem Maß ausgesetzt sehen. So werden ihnen z.B. in Syrien keine Bürgerrechte und damit keine Besitzrechte an ihrem Land oder Papiere zugestanden. Im Irak wird in bestimmten Regionen Land nicht auf ihren Namen eingetragen, in der Türkei dürfen Eziden nicht als Lehrer, Anwalt, Arzt tätig werden.

Die Grundschule ist den Eziden teilweise noch gut zugänglich. In allen Siedlungsgebieten wird der Besuch der Oberschule erschwert oder gar verwehrt, der Erwerb höherer Bildung ist teilweise unmöglich, der Zugang zu vielen Berufen nicht möglich. Teilweise geben sich Jugendliche als Muslime aus, um einen höheren Bildungsgrad zu erreichen. Häufig geraten sie dadurch in seelische Konflikte. Je größer der Druck auf die Gemeinschaft wird, desto starrer wird auch an der Einhaltung von Tradition und Regeln festgehalten.

Die aktuelle Situation der Eziden sowie Überlegungen zur Sicherung des Überlebens der Eziden in Sengal/Nordirak

Der Druck auf die Eziden wächst mit dem Erstarken des wahabitischen Islams in allen Siedlungsgebieten. Auch staatliche Eingriffe machen eine Existenz in den traditionellen Siedlungsgebieten immer schwieriger. Viele Familien sind deshalb bereits geflüchtet. Inländische Fluchtalternativen gibt es für sie auch in den Großstädten in ihren Herkunftsländern nicht. Deshalb gibt es u.a. in Deutschland inzwischen große ezdische Gemeinschaften. Eziden suchen oft die Nähe anderer Eziden bei der Ansiedlung in der Diaspora.

Verfolgung fand und findet statt, im kleinen, lokal sehr begrenzten Rahmen, als persönliche Bedrohung, durch Schikanen und Diskriminierung aber nach wie vor auch als Bedrohung für Leib und Leben: Vor vier Jahren am 3. August 2014, wurden wir durch die Berichte in den Medien "Zeugen" des 74ten Feminizid/Genozid gegen die Eziden in Sengal/Nordirak. Mord, Vergewaltigung, Enthauptung, Verschleppung von Frauen und Kindern, Zwangskonvertierung/Zwangsislamisierung, Sklaverei sowie eine Massenflucht hunderttausender Eziden aus ihrer Heimat, brachte die Barbarei des IS über die ezidische Glaubensgemeinschaft.

Während Männer und ältere Menschen sowie Kinder brutal misshandelt und ermordet wurden, wurden bei diesem Genozid Frauen und Mädchen Beute des IS. Sie wurden verschleppt, vergewaltigt, missbraucht, als Sexsklavinnen verkauft, als Dienerinnen ohne Rechte benutzt. Manche wechselten mehrfach ihren Eigentümer, und die die sich dieser Barbarei nicht beugten wurden hingerichtet.



So wurden Anfang Juni 2016 19 ezidische Frauen, die sich der Konversion zum Islam verweigert hatten, in eiserne Käfige gesperrt auf einem zentralen Platz in Mossul verbrannt.

Am 3. August 2014 wurde die ezidische Gemeinschaft durch diesen barbarischen Angriff des Islamischen Staates in ihren Grundfesten erschüttert.

Die Lage der Eziden/ der ezidischen Glaubensgemeinschaft ist insgesamt – im Besonderen im Irak – immer noch höchst dramatisch und ausgesprochen prekär.

Die verheerenden Folgen des 74te Genozid und der anhaltende Völkermord vom 3.August 2014 sind ununterbrochen zu erleben und sichtbar.

Es leben immer noch hunderttausende Eziden in den Flüchtlingslagern im Nordirak.

Ihnen fehlen jegliche Möglichkeiten zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes aus eigenen Kräften und am allerwichtigsten: Es fehlt ihnen jede Zukunftsperspektive.

In der Region Sengal, aus der besonders viele flüchteten, fehlen auch infrastrukturelle Grundlagen für das Leben bzw. Überleben: Die Dörfer, Anwesen und Häuser sind zerstört, es gibt keine Materialien für den Wiedraufbau der Landwirtschaft (Bewässerung, Saatgut, Anfangsviehbestand)

Wir sind um das Überleben der Mitglieder unserer Glaubensgemeinschaft im Nahen und Mittleren Osten zutiefst besorgt.

Die Stimmung im Umfeld ist auch nach der Vertreibung des IS schwierig: Es ist nicht ausgeschlossen, dass weitere Angriffe/ Massaker auf/an den Eziden stattfinden können.

Das durch den sog. Islamischen Staat IS völlig zerstörte Hauptsiedlungsgebiet der Eziden in Sengal ist weder aufgebaut noch laufen derzeit irgendwelche Projekte, die die Geflüchteten bei Rückkehr unterstützen und fördern. Weder die Zentralregierung des Irak in Bagdad noch die regionale Regierung Kurdistans in Arbil zeigen politischen Willen, zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau des Siedlungsgebiets Sengal beizutragen.

Deren Hauptstrategie basierte bisher bedauerlicherweise ausschließlich darauf, die Eziden in den Lagern zu "Versorgen", sie damit politisch und wirtschaftlich in eine konsolidierte Abhängigkeit und damit in eine dauerhaft unselbstständige Position zu bringen. Ein wirkliches Interesse an der Rücksiedlung in den angestammten Siedlungsgebieten und am Wiederaufbau dort besteht nicht.



Die von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft umgesetzten Projekte und verfolgten Strategien, haben leider genau diese beabsichtigten Zielsetzung des Iraks unterstützt, weil Hilfe und Unterstützung nicht bei den Menschen vor Ort ankommen, nicht von echten zivilen Organisationen getragen, und vor allem nicht in Zusammenarbeit mit den Betroffenen umgesetzt werden.

Ein weiteres Problem ist die Missionierung der Eziden in den Flüchtling Camps im Nordirak insbesondere in den Camps in der Region Dohuk.

Was der IS mit Ermordung, Zwangsislamisierung, Vertreibung am 3.August 2014 nicht geschafft hat, wird mit anderen Methoden durchgeführt. Dabei sind nicht nur islamische Missionare tätig, auch die Missionierung der Eziden durch US Pastoren trägt – im Gewand christlicher Hilfe für die Opfer – zur Destabilisierung der Familien bei. Die Missionierung sorgt nur für weitere Konfliktlinien in der ohnehin schon schwierigen Region.

Alle Missionare, egal welcher Religionsgemeinschaft sie angehören, arbeiten sehr traditionell, bieten dringend benötigte materielle Hilfen, Nahrung, Zelte, Kleidung u.a.m., medizinische Hilfe, Zugang zu Bildungsangeboten im Rahmen ihrer Missionstätigkeit, eingebunden in religiöse Veranstaltungen an.

Dankbar für die Hilfen geraten die Familien hier in einen großen Zwiespalt. Die Ezidische Tradition, Kultur und Religion werden hier nicht respektiert.

Im Interesse der Eziden ist es, dass alle Initiativen und Projekte zur Aktivierung der Selbsthilfe, zur Stärkung des politischen Selbstbewusstseins und letztendlich zur politischen Selbstverwaltung innerhalb der bestehenden Möglichkeiten für alle beitragen. Und dass sie direkt mit den Betroffenen entwickelt und durchgeführt werden.

In der aktuellen Lage gibt es drei Alternativen für den Umgang mit der ezidischen Frage:

- 1.) Man schaut dem Untergang einer uralten Kultur im Vorderen Orient weiterhin tatenlos und planlos zu.
- 2.) Alle Eziden wandern aus ihrer Heimat in Richtung Europa und USA aus. Das stellt die aufnehmenden Gesellschaften vor viele Probleme, bedeutet aber auch eine Entwurzelung der Eziden mit allen psychosozialen Folgen.
- 3.) Alle externen Kräfte, insbesondere die internationale Staatengemeinschaft, unterstützen die Eziden und die anderen diskriminierten ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen



und Gemeinschaften im Nahen und Mittleren Osten in Form von "Hilfe zur Selbsthilfe". Damit würden sie auf eine friedliche Koexistenz aller Ethnien hinarbeiten.

Man muss auch die Möglichkeit schaffen, dass die NGOs, dort tätig werden können. So gibt es im Irak zwar NGOs, aber in Sengal sind sie nicht angekommen.

Die meisten Eziden aus Sengal möchten selbstbestimmt in Würde und Freiheit in ihrer Heimat in Sengal und anderen angestammten Regionen leben können.

Man konnte hier für nachhaltige Hilfe sorgen. Um dies zu erreichen müssen unseres Erachtens folgende Bedingungen erfüllt bzw. Schritte gemacht werden:

Schritte auf dem Weg in eine sichere Zukunft der Eziden in Sengal (stellvertretend für andere Siedlungsgebiete in den unterschiedlichen Staaten)

- Einrichtung einer Internationale Schutzzone in den ezidischen Siedlungsgebieten in Sengal zum Schutz der bedrohten Gemeinschaften
- Internationale Anerkennung des 3. August 2014 als Genozid/ Feminizid
- Einrichtung einer internationalen, wenigstens zur Hälfte aus Frauen bestehenden Untersuchungskommission zur Untersuchung von Verfolgung, Genozid und Feminizid im Nahen und Mittleren Osten
- Besonderer politischer Status für Sengal zum Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen und Kommunalverfassungen in der Internationalen Schutzzone
- Säuberung der Dörfer und ländlichen Bereiche in der Region Sengal von Minen, die der sog. IS in Sengal hinterlassen hat, Wiederherstellung der verseuchten Brunnen und Quellen
- Unterstützung der Rückkehr der Eziden in ihre Heimat, in Sengal durch Fördermaßnahmen für Einzelne und Familien
- Unterstützung des Wiederaufbaus der Infrastruktur in Sengal (Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren, saubere Trinkwasser, Verkehrswege usw.)
- Stop der Verknüpfung von sozialer und materieller Unterstützung mit der Missionierung im Nahen und Mittleren Osten
- Schaffung von Rahmenbedingungen für die Niederlassung demokratisch und humanistisch (nicht: religiös) orientierter NGOs in Sengal selbst; Abstimmung der Arbeit der NGOs miteinander
- Sicherung des Zugangs zum Bildungssystem in allen Stufen und zur politischen Teilhabe für alle Eziden, Ausbildung von Lehrern, Ärzten etc.



Dr. Maria Al Abdeh, Women Now For Development, Syrien



Dr. Maria Al Abdeh ist seit 2013 Leiterin der Frauenorganisation "Women Now For Development". Mittlerweile ist diese die größte Frauenorganisation, die aktiv an dem Schutz und der Stärkung von syrischen Frauen in Syrien und benachbarten Ländern arbeitet. 2016 wurde das Engagement des WND für die Einhaltung von Gerechtigkeit und Würde mit dem Preis "Deliver Lasting Peace" von CARE International ausgezeichnet. Aufgrund ihrer Expertise im Bereich des Frauenrechtsaktivismus und zur aktuellen Lage Syriens nahm sie an verschiedenen Panels und Konferenzen teil. Des Weiteren schreibt sie zu dieser Problematik für Online-Publikationen.

What do modern peace negotiations look like? How to overcome traditions for more effective peace negotiation tables? What do Women need to negotiate?

What do Modern peace negotiation look like?

Well, according to my observations, not different, it still the prince of war sitting around the table distributing territories according the power balance imposed on the ground by militaries forces.

However, some changes happened since the resolution 1325, but lot is still to be done to make 1325 a real tool of women inclusion and a tool of instrumentalization.

Let me here explain myself:

Based on 1325 and all following resolution, the UN is putting pressure on part of the conflict to have a women quota; and here I have some comments and questions from the Syrian peace talk:

- 1. What power have the UN to oblige the conflict parties to bring women on their delegations
- 2. We have seen lot of time, women brought just for the sick of media, but they do not have any power to make decision or participate on the discussion or even worse, to clean the image of a dictatorship, in this case, can we ask how this will help peace? Do the presence of these women will make the negotiation more inclusive and more peaceful? It's the opposite, they can re-enforce despotism by giving a soft image to a bloody dictatorship
- 3. One new creative idea establishes by the special envoy for Syria peace talk to include women was to establish a women advisory board to the UN special envoy. So Mr Steph-



an De Mistura have invited several Syrian women to surround him and giving advises, that could be a good step, but the model still need a lot of work to be accept by most of Syrian women peacemaker

The critiques to the advisory board were

- 1. Total absence of transparency about the selection process
- 2. No cooperation between the board and local women activist
- 3. By trying to invite women representing different part of the conflict, some important criteria were ignored as independency, Human rights principles...
- 4. Again, women role is limited to advisory...

However, the board composed of women from conflicting parties barely agreed on anything, and the first thing to sacrifice in order to got agreement was "Justice", talking about justice within the board was synonym of call to vengeance and opposite to peace, so once again agency was removed from women and they got trapped as peace maker not to discuss any subject that could get angry any party of the conflict. Little by little, according to some reliable sources he board was transformed to a negotiation messenger between belligerent,

Maybe in few years, if you got more information about the process, we will be able to extract some positives input, but until then that is the view of most Women activists and Human rights defenders about the Women Advisory Board to the special envoy for peace talk in Syria "WAB".

Unfortunately, we were not able to convince the UN headquarter in NY about our feedback, as they continue to present the "WAB" as a success story of women inclusion in peace talk. And once again, we felt silenced, and instrumentalized...

And personally one answer I got from one UN women employee was we need success stories for donor, just like you... so one recommendation for Foreign Affairs Ministries and states donors to for more effective peace negotiation tables is to understate the fact the women participation is more deep than 3 women on a photo.. and need to be done on the base of Women and Human rights, and local women activist voice is crucial... Another point to keep in mind is Women are not one unified block. So for real and effective peace talk we need some experts, and the experts here are local women, they know what going on the



ground and know what people on the ground need for a sustainable peace like education for children, jobs for youth²...

They are also the voices of speechless people, they are the one who are looking after the disappeared of war that negotiators want to ignore to not be hold accountable for... but its how peace can be sustainable, when it brings real answers and when justice is establish as no peace without justice is possible...

And women don't only need to be at the table, we need to supervise, monitor, but how to create these mechanisms if the UN and now one is able to provide protection?

On last March, the UN Human Rights Council published a horrible report about sexual violence in Syria "I lost my dignity": Sexual and gender-based violence in the Syrian Arab Republic (A/HRC/37/CRP.3). according to the report "Rape of women and girls was documented in 20 Government political and military intelligence branches, and rape of men and boys was documented in 15 branches. Sexual violence against females and males is used to force confessions, to extract information, as punishment, as well as to terrorize opposition communities. Rapes and other acts of sexual violence carried out by Government forces and associated militias during ground operations, house raids, at checkpoints, and during detention formed part of a widespread and systematic attack directed against a civilian population, and amount to crimes against humanity. After February 2012, these acts also constitute the war crimes of rape and other forms of sexual violence, including torture and outrages upon personal dignity."

And then we are obliged to seat with representatives of this regime and negotiate instead of sending them to court? We are obliged to discuss return of refugees and women being the first to take the risk and back?

Unfortunately, the way for meaningful participation is still far...

https://www.opendemocracy.net/5050/maria-al-abdeh/lessons-from-syria-on-womens-empowerment-during-conflict

^{3 &}lt;u>https://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/i-lost-my-dignity-sexual-and-gender-based-violence-syrian-arab-republic</u>



Dr. E. Biran Mertan, Gender Advisory Team (GAT), Zypern Dr. Maria Hadjipavlou, Gender Advisory Team (GAT), Zypern



Dr. E. Biran Mertan ist die nord-zypriotische Vertreterin der "Turkish Psychological Association" und wissenschaftliche Beraterin des "Turkish Journal of Psychology" und der "Turkish Psychological Articles". Sie beteiligt sich aktiv an bikommunalen Friedensprojekten sowie an Projekten zur Geschlechtergleichstellung und Kindesentwicklung. Als Mitbegründerin des zypriotischen "Gender Advisory Teams" (GAT) (2009) gab sie verschiedenste Seminare zur Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in Nord-Zypern.



Dr. Maria Hadjipavlou ist Expertin für Konfliktbewältigung, Zypern und Geschlecht sowie Frieden- und Sicherheitsthemen, Frauen und Migration und die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates. Ihr Buch "Women and Change in Cyprus: Feminisms, Gender and Conflict" wurde ein wichtiges Fachbuch für Frauen und Zypern. Neben Dr. Mertan ist sie Mitbegründerin des zypriotischen "Gender Advisory Teams" (2009) und agiert im Bereich der Umsetzung und Integration der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in zypriotischen Verhandlungen.

Dr. E. Biran Mertan und Dr. Maria Hadjipavlou, beide vom Gender Advisory Team (GAT), Zypern, stellten heraus, dass die Stärke des zypriotischen Ansatzes von GAT in der Forschung und Analyse sowie strukturell gut geplanter Herangehensweise basiert. Sie hätten sich trotz großer Marginalisierung der Frauen im Friedensprozess Beachtung erarbeitet.



Es wurde klar, dass die Referierenden aus den drei Konfliktkontexten die UN-SCR 1325 beanspruchen. Dadurch habe sich bereits eine "Annäherung von Frauen" an Friedenstische ergeben. Ihre umfassendere Beteiligung wird weiterhin stark eingefordert. Sie erwarten, dass die UN stärker Druck auf Kriegsparteien und Verhandlungspartner ausübt, damit Frauen aller Gruppen aus der Zivilgesellschaft an den Verhandlungstisch zugelassen werden.

Die Arbeit der Organisationen sei weiter nötig, welche die Beteiligung von Frauen zur Geltung verhelfen und dementsprechend die Friedensprozesse umgestalten. Ihre Lernprozesse, Erfahrungen und langanhaltenden Bemühungen sind ein Beweis, dass es Frieden geben kann und Frauen bereits die Brücken für Zukunft bauen.



Historischer Rückblick (protokollarische Mitschrift)

- Lage in Zypern: nach 1960 gab es eine Republik Zypern mit "muliti-kulti" Einwohnern
 - → auf beiden Seiten gab es jedoch starke nationalistische Strömungen
 - = bereits Idee Zuordnung Zypern zur Türkei oder Griechenland
- 1963 spitzt sich der Konflikt zu; bis heute werden Menschen vermisst
 - → seitdem immer wieder Übergriffe und Verschiebung der "Grenzlinie"
 - = Spaltung Zypern
- seit 1975 gab es keinen "heißen" Krieg mehr
 - → Menschen leiden jedoch unter Teilungslage
 - → Offenheit zunehmend verschwunden
- seit 1990er-Jahren treffen sich AktivistInnen = Bi-Communal meetings
 - → durch diese Treffen wird der Druck auf die Behörden erhöht
- Hoffnung auf Lösung, aber Referendum ging anders aus
 - → nur eine Ja-Stimmung bei zwei Abstimmungen

The Cypriot Context-Obstacles to Cypriot women's participation

1.) Historical

2.) Structural

3.) Political

4.) Psychological

Gender and Conflict

Women's movements and feminist scholarship have long promoted the view that the social phenomena of peace, security, ethno-national conflicts and war are gendered. Feminists have challenged the patriarchal, oppressive and sexist militarized cultures that promote and sustain conflict and war (Cockburn & Enloe, 2012, Enloe, 2000, Cockburn 2004, 2009, Hadjipavlou 2005, 2010).

Structure of Presentation

Our focus on Cypriot women's activism with particular reference to the work of the Gender Advisory Team (GAT), founded in 2009, which has used the UNSC Resolution 1325 to produce specific recommendations to the Cypriot negotiators and other parties dealing with the solution of the Cyprus conflict.

We will present GAT's multi-level strategy in promoting women's ideas and views on a culture of peace and gender equality.



Cypriot women's activism post 1974 – an overview

Women Walk Home (1987, 1989, 1995)

Hands Across the Divide-HAD (1999)

Metamorphosis Group (2000)

Mediterranean Institute of Gender Studies (2001)

The Cyprus Observatory for Equality (2002)

Cyprus Women's Lobby (2008)

The Gender Advisory team, GAT (2009)

Feminist Women Artists (2009)

FEMA –TC Women Feminist Group (2010)

Why GAT?

- The main premise for the foundation of GAT
- In Cyprus women are marginalized at every level of the political and peace processes
- No woman has been assigned a substantial role in the high level negotiating teams
- Where women have sat at the table, they have done so with a mandate to support and further the existing gendered framework.
- Dismissal of gender perspectives indicates the shortcomings and deficit of democratic participatory processes.

Levels of Intervention

- Whatever success GAT has had in its efforts so far, has been due in large part to the
 multi-level strategy it has used, bringing together and mediating between the local, the
 national, the regional and the global.
- GAT reached out to:
 - MACRO-LEVEL: decision-makers (negotiators and advisors to the leaders of both communities)
 - MESO-LEVEL: working teams to the negotiators; The United Nations Good offices in Cyprus and the UNSG; Diplomatic community and PRIO/Cyprus
 - MICRO-LEVEL: Women's' NGOs, peace groups, academics and practitioners, Civil society, and specific individuals.



Macro Level

- Advocacy and lobbying at the national decision-making levels
 - letters to the Cypriot leaders
 - informing them about UNSC Resolution1325
 - relevance to Cyprus peace process
 - the sets of recommendations relating to governance, power-sharing, property and citizenship chapters

• Meetings with the leaders' advisors

- the gendered aspects of the problem and how this is absent from the peace negotiations
- the low <u>number</u> of women present in leadership positions in the negotiation teams and related institutions and committees
- the <u>limited role</u> of women's organizations, and the <u>limited action</u> from political party women's branches, to address negotiators and decision-makers
- And finally the attention to 'human rights' by negotiator very selective paying no attention to particular sets of human rights, including gender-based rights and social rights
- GAT had specific meetings with working groups appointed by the leaders mainly staffed by men-to assist the negotiators on various issues and discussed with them how to integrate a gender perspective in their work, for example on humanitarian issues or property, etc..

Meso Level

- GAT built alliances with the **UN Good Offices** in Cyprus
 - High-ranking female UN representatives (Lisa Buttenheim and Kristen Lund as local UN heads)
 - Cypriot women activists found an ear for their concerns
 - They also mediated meetings for GAT with the UN-SG's representative in the peace talks.



- GAT was formally legitimated for its contribution to implement UNCR1325 Cyprus Peace process
- The UN Good Offices communicated GAT's recommendations to the UN-SG (Ban Ki-Moon) so when he visited Cyprus he had a meeting with GAT's members
- GAT built connections and cooperation with the diplomatic community and specially with female Ambassadors

Micro Level

- Connecting with the wider local academic and practitioner community island-wide
 - in collaboration with PRIO-Cyprus, two international conferences on Resolution
 1325 Women, Peace and Security, in 2012 and 2016 organized
 - women were invited from regions of conflict and post-conflict transitions to share their experiences in engaging with UNSCR 1325 with local women activists
 - Women from Greece, Turkey, Northern Ireland, Israel, Iraq, Croatia, Egypt, Syria, and Libya
- A series of discussions on citizenship,
 - What federal citizenship could mean in Cyprus and how families and ethnic reproduction are positioned in each proposed frame
 - Meetings with women's political party organizations to join forces in a public forum
- Participated in conferences on women peace and security in the context of the Cypriot experience
- GAT academics gave lectures in universities on both sides of the island



GAT proposals (Demetriou & Hadjipavlou, 2018)			
Issue	UNSCR 1325 articles	Policy actors	Local applications
Participation	1, 2	Negotiators Politicians	(i) Women in key positions at negotiations (ii) Consideration of input on gender dimensions by negotiators (iii) Quota systems in make-up of negotiating teams
Peacekeeping	3, 4, 5	UN	Appointment of women in top positions in UNFICYP and UN Good Offices missions Appointment of gender focal points for coordination with civil society Appointment of gender and law expert in facilitation teams
Protection	6, 9, 10, 11, 12, 13, 14	Negotiators Politicians	(ii) Investigation and prosecution of gender crimes in the history of the conflict (iii) Monitoring and combating of situation in relation to trafficking (iii) Coordination of justice and police mechanisms to deal with gender crime (iv) Shift of militarist culture (i) Use of gender-sensitive language in the constitution (iii) Inclusion of gender-balance articles in all areas as, for example, special measures in governance, flexibility on internal citizenship, uniformity in family law, coordination of all authorities under federal umbrella, coordination in prosecuting gender crimes (iii) Centralization and reach of gender equality mechanisms in a system that is both networked (from grassroots to government) and coordinated (through single top-level 5 federal body)
Gender Perspectives	7, 8, 15, 16, 17	Negotiators Politicians	

Cypriot Women's letter and petition to the two Cypriot leaders in 2017

Declaration to include women in the peace agreement and the new constitution to ensure a sustainable solution for Cyprus

The Cypriot women demand

- to be participate in the drafting of the federal and constituent states constitutions
- constitutional provisions that will allow the inclusion of women in the decision making processes
- that federal infrastructures be established to deal with Women's issues and social rights in general
- education in gender equality in the public school system
- to enforce stricter rules in the media sector with regards to gender stereotyping and victimization when reporting cases of gender-based violence as well as use gender sensitive language



- the allocation of existing resources for policies and actions of gender equality as well as for peace building so as to ensure their implementation
- that new images and symbols of peaceful coexistence
- the two communities make public apologies to each other for causing harm and pain to each other so as to put the past to rest and create new narratives to emphasize our common history, struggles and common future, fostering a culture of forgiveness and an inclusive civic identity
- that men be actively encouraged to be involved in the implementation of the above processes

GAT'S Networking

- Side Event on "Women's contribution to Global Peace in implementing UN Security Council Resolution 1325 on Women and Peace and Security" (Strasbourg, 27 June 2018)
- Organised by: Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE); The Delegation
 of Finland to the Parliamentary Assembly; INGOs; International Alliance of Women at
 Council of Europe and UN

Outputs

- Both negotiators appointed a gender focal point within their offices
- They have helped open up a public discussion on the participation of women in peace negotiations and peace building processes and in decision-making levels
- The concept of 'activism' more generally as a plural one, a question of multiple voices and multiple perspectives
 - The mental shift the dominant rhetoric on the Cyprus problem has defined the terms of the debate as ethnic and any other social division was irrelevant!
 - This immensely critical point is one that academics have known for years, but which was often stifled in public debate
- After pressure and lobbying on Leaders led to structural changes
 - o the establishment of the Technical Committee on Gender Equality



- Some GAT members were appointed in this committee whose mandate is to propose recommendations to the negotiators and the leaders concerning gender equality provisions in the future agreements and the new constitutions
- GAT's efforts had already been acknowledged by the UN-SG Ban Ki-Moon in his report on Cyprus on 24 November 2010 where he stated that:
- "... mindful of the important role of women in peace negotiations, as recognized by the Security Council in resolution 1325 (2000), I would encourage the sides to continue their engagement with the Gender Advisory Team, consisting of civil society activists and scholars from across the island, and to seriously consider its gender-focused recommendations on the main areas under discussion in the peace talks." (§43)
- GAT's work had also been acknowledged by the leaders' representatives
- GAT's efforts also led to the replication of the basic questions posed by the group regarding women's representation in the peace process.

Challenges

- The extent to which the recommendations produced by GAT will be taken into account in a finalized peace agreement is difficult to assess.
- GAT's definite success has been that it has been heard by negotiators and the United Nations good offices and mediators.
- GAT has been approached, consulted, or collaborated in many public initiatives and members were interviewed in the mass media.
- The challenge today remains as to how to sustain active participation when the macro-level political environment is either stalled or there exists a break down of working trust at the leadership levels and the civil society is at a stage of frustration!?
- The pressure and lobbying on the three levels should continue so as to reactivate both the peace negotiations and the reconciliation process......
- GAT is now part of an initiative to start a grass roots big research project on gender assessment island-wide and produce data about women's concerns, needs and expectations from a peace agreement.



Friedenstische - World Café – Diskussion an regionalen Friedenstischen - Lernen & Austausch

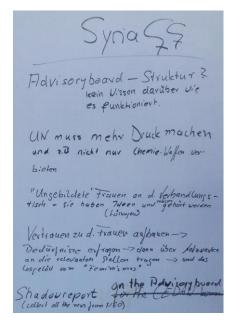
Im zweiten Teil konnten die Teilnehmenden mit den Referierenden an "Friedenstischen" nach World-Café-Methode ins Gespräch kommen.

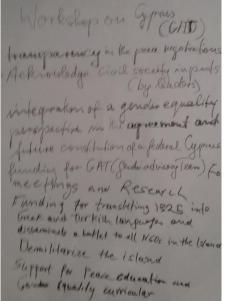
Die wenigsten Frauen pendelten zwischen den Tischen, aber es wurde viel vor allem a) zu den Lernprozessen und b) zu dem gefragt, was die Frauen an Friedensverhandlungen ändern würden, welche Maßnahmen sie für einen Frieden eher bevorzugen würden.

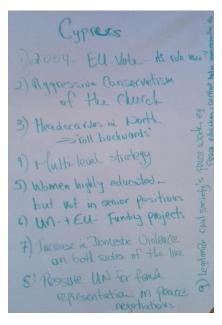
Der Einblick in die 'Werkstatt des Friedens' war wichtig, um die Bedeutung der UN-SCR 1325 verstehen zu können, zu überprüfen, ob die Women-Peace-Security-Agenda den Frauen etwas bietet, und von kritischen Punkten zu hören.

Es hat gezeigt, dass Frauen immer mehr Erfahrung sammeln, sich international austauschen, sich gegenseitig beraten, lernen und die Agenda erweitern und vor allem wagen mehr zu fordern.

Frauen wollen das Wissen der Zivilgesellschaft entscheiden lassen anstelle der Warlords und derjenigen, die das alte System legitimer Kriege aufrechterhalten. Sie wollen, dass die progressiven Regierungen sowie die Vereinten Nationen mehr wagen, Frauen und Frauenorganisationen konsultieren. Eine konsequente Justiz sowie Bildung bleiben dabei ebenso wichtige Faktoren.







Fotos von Flipcharts aus den Arbeitsgruppen am 24.10.2018.



2. Seminartag

"Menschenrecht auf Frieden -

Von der Grundidee zum echten Instrument"

IV. Panel: Ein Menschenrecht in Kinderschuhen

Einführungsvortrag

Dr. Wolfgang S. Heinz, Deutsches Institut für Menschenrechte



Dr. Wolfgang S. Heinz ist am Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) zuständig für Internationale Sicherheitspolitik und Vereinte Nationen. Er war Mitglied (2005-2017) und stellvertretender Vorsitzender des Europarat-Ausschusses zur Verhütung von Folter (CPT) und war Mitglied/Vorsitzender des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrates (2008-2013) der Vereinten Nationen. Dr. Heinz lehrt an der Freien Universität Berlin, seit 2000 als Privatdozent für Politische Wissenschaft. Neben seiner Arbeit am DIMR und seiner Lehre an der FU Berlin, hat er zu dem Thema Menschenrechte zahlreiche wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht.

Neueste Entwicklungen

(Übernommen aus: Heinz, Frieden und Menschenrechte in der Praxis der Vereinten Nationen. Ein Recht auf Frieden? In: Eine Theologie der Menschenrechte, hrsg. von Sarah Jäger / Friedrich Lohmann, Wiesbaden: Springer, 2018, S. 127-140)

Nachdem der Entwurf des Beratenden Ausschusses den Menschenrechtsrat erreicht hatte, setzte dieser 2012 eine Open-Ended Inter-Governmental Working Group zur weiteren Bearbeitung des Themas ein, die drei Sitzungen abhielt. Die Diskussion in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe verlief ausgesprochen kontrovers. Eine Reihe von Regierungen äußerte zahlreiche Kritikpunkte am Entwurf, etwa gegenüber dem Konzept der menschlichen Sicherheit, dem Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung (auf das sich seit langem der UN Menschenrechtsausschuss – Expertenausschuss zum UN Zivilpakt – beruft), oder zu der Frage, ob es überhaupt ein (Menschen-)Recht auf Frieden gebe oder geben sollte, ob es sich um ein kollektives oder individuelles Recht handele und ob ein Standard wie die Schutzverantwortung (responsibility to protect) in die Erklärung aufgenommen werden sollte.

Am Ende der Sitzung wurde beschlossen, den Entwurf nicht weiter zu verfolgen, sondern den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, den stellvertretenden Botschafter Costa Ricas in Genf, Christian Guillermet-Fernandez, einzuladen, nach Konsultationen neue Vorschläge vorzulegen.



Die Resolution der UN Generalversammlung von 2016 zum Recht auf Frieden in der Generalversammlung wurde unter anderem von Belarus, Kuba, Nordkorea, Simbabwe, Syrien und Venezuela eingebracht und mit 116:34:19 Stimmen angenommen. Sie nimmt eine Reihe von wichtigen Leitgedanken zum Verhältnis zwischen Frieden und Menschenrechten auf, jedoch fast alle nur in der Form von überdurchschnittlich vielen (37) Erwägungsgründen.

In den operativen Bestimmungen wird das Recht des Einzelnen auf den Genuss von Frieden bestätigt unter Bedingungen, in denen alle Menschenrechte gefordert und geschützt werden und die Entwicklung voll verwirklicht wird (Art. 1). Nach Artikel 2 sollen "die Staaten Gleichheit und Nichtdiskriminierung, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit achten, verwirklichen und fördern und die Freiheit von Furcht und Not als Mittel zur Konsolidierung des Friedens innerhalb von und zwischen Gesellschaften garantieren".

In Artikel 3 heißt es, "die Staaten, die Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen, namentlich die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, sollen geeignete nachhaltige Maßnahmen zur Umsetzung dieser Erklärung treffen." Den internationalen, regionalen, nationalen und lokalen Organisationen und der Zivilgesellschaft wird nahegelegt, bei der Umsetzung dieser Erklärung Unterstützung und Hilfe zu leisten.

Artikel 4 empfiehlt: es müssten "internationale und nationale Einrichtungen für Friedenserziehung gefordert werden, um den Geist der Toleranz, des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Solidarität unter allen Menschen zu stärken". In dieser Hinsicht soll die Friedensuniversität (in Costa Rica) durch Lehre, Forschung, Postgraduierten-Ausbildung und Verbreitung von Wissen zu der großen universellen Aufgabe der Friedenserziehung beitragen.

Die Mehrheit der westlichen Länder, darunter auch Deutschland, lehnte die Resolutionen ab. Acht westliche Länder enthielten sich jedoch, darunter Italien, Polen, Portugal, Norwegen und die Schweiz.

Aus einem Recht (ursprünglich: der Völker) auf Frieden wurde ein Recht für jeden, Frieden zu genießen – was immer das bedeutet. Neue menschenrechtsbezogene Verpflichtungen für Staaten sind kaum erkennbar. Aber es ist eben ein Recht auf Frieden der Staaten – eine menschenrechtliche Dimension ist kaum zu erkennen. Andererseits kann man argumentieren, dass das Thema "gerettet" werden konnte, vielleicht für bessere Zeiten – das heißt, mit einer neuen Chance, das Recht auf Frieden inhaltlich zu füllen –, aber das erscheint gegenwärtig recht spekulativ. Insgesamt bleibt abzuwarten, ob und welche Wirkungen die Resolution der Generalversammlung entfalten können wird.

Als Folgemaßnahme fand im Juni 2018 ein Workshop in Genf statt.



Rosy Weiss, ehem. IAW-Präsidentin, langjährige Leiterin der IAW Friedenskommission



Rosy Weiss war als Mitglied des österreichischen Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz sowie des österreichischen Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie vor allem für die Internationale Arbeit zuständig. Ferner weist sie ausgiebige Tätigkeiten auch im nicht-staatlichen Bereich auf. Von 2004 bis 2010 war Frau Weiss die Präsidentin der IAW. Sie war Chairperson des "Vienna NGO Committee on the Status of Women" bis 2009. Sie arbeitete 2006 an der Erstellung des Schattenberichts österreichischer NGOs an CEDAW mit und war Mitglied der NGO-Delegation zur Präsentation dieses Berichts am 23. Januar 2007 in New York.

IAW Peace policies over the past 114 years:

- Committee on Peace of the International Alliance for Suffrage and Equal Citizenship.
 Study Conference on the maintenance of peace. Amsterdam, November 1927, organised together with the League of Nations. Two main themes: economic and political causes of unrest.
- IAW Berlin Congress, 1929, declares that it is the duty of the women of all nations to work for friendly international relations, to demand the conception of human solidarity as superior to racial and national solidarity; that the entrance of women into political life is necessary to promote the cause of peace; that this peace should be based on a League of Nations, which, leaving each nation its autonomy and its liberty of action, establishes a lasting harmony between peoples.
- <u>The IAW Committee on Peace</u> organised a further conference, 1931 in Belgrade on disarmament, economic conditions, and co-operation among the women of the world in preparation of the International Disarmament Conference 1932.
- The <u>Interlaken Congress</u> of IAW, the first after WWII adopted a Petition to the Peace Conference.
- IAW Congress, Naples, 1952 on "Peace and Equality" adopted a resolution calling on member organisations to press their governments to introduce legislation against all discrimination of race, colour or religious creed.
- Implementation and monitoring <u>UN-SCR 1325</u> and following.
- Today 2 IAW Peace Commissions: peace and disarmament.

weil es sich lohnt

IAW Peace Policies in short



Page on UN efforts: consider the change in titles and the voting on diverse documents!

<u>Declaration 1978</u> contains a link to the Universal Declaration of Human Rights. Art. 1 Every nation and every human being, regardless of race, conscience, language or sex, has the inherent right to life in peace. Respect for that right, as well as for the other human rights, is in the common interest of all mankind and an indispensable condition of advancement of all nations, large and small, in all fields.

<u>Declaration 1984</u> speaks of the "Sacred right of peoples to peace. Sacred duty of each state to preserve this right".

<u>2001-2010</u>: International Decade for a Culture of Peace and Non-Violence for the Children of the World.

2008: request for workshop on the <u>right of peoples</u> to peace. Adopted by recorded vote: 32 to 13. 2 abstentions.

2010: Participation of civil society organisations throughout the workshop. Session 3 (of 4): The <u>right of peoples</u> to peace from a <u>human rights</u> perspective.

2010: Recorded vote of 31 to 14, 1 abstention

2011: Recorded vote of 32 to 14, no abstentions.

2012: The HRC Advisory Committee (eighteen independent experts) approved the draft Declaration on the <u>Right to Peace</u> after two years of intense work in close collaboration with civil society. The Declaration included 85% of the provisions set out in the <u>Santiago Declaration</u>.

2016: Recorded vote 34 to 9, 4 abstentions.



2017: Recorded vote of 131 to 34, 10 abstentions.

BUT: <u>474 civil society organisations rejected the Declaration approved by the UN-GA, because it does not recognise either the human right to peace or its essential elements</u> (Press release AEDIDH).

Possible action by women's NGOs.

New York, Peace, Security (WPS Agenda) - Geneva, HR

This divide between New York and Geneva is significant for the treatment of WPS and HR as separate issues. The CEDAW Committee (of independent experts monitoring implementation of the Convention) understood and tried to close the gap with Recommendation 30.

NGOs have the following monitoring mechanisms at hand:

1979: CEDAW, legal framework endorsed by 189 MS for the elimination of discrimination and establishment of gender equality-requesting government and allowing <u>shadow reports</u>.

2000: UNSCR 1325 on WPS, establishing a normative framework. Government reporting through <u>National Action Plans</u> (NAPs), however, no independent women's organizations reporting system-accountability!

2006 <u>Universal Periodic Review</u> = periodic scrutiny of the human rights records of all 193 UN Members.

2013 <u>CEDAW Committee Res. 30</u> on women in conflict prevention, conflict and post-conflict situations (CEDAW/C/GC/30) is a landmark document giving authoritative guidance to countries that have ratified CEDAW on concrete measures to ensure that women's human rights are protected before, during and after conflict. It affirms CEDAW's linkages with the Security Council's women, peace and security agenda (WPS).

The general recommendation makes clear that the Convention applies in all forms of conflict and post-conflict settings and addresses issues facing women in these settings, including violence and challenges in access to justice and education, employment and health. It gives guidance on States parties' obligation of due diligence (obligation on State parties to prevent discrimination by private actors) in respect of crimes against women. (See Guidebook, http://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2015/8/guidebook-cedawgeneralrecommendation30-womenpeacesecurity).



Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden und Vorsitzende der IAW-Friedenskommission



Heide Schütz war 1996 an der Gründung des "Frauennetzwerks für Frieden e.V." beteiligt, welches auf Grundlage der Erfahrungen der vierten Weltfrauenkonferenz entstanden ist, und seitdem Vorsitzende aktiv. 2003 wurde Frau Schütz Mitglied des neu gegründeten "Frauensicherheitsrats" in Deutschland mit der Zielsetzung der Implementierung der UN-SCR 1325 zu "Frauen, Frieden und Sicherheit" Seit 2010 ist sie zusammen mit Margret Otto Mitglied des "Bündnisses 1325". Zudem ist sie seit 2017 Vorsitzende der Peace Comimssion der International Alliance of Women (IAW).

Heide Schütz, Vorsitzende des Frauennetzwerks für Frieden (FNF) und Vorsitzende der IAW-Friedenskommission führte das heutige Engagement und die Bedeutung des Menschenrechts auf Frieden innerhalb der Arbeit von FNF aus.

Meine Perspektive auf das Thema "Frieden ist ein Menschenrecht" ist die einer NGO-Vertreterin und Friedensaktivistin. Ich freue mich sehr, dass dieses Thema, das mich viele Jahre meines Lebens begleitet, nun auf einem Podium im Rahmen des Bundesseminars 2018 des Deutschen Frauenrings erläutert und diskutiert wird.

Als Politiklehrerin am Gymnasium war es mir wichtig, die Schüler*innen mit den Inhalten der diversen Menschenrechte vertraut zu machen und darauf hinzuweisen, dass diese universal gelten, also geltendes Recht sind. Dabei empfand ich es stets als unverständlich, ja absurd, dass darüber Stillschweigen herrschte, dass diese Menschenrechte, zuallererst das Recht auf "Leben, Freiheit und Sicherheit der Person" (Art. 3), im Krieg nicht nur aufgehoben sind, sondern dass das Gesetz des Krieges ja lautet: töten und getötet werden. Obwohl ich in der Friedenspädagogik engagiert war, traute ich mich nicht, diesen Widerspruch mit den jungen Menschen zu diskutieren, denn die Thematisierung der offensichtlichen Unvereinbarkeit war mir noch nirgends begegnet – Google, Wikipedia & Co gab es noch nicht!

Als ich dann von der Einladung des International Peace Bureau (IPB) zu einer Friedenskonferenz in Den Haag im Jahr 1999 las – 100 Jahre nach der Friedenskonferenz der Regierungen –, war ich wie elektrisiert. Das Motto dieser zivilgesellschaftlichen Konferenz lautete: "Time to Abolish War – Peace is a Human Right". 10.000 friedensengagierte Menschen trafen sich in Den Haag, um u.a. die 50 Artikel der **Haager Agenda für Frieden und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert** zu diskutieren. Dazu gehörten u.a. die schrittweise Abschaffung des Krieges durch Abrüstung, das Verbot der Atomwaffen sowie die Umwandlung der Mili-



tärhaushalte in die Finanzierung von Programmen zur Erfüllung der Bedürfnisse der menschlichen Sicherheit: Nahrung, Wohnung, Bildung, Arbeit, Gesundheit, Sicherheit und Frieden. Internationales Recht, Verhandlungen und gewaltfreie Konfliktlösungsprozesse sollten diesen Wandel begleiten. Zusammengefasst: Change the Culture of War to a Culture of Peace – Den Kriegskult zu einer Kultur des Friedens wandeln!

Alle Flyer des 1996 gegründeten Frauennetzwerk für Frieden e.V. greifen seitdem diesen Haager Friedensappell auf, auch wenn es einige Jahre nach der Konferenz zunächst ruhig wurde um das Menschenrecht auf Frieden. Wie ich hörte, gab es nicht nur erheblichen politischen Widerstand, sondern auch juristische Bedenken, ob das Recht auf Frieden überhaupt formalrechtlich in den Kanon der Menschenrechte passe. Ich war enttäuscht und frustriert.

Doch dann tauchte das Menschenrecht auf Frieden auf der internationalen Ebene der Vereinten Nationen wieder auf. Viele Sitzungen wurden abgehalten, viele Papiere für und wider geschrieben. Es begann 2008, als der UN-Menschenrechtsrat das Thema erstmalig aufgriff, unterstützt und weitergeführt von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, insbesondere aus dem spanischen und spanischsprachigen Raum. Ein Meilenstein dieser Bewegung war die Santiago-Erklärung zum Menschenrecht auf Frieden im Jahr 2010, ein weiterer die "Erklärung über das Recht auf Frieden" des UN-Menschenrechtsrates im Juli 2016, die im Dezember 2016 durch Mehrheitsbeschluss der UN-Generalversammlung (131 Ja-Stimmen zu 34 Nein-Stimmen bei 19 Enthaltungen) in den Kanon der Menschenrechtsresolutionen aufgenommen wurde. Um diese erfreulichen Entwicklungen auch auf der lokalen Ebene zu unterstützen und bekannt zu machen, veranstaltet das Frauennetzwerk für Frieden seit 2016 jedes Jahr am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte und der Verkündung des jährlichen Friedensnobelpreises, in Bonn eine Mahnwache mit dem Banner "Frieden ist ein Menschenrecht" und den neuesten Informationen zum aktuellen Stand der Kodifizierung. In jedem Jahr konnten wir auf unserem Handzettel, den viele Menschen gern entgegennahmen, einen Fortschritt verzeichnen. Besonders gefreut hat uns, dass die Vereinten Nationen den Internationaler Friedenstag am 21. September 2018 anlässlich 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unter das Motto "The Right to Peace – The Universal Declaration of Human Rights at 70" gestellt haben.

Dieses Banner ist nun Bestandteil vieler Aktionen, an denen das Frauennetzwerk für Frieden teilnimmt: Es wandert mit beim Ostermarsch, es unterstreicht die Mahnung der Demos gegen die Stationierung der US-amerikanischen Atomwaffen in Büchel, es schmückte die Reling am Friedensschiff, mit dem wir 2017 von Bonn aus zum Friedensmuseum Remagen fuh-



ren, und den Friedensraum, den wir im September 2018 aus Anlass der Bonner Friedenstage gestalteten.

UN-Formal gilt das Menschenrecht auf Frieden seit dem Beschluss der Generalversammlung im Jahr 2016 nun als eines der "dritten Kategorie", also als ein Recht, ohne das die Menschenrechte der ersten Kategorie, genehmigt und verkündet am 10. Dezember 1948, sowie die seither hinzu gekommenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, von den einzelnen Mitgliedern der Menschheit gar nicht wahrgenommen (eng. enjoy!) werden können! Rechtlich eingeklagt werden kann es als Kollektivrecht – im Gegensatz zu den Individualrechten – jedoch nicht. Und ein eklatanter Skandal bleibt: Die westlichen Staaten und auch die Bundesrepublik Deutschland hatten in der Generalversammlung gegen die Resolution gestimmt. Was für ein Signal an den Rest der Welt!

Wie soll es nun weitergehen? Die Antwort muss lauten: Die Anstrengungen, das Menschenrecht auf Frieden im internationalen Recht zu verankern und ihm damit vor allem politische und gesellschaftliche Wirkung zu ermöglichen, müssen fortgesetzt werden. Auch die Charta der Menschenrechte ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es bedurfte einer langen Zeitdauer und dem unermüdlichen Engagement vieler Menschen seit der Zeit der Aufklärung, dieses Menschheitsdokument trotz größter Widerstände und Anfechtungen als Charta der Vereinten Nationen zu verankern. Das Menschenrecht auf Frieden bedarf ebenso einer breiten Diskussion und Differenzierung. Hierbei hat auch und gerade die Zivilgesellschaft eine wichtige Aufgabe. Wir als Frauennetzwerk für Frieden wollen unseren Beitrag dazu leisten.



Diskussionsrunde

In der anschließenden Diskussion wurden viele Fragen diskutiert. Es wurde angeregt, in den CEDAW-Dialogen, alternativen Berichten darauf einzugehen, sodass das Menschenrecht auf Frieden lebendig und bekannt und nutzbar gemacht wird. Die Überprüfungsausschüsse können es dann reflektieren und Fragen wie Aufforderungen an die Regierungen stellen. Die Diskussion reflektierte kritisch die Stadien der Friedensbemühungen der Vereinten Nationen.

Moderation: Dr. Wolfgang S. Heinz, Rosy Weiss, Heide Schütz, Marion Böker (Moderation)

Zusammenfassung der Wortbeiträge:

- Das unbekannte neue Menschenrecht auf Frieden und seine lange Vorgeschichte in Frauenfriedensorganisationen seit dem 19 Jahrhundert und als Basisgedanke der UN konnte vorgestellt werden. Spannend waren die Hintergründe dargelegt durch Wolfgang Heinz und die erstmals von Rosy Weiss präsentierten History-Dokumente. Deutlich wurde, dass Frauen den Völkerbund und die UN mitprägten. Es ermutigt und verpflichtet, dies weiterhin zu tun und auf Frieden hinzuarbeiten, dies vor allem auf lokaler Ebene und in Bündnissen und Dachverbänden.
- Schulbücher, Archive, Museen, Informationen, Bildung sollten mehr Inhalte und Quellen dieser von Frauen geprägten Geschichte aufnehmen z.B. durch das Digitale Deutsche Frauenarchiv.
- Es wurde deutlich, welcher Paradigmenwechsel im Verständnis notwendig ist, um dem Geltung zu verschaffen.
- Die Notwendigkeit, sich dafür u.a. einzusetzen wurde deutlich.
- Der DFR wie andere Teilnehmende erhielten Informationen, die in die zu bearbeitenden, beobachtenden und unterstützenden Themen aufzunehmen sind. z.B. kann der DFR sie in die Menschenrechtsdialoge vor CEDAW einbringen und anregen, dass dies andere tun.



 Ohne Friedenserziehung und Beendigung sowie Aufarbeitung ungleicher Machtverhältnisse, ökonomischer Ausbeutung sowie echter Gleichstellung kann kein Frieden aufgebaut werden.



V. Panel: Menschliche Sicherheit herstellen: Empowerment für dauerhaften Frieden

Anuarite Siirewabo Muyuwa (DR Kongo), Regionale Vizepräsidentin IAW



Anuarite Siirewabo Muyuwa ist Mitglied des Vorstands der International Alliance of Women (IAW) als regionale Vizepräsidentin frankophones Afrika. Außerdem ist Frau Muyuwa Präsidentin von SOFEDEC, einer Mitgliedsorganisation der IAW für Frauen- und Kinderrechte. Sie setzt sich für Vergewaltigungsopfer ein und fordert im Projekt POVCFAS zusammen mit frankophonen afrikanischen (IAW-)Organisationen die Bestrafung der Täter ein.

Frau Anuarite Siirewabo Muyuwa erhielt kein Visum und konnte deshalb nicht anreisen. Sie hatte dem Seminar ihren Beitrag in einem Video zukommen lassen. Dieser wurde mittels einer Wandprojektion mit Beamer den Teilnehmenden gezeigt. Eine Zusammenfassung lag schriftlich den Teilnehmenden vor. Ursula Nakamura und Gudrun Haupter ergänzten und vertieften die Präsentation des Projekts.

Introduction: An appeal to everybody present in this room

The women of SOFEDEC, Solidarity of women for Development, Environment and Children's Rights in DRC sound the alarm. They ask for your attention. The support they look for is nowhere else but in your actions, your donations, your contributions and your strengthening of their capacity to subsist and to resist all the violences they are victims of.

They are busy looking for a living in their own country, not somewhere else. Those brave women keep courage, they do not shrink back, nor give room to fear.

Improvised speech by Anuarite Siirewabo Muyuwa

My Thanks for all the efforts to obtain a visa for me.

Questions of Peace and War: "...You have heard enough about them. One even does speak no more of the effects of the war, how to achieve peace and security because one is fed up..."



"...The reason of the difficulties to speak to you of all those women who have been raped, who died in the war, are wounds in our hearts. It is impossible to speak about that to you now..."

"...Your idea to strengthen the women's circle for peace – I do not know how to achieve that. For us this is not a question of money from you, we need your love, the attention you will direct towards us, your moral support..."

Presentation of SOFEDEC and plea for its support

Our work with the women raped in the war in RD Congo in Women's Circles:

"...to help these women to forget the consequences of the war, what they endured we need funding for them and we need funding for the children born after these horrors following the example of Lyda Verstegen who helps SOFEDEC since many years by paying since for the education of children...

"...we appeal to you in the well-off countries who enjoy good health care, peace, and all, to help these women not to give up but to earn a living by activities such as making soap, weaving baskets, growing vegetables. With your help we'll progress with our work. Lend a hand!"

Anuarite and her organisation are actively involved in the IAW project "Water and Pads" which is addressing school-girls. Anuarite is in close contact with the personnel of badly damaged rural school

Conclusion: To accept the historic past is one thing, to promote efforts to prevent what happened from repeating itself, is another thing.

Summary by Gudrun Haupter



IAW-Projekt "Wasser und Hygienebinden für Schulmädchen"

Ursula Nakamura, IAW-WHO-Vertreterin

Gudrun Haupter, Leiterin der IAW-Gesundheitskommission



Gudrun Haupter ist langjähriges Mitglied des Deutschen Frauenrings e.V. und der IAW. Zwischen 1981 und 2005 unternahm sie 14 Reisen nach Burkina Faso und Togo mit dem Ziel Frauenprojekte und Seminare zu fördern und unterstützen. Unter anderem ist sie momentanes Mitglied im "Internationalen Ausschuss AIA", Leiterin des Arbeitskreises "Entwicklungspolitik AKE" und Koordinatorin des Projektkomitees für "Westafrika DFR". In der IAW leitet sie den Gesundheitsausschuss.



Ursula Nakamura-Stoecklin ist ehemalige Leiterin eines Alters- und Pflegezentrums in Baden, Schweiz und ist jeher durch ihr reges Engagement in verschiedenen ehrenamtlichen Tätigkeiten in NROs bekannt. Von 1979-1988 war sie an der Gründung und im Vorstand der "Frauen für den Frieden Basel" beteiligt und übernahm den Vorstand für "Frauen für den Frieden Schweiz" von 2002-2005. Zudem ist sie seit 2015 Präsidentin für "frauenrechte beider basel". Seit 1990 ist Frau Nakamura-Stoecklin Einzelmitglied der IAW. Seit 2016 ist sie Mitglied der IAW Commission of Health und seit 2017 Delegierte der IAW bei der Weltgesundheitsorganisation WHO. Des Weiteren ist sie Koordinatorin des IAW Projekts "Wasser und Binden für Schulmädchen", zusammen mit Anuarite Sirewabo Muyuwa und Gudrun Haupter seit 2017.

Liebe Anwesende, liebe alle Freundinnen und Freunde,

Herzlich willkommen, ihr alle, welche ihr heute hier seid, beim Zuhören von Panel V und bei der Präsentation des IAW Projekts «Wasser und Binden für Schulmädchen – Empowerment fürs Leben». Vielleicht möchtet ihr anschliessend noch Fragen stellen.

Ich sehe hier Freundinnen von DFR, von IAW und andern NGOs, mit welchen DFR eng verbunden ist. Ich sehe hier auch Gast-Referentinnen und Referenten, welche unter uns sind, weil sie sich mit anderen Aspekten im Programm des anspruchsvollen, internationalen Seminars über «Frauen – Frieden – Sicherheit» befassen. Nochmals – herzlich willkommen!

Aus einigen Ländern wird uns signalisiert, dass es keinerlei dauerhaften Frieden gibt. Trotzdem sind jene IAW Mitgliedsorganisationen bereit für eine Zusammenarbeit mit Schulen und Schülerinnen.

Lassen Sie mich mit einem Bekenntnis beginnen: Bis vor rund 18 Monaten war mir nicht bewusst, dass der Umgang mit den monatlichen Blutungen für Schulmädchen in ländlichen Gegenden von Entwicklungsländern ein riesiges Problem sein kann. Das heisst auch einige



IAW Mitgliedsorganisationen sind darüber besorgt. Ursula Nakamura hat zudem an der WHO von einer jungen Nepalesin über die Notlage gehört. Ich habe die Probleme den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses der IAW geschildert, woraufhin eine Resolution für den IAW Dreijahreskongress in Nicosia vorbereitet worden ist. Gleichzeitig hat Ursula ein entsprechendes Projektkonzept erarbeitet. Dies fand beim IAW Kongress im Oktober 2017 in Nicosia volle Zustimmung. Damit konnten wir mit der Arbeit starten.

Ursula und ich, wir beide wurden als Projekt-Koordinatorinnen gewählt. Eine Steuerungsgruppe mit Anuarite Siirewabo -DR Kongo, Signe Vahlun - Dänemark, Ruhi Sayid - Pakistan und Seema Uplekar - Indien, wurde eingesetzt. IAW-Präsidentin Joanna Manganara war stets auf dem Laufenden, und Lene Pind von der IAW Kommunikationsgruppe sorgte für die ständig aktualisierten Projekt-News innerhalb von IAW. Engagierte IAW-Kolleginnen arbeiteten auf verschiedenen Ebenen mit uns. Nun sind wir glücklich, dass wir heute unsere Präsentation zeigen können. Daraus ist ersichtlich, wo wir stehen, und was zukünftig zu tun ist.

Was hat denn so ein alltägliches Thema wie Monatshygiene überhaupt mit einem hochkarätigen internationalen Seminar über «Frauen – Frieden – Sicherheit» zu tun?

Sicher sind die meisten Menschen in diesem Raum darüber überrascht, doch tatsächlich handelt es sich um eine wichtige Ursache von Diskriminierung und sexueller Gewalt gegenüber Frauen, insbesondere in armen Ländern inmitten von militärischen Konflikten.

UNICEF und WHO haben in verschiedenen Regionen intensiv über die Gesundheitserziehung und damit auch den Umgang mit der Menstruation geforscht. Sie waren alarmiert über das völlige Fehlen von finanziellen und personellen Ressourcen, um Millionen von jungen Mädchen während der Monatsblutungen Sicherheit zu geben und ihnen eine Erziehung über sexuelle und reproduktive Gesundheit zu ermöglichen.

Gerade weil IAW als eine globale Frauenorganisation mit Mitgliedern in Afrika und Asien aktiv ist, bieten sich IAW Möglichkeiten, dieses Problem anzugehen.

Es ist offensichtlich, dass das Problem rund um Menstruation in armen Ländern eng mit anderen Schwierigkeiten zusammenhängt. So umfasst das IAW Projekt mehrere Nachhaltigkeitsziele der UNO Agenda 2030:

Ziel Nr. 3 Gesundheit und Wohlergehen

Ziel Nr. 4 Hochwertige Bildung

Ziel Nr. 5 Geschlechter Gleichheit

Ziel Nr. 6 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen



Hier sehen wir die Fakten, mit denen die Schülerinnen in diesen armen Gegenden konfrontiert sind.

Fakten

- Menstruation ist oft stark tabuisiert und mit einem Mythos verbunden,
- · keine Monatsbinden,
- unhygienische, alte Lappen oder Pflanzenblätter,
- keine separaten Toiletten für Mädchen und Buben,
- · keine Privatsphäre,
- · keine Waschgelegenheit

Fakten

- · oft Infektionen im genitalen Bereich,
- Risiko von sexueller Belästigung, Gewalt und sogar Vergewaltigung,
- Konzentration auf Schularbeiten unmöglich wegen ständiger Angst vor Bedrohung,
- Nur das Zuhause ist oft ein sicherer Ort.

Fakten



Keine Binden – nur schmutzige Lappen während den Tagen



Keine Toiletten nur ein Versteck im Busch

Für 700 Kinder nur diese schäbigen Latrinen

Fatale Konsequenzen:

- Mädchen in armen ländlichen Gegenden bleiben monatlich bis zu 5 Tagen der Schule fern,
- Wegen der häufigen Absenzen erhöht sich das Risiko, dass die Mädchen aus der Schule ausgeschlossen werden.

Genau hier setzt das IAW Projekt «Wasser und Binden» ein, denn international soll auf die prekäre Situation hingewiesen werden. Gleichzeitig gilt es auch, die jeweiligen IAW Organisationen in ihrem Bemühen für Gleichberechtigung der Geschlechter auch im Bereich der Sexualerziehung zu unterstützen.

Dies sind die Ziele des Projekts:

Ziele des IAW Projektes

Fördern

- Gesundheitserziehung und Aufzeigen der Tabu - Aspekte,
- Wissen um die sexuellen und reproduktiven Rechte der Frauen,
- Kenntnis über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ,
- Selbstbewusstsein der Mädchen stärken.

Ziele des IAW Projekts

Fördern

- Kommunikation der IAW Mitgliedorganisationen mit Lehrpersonen und Eltern der Schulkinder,
- Bewusstsein über die prekäre Situation auf lokalem, nationalem und internationalem Niveau.

Ziele des IAW Projekts

Abbauen

 der Barrieren, welche den Mädchen in Afrika und Asien den Schulbesuch während der Mens verunmöglichen,



Tatsächlich kann IAW voll auf seine Mitglieder in Afrika und Asien zählen. Denn es zeigte sich schon sehr bald nach dem Start, dass genau sie die besten Expertinnen sind: Sie leisten viel Basisarbeit vor Ort, haben viel Erfahrung und ausgezeichnete Kontakte zur einheimischen Bevölkerung und den regionalen Behörden.

Projektaufgaben

- Wissen über die Menstruation den Schulmädchen vermitteln,
- Sensibilisieren der Schüler/innen für ihre sexuellen und reproduktiven Rechte,
- Warnen der Schülerinnen vor unerwünschten Schwangerschaften,
- Stärken der Netzwerke auf allen Ebenen.

Der erste Schritt – ein erster Fragebogen

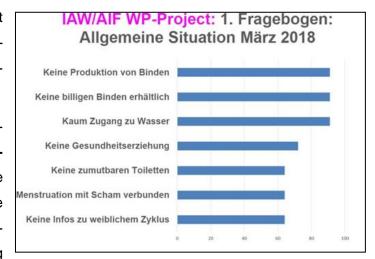
Anfangs 2018 haben wir 15 IAW Organisationen in Entwicklungsländern einen Fragebogen geschickt, um Näheres über die jeweilige Situation in Afrika und Asien zu erfahren.

Wir haben sie ganz allgemein zu den entsprechenden Verhältnisse in ihrem Land gefragt, und ob sie Interesse hätten, am Wasser und Binden Projekt teilzunehmen.

Die Antworten waren durchs Band sehr positiv – schlicht überwältigend.

Elf Organisationen haben geantwortet. Fast alle haben auf die gleichen Probleme hingewiesen und gewünscht, am Projekt teilzunehmen.

Ausser ihren Antworten mit Ja und Nein gaben uns sieben IAW Mitgliedsorganisationen detaillierte Beschreibungen über die Gesundheitssituation in ihrem Land. Sie äusserten sich sehr besorgt um die Schulmädchen, die während ihren Tagen häufig



Opfer von sexueller Belästigung und sozialer Ausgrenzung werden. Wegen fehlendem Wissen über biologische Zusammenhänge werden die Mädchen leicht Opfer von Vergewaltigung, unerwünschten Schwangerschaften und Zwangsverheiratung. Besonders gefährlich ist dies in Gegenden von militärischen Konflikten wie zum Beispiel in der DR Kongo.



Dies sind die sieben IAW Mitgliedsorganisationen, welche sich bereits mit dem Thema befasst haben oder ganz konkrete Pläne haben, wie die Gesundheitserziehung der Schulmädchen gefördert werden kann.

Bei all diesen Herausforderungen musste IAW Prioritäten setzen. Denn nur mit einer riesigen Sponsoring-Kampagne könnten die notwendigen finanziellen Mittel beschafft werden, sei es für zufriedenstellende sanitäre Einrichtungen oder für die Gründung von kleinen lokalen Firmen zur Produktion von Monatsbinden.

Gleichzeitig drängte die Mehrheit der befragten IAW Mitgliedsorganisationen darauf, sich möglichst bald mit der dringendst benötigten Ge-



sundheitserziehung zu befassen. Aus diesem Grund konzentriert sich IAW zurzeit hierauf.

Edah Gondwe

Zweiter Schritt – ein zweiter Fragebogen

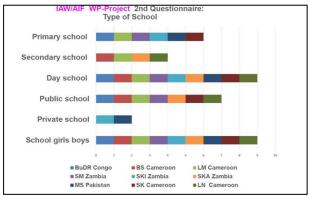
Wir sind an die sieben erwähnten IAW Mitgliedsorganisationen mit einem zweiten Fragebogen gelangt, dies auch im Hinblick auf ein zukünftiges Sponsoring.







Diesmal haben unsere IAW Kolleginnen direkten Kontakt mit einer ihnen bereits bekannten



IAW/AIF WP-Project 2nd Questionnaire: Curriculum / Health Education General basic education Languages, natural. Health-education SRHR Lack of finances Lack of time Lack of professionals Life-cycle private Menstruation shame taboo ■ BuDR Congo BS Cameroon LM Cameroon SM Zambia SKI Zambia ■ MS Pakistan SK Cameroon LN Cameroon Schule in einer armen, ländlichen Gegend aufgenommen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Schule haben sie den detaillierten Fragebogen mit ihren Wünschen ausgefüllt. Als wir dann im September die Antworten erhielten, waren wir wiederum zutiefst berührt. Denn für uns Menschen

aus Industrieländern ist es kaum vorstellbar, wie schwierig unter jenen Verhältnissen ein normaler Schulbetrieb für Lehrpersonen und Schülerinnen sein muss.

6 Primarschulen und 4 Mittelschulen wurden besucht. Meistens handelt es sich um gemischte Klassen mit Mädchen und Buben



in völlig verarmten öffentlichen Schulen mit vorwiegend Männern als Unterrichtspersonen.

Die Infrastruktur dieser Schulen ist allgemein miserabel. Alle Kinder müssen täglich zu Fuss von weither in die Schule gehen und sind oft auch unterernährt. Öffentliche Verkehrsmittel gibt es kaum.

In diesen abgelegenen Gegenden fehlt es völlig an sanitären Einrichtungen. Bestenfalls kann die Schule Wasser aus einem Bohrloch oder einer Zisterne beziehen.

Die Kinder erhalten in der Primarschule eine Grundausbildung. In den Mittelschulen (ab 12 Jahren) können die Jugendlichen meistens zwischen sprachlichen oder technischen Fächern

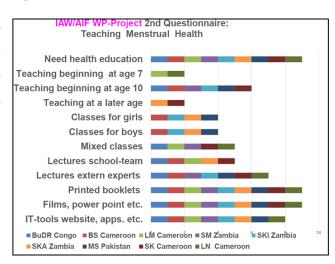


wählen. Doch es gibt keinerlei Gesundheitserziehung, ausser im Rahmen von Biologie in den Mittelschulen. Sexuelle und reproduktive Gesundheit werden nie angesprochen.

Wir wollten vor allem wissen, wie eine Zusammenarbeit zwischen den erwähnten Schulen und den IAW Mitgliedsorganisationen möglich ist.

Alle befragten Lehrpersonen betonten, dass sie den Kindern gerne ein paar Lektionen über Gesundheit erteilen möchten, dass jedoch das notwendige Geld und oft auch die qualifizierten Personen fehlen. Zudem sei der Lehrplan schon vollgestopft.

Ihnen allen ist es ein Anliegen, dass endlich mit den Tabus rund um Menstruation aufgeräumt wird, denn damit wird das Selbstbewusstsein der Mädchen gefördert, und bei



den Jungen ein besseres Verständnis des weiblichen Zyklus sowie der Sexualität.

Praktisch alle Befragten wollten baldmöglichst eine altersangepasste Sexualerziehung beginnend bei den 10-jährigen Mädchen starten. Einige fanden den Unterricht in gemischten Klassen besser, und andere votierten eher für getrennte Klassen. Für die meisten handelt es sich um eine Aufgabe der Lehrpersonen, einige wenige wünschen sich externe Fachleute.

Befragt nach der besten Methode der Wissensvermittlung antworteten alle, dass sie primär kleine einfach verständliche gedruckte Broschüren für ca. 10-jährige wünschen. Sollte genügend Geld vorhanden sein, möchten die Lehrpersonen natürlich auch gerne Filme, Videos, Websites, Apps usw. installieren.

Dritter Schritt: wo kann IAW das passende Unterrichtsmaterial finden?

Dank der weltweiten Kampagne von UNICEF «Wash in Schools» gibt es Broschüren für 10jährige Mädchen, welche bestens in unser Umfeld passen. Bei unserer Suche wurden wir aktiv von unserer Kollegin Anne Pelagie Yotchou aus Kamerun unterstützt.

Wir konnten jetzt UNICEF in Malawi und Burkina Faso kontaktieren und sind zuversichtlich, dass wir die Copyrights erhalten. Wiederum zusammen mit Anne wollen wir auch ein einfaches, passendes Lehrmittel für die Mittelschule erarbeiten. Dies wird sich auf eine Publikation von «Sexuelle Gesundheit Schweiz» stützen.

Soweit sind wir im Moment. Unsere IAW Kolleginnen in Afrika und Asien hoffen, dass sie möglichst bald die gewünschten Broschüren in ihren Schulen verteilen können.



Trotz der fast ausschliesslich ehrenamtlichen Arbeit entstehen beim WP-Projekt auch Kosten. Noch haben wir nicht alles Geld beisammen, um die Finanzierung zu sichern.

Deshalb sind wir natürlich sehr dankbar für alle Spenden – zum Beispiel auch Online auf der IAW Webseite.



VI. Panel: Status quo - Wo Frieden verankert werden muss Ingeborg Breines, Co-Präsidentin International Peace Bureau (IPB)



Ingeborg Breines arbeitete als Generalsekretärin der Nationalen UNESCO-Kommission Norwegens, bevor sie zum Hauptsitz der UNESCO wechselte. Hier war sie erst als Sonderberaterin des Generaldirektorats für Frauen und Gender zuständig, danach leitete sie das "Frauen und die Kultur des Friedens"-Programm. Anschließend wurde sie als Leiterin des UNESCO-Sitzes in Islamabad und des UNESCO Stützpunkts in Genf ernannt. Frau Breines war außerdem Vorstandsmitglied des "International Peace Bureaus" in Genf von 2006 bis 2016 sowie dessen Ko-Präsidentin der letzten sieben Jahre. Zudem ist sie Senior Advisor des Sekretariats des "Nobel Peace Summit".

Thank you for the invitation. I am happy to be here with you to talk about the vision and the program of a culture of peace, as initiated by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (UNESCO) and further developed by many partners. We will look at the thinking behind, the work done, the partners involved, the obstacles encountered and the situation today. And in the following workshop we will together make suggestions as to what can be done to move the world from a culture of war and violence to a culture of peace and nonviolence – and what we can do.

Background in UNESCO and the UN

The vision of culture of peace came out of the UNESCO Congress on peace in 1989 in Yamoussoukro, Côte d'Ivoire. The culture of peace concept, program and movement developed by UNESCO in the 1980ies and 1990ies, opened up a broad-based reflection on a possible new scenario for the future, involving researchers, teachers, artists, politicians, activists, organizations and governments who found in the culture of peace a platform for fruitful exchange and mutual inspiration. Highly diverse groups and initiatives dealing with issues such as environment, human rights, development, disarmament, human security, gender equality and youth, related constructively to the culture of peace concept, which encompasses not only peace as the absence of war, however important that is, but focused on the content and the conditions of peace.

The culture of peace vision was mainly developed after the long and crippling cold war period and the fall of the Berlin wall. It was firmly based on UNESCO's mission to build peace and understanding through international cooperation in the field of education, science and culture and the overall UN mission "to save future generations from the scourge of war". There was



new optimism and hope that, finally, we would be able to get a peace dividend, to use the world's resources to meet the needs and interest of people and not waste it on arms and military build-ups. We, who were engaged in the culture of peace from the beginning, worked around the clock and actually thought we would change the world. We were extremely happy when the UN decided to make the year 2000 the International Year for a Culture of Peace as suggested by UNESCO. Imagine we would enter a new millennium under the culture of peace umbrella. A whole millennium for the culture of peace!

75 million people signed the UNESCO Manifesto 2000 on a culture of peace, developed with some Nobel peace prize laureates committing themselves to: respect all life, reject violence, share with others, listen to understand, preserve the planet and rediscover solidarity.

The UN General Assembly designated UNESCO as the focal point both for the International Year for a Culture of Peace (2000) and the following International Decade for a Culture of Peace and Non-violence for the Children of the World (2001-2010). In September 1999, the General Assembly adopted the Declaration and Program of Action on a Culture of Peace (resolution A/53/243), which served as a background both for the International Year and the Decade. The culture of peace was defined as the values, attitudes and behaviors that reject violence and endeavor to prevent conflicts by addressing their root causes with a view to solving problems through dialogue and negotiation among individuals, groups and nations.

Governments, civil society, the media, teachers, politicians, scientists, artists, NGOs and the whole UN system were asked to adapt the Program of Action to their contexts and to take responsibilities in eight areas:

- 1. Actions to foster a culture of peace through education
- 2. Actions to promote sustainable economic and social development
- 3. Actions to promote respect for all human rights
- 4. Actions to ensure equality between women and men
- 5. Actions to foster democratic participation
- 6. Actions to advance understanding, tolerance and solidarity
- 7. Actions to support participatory communication and the free flow of information and knowledge
- 8. Actions to promote international peace and security



Women and the culture of peace

Individual women, women's networks and women's organizations have from the very beginning taken a special interest in the culture of peace. The UNESCO Statement on Women's contribution to a Culture of Peace, that was developed in connection with the World Conference on Women in Beijing in 1995 and signed by almost all the (few) women heads of state and government at the time, underlined the intimate link between gender equality, development and peace: "There can be no lasting peace without development, and no sustainable peace without full equality between women and men". This was in line with all the four world conferences on women, which had had in their title: Equality, Development and Peace, thereby insisting on a comprehensive approach to world affairs. I have to admit that I am still proud of this statement, which has been translated into many languages and still is in use.

The UNESCO Women and a Culture of Peace Programme, which I was fortunate to head, was established after the Beijing Conference, with the primary objective of mainstreaming a gender perspective on the major UNESCO trans-disciplinary project: Towards a Culture of Peace. But serious work had started prior to the Beijing Conference, which resulted in the concept of a culture of peace being used in the Beijing Platform for Action (Critical Area of Concern F) as the first official use of the term in the UN system outside UNESCO.

The priorities of the Women and a Culture of Peace Program were:

- To support women's initiatives for peace,
- To empower women for democratic participation in political processes and to increase women's capacity and impact in economic and security issues.
- To contribute to gender sensitive socialization and training for nonviolence and egalitarian partnerships with a special focus on young men and boys.

Utopia?

In the vision of a culture of peace, dialogue and respect for human rights would replaces violence, intercultural understanding and solidarity would replace enemy images, sharing and free flow of knowledge and information would replace secrecy and egalitarian partnership and full empowerment of women would replace male domination. Such a vision would necessarily be seen as utopist by those who align themselves with a more predictable, status quo, "tooth-for-tooth" real-political view.

The program analyzed and confronted militaristic ways of thinking. Three commonly held beliefs or myths often came to the forefront:

(i) if you want peace, prepare for war (si vis pacem, para bellum),



- (ii) nothing can change because violence is inevitable and intrinsic to human nature,
- (iii) violence is an efficient method for solving problems and disputes.

Contrary to this thinking, UNESCO stated loud and clear that if we want peace, we must prepare for peace, not for war, that has been done for far too long. UNESCO also criticized the UN system for putting too much emphasis on peace-keeping whilst more resources are needed for peace-building, the main mission of the UN. We should not only have ministries of defense or security, but ministries of peace or a culture of peace; not only prestigious military academies, but obligatory peace education at all levels of the school system; not only peace research that is preoccupied by following the developments of new weapons and armed conflicts, but peace research that truly helps us understand the root-causes of violence and to solve conflicts creatively and in non-violent ways.

Concerning potential genetic violent inclinations, the broad group of scientists who developed the UNESCO Seville Statement on Violence (1989) stated that "It is scientifically incorrect to say that war or any other violent behavior is genetically programmed into our human nature".

Recent research has shown that violence in no way is efficient; force and interference in conflicts from above or from outside are less successful in sustainable conflict transformation than if solutions are developed from inside by the parties themselves.

War on terror

The culture of peace vision, established to help guide humanity and governments to build a culture of peace in the new Millennium was undermined by the misguided "war on terror" following the 11. September 2001 attacks. Fear and the fight against terror have since then dominated both the political discourse and the use of resources.

The vast amounts of resources used for military purposes, peacekeeping and in conflict and post-conflict humanitarian assistance depict our failure to meet basic human needs and concerns in an adequate and timely manner. Instead of trying to tackle problems and conflicts at the roots, we mainly deal with symptoms and undertake "stop-gap" measures in times of crisis. Acting in a timely manner with long-term preventive measures to radically address the root-causes of violence: poverty, exclusion, ignorance, inequality and injustice, would be more humane and less costly. Prevention is better than cure also in this context. Hence, the importance of re-instituting the humanistic long-term values, lest we all have to become part of an unsatisfactory and mostly unsuccessful humanitarian fire brigade – always coming late, after the suffering and the destruction. We actually, and urgently, need a humanistic renaissance creating peace by peaceful means!



The culture of peace, an alternative security policy.

The UN upheld a reporting mechanism on the culture of peace throughout the Decade, but mostly the activities were on a civil society level. Thereafter a UN High Level Forum on a Culture of Peace was established which on a yearly basis take stock of achievements and stumbling blocks and make plans for future work. Lately interest is growing and more countries participate.

People everywhere dream about a life in freedom from want and fear, and with freedom of thought and expression. But instead, the world is getting polarized and inequality is rapidly growing both between and inside countries, creating tension, violence and even war. The biggest challenge of all is the enormous climate and environmental degradation, which risks to make the planet barren and unproductive, without the capacity to remain a home for humanity.

Unfortunately most countries answer in an outdated and obsolete manner to the 3 huge threats to world peace: (i) The climate and environmental degradation, (ii) the nuclear arms (iii) the fast growing gap between "the haves" and the "have-nots". Countries strengthen their military capacity, seemingly forgetting that even a short-term military intervention creates human misery and hatred as well as long-term destruction of livelihoods and infrastructure. In 2018, more than 68 million people are on the run from war or misery worldwide which is totally unacceptable. Data show that the world spends yearly more than 1.7 trillion US dollars on the military (SIPRI Yearbook 2017), which is more than during the peak of the Cold war. The yearly military expenditure corresponds approximately to 615 yearly regular UN budgets. Idealists fought for years to have an international body to help avoid that conflicts would lead to violence and war, yet we are not providing the UN with the resources needed to do its work. Only some 10% of the world's military expenditure would go a very long way in financing the 17 important Sustainable Development Goals (2016 – 2030) that all world leaders have agreed to in the UN in 2015. The world is over-armed and peace is underfunded said rightly former UN Secretary General, Ban Ki-Moon.

The long-term negative effects of the massive resource and energy consumption of the military needs to get addressed in an urgent and transparent manner. Military might cannot solve the major challenges of the world today, on the contrary, with its enormous costs, both economic and environmental, global militarisation aggravates the situation. Investing in the military is neither cost-effective nor an effective way of assuring security. To undertake the green shift that we are obliged to for our survival; we have to shift the money away from the military. The notion of security needs to be redefined. War or the threat of war should be criminalized. Security today is to have food security and clean air, water and soil for our chil-



dren and grandchildren, a decent life, in short, human security. State security must be based on cooperation – and be a common security against the overall and real risks threatening our planet.

The military with its resources and human capacity should be converted to assist in this task. We must disarm, simply to survive and we must dare question the different structures and expressions of the culture of war and violence: What are the obstacles to a culture of peace? Who is profiting from the culture of war and violence? Why is the world seemingly more willing to pay the costs of war than the costs of peace? Whose priorities are dominating? How to learn to value differences instead of seeing "the other" as an enemy? Do we need a code of conduct for scientists (e.g. those who develop sophisticated lethal weapons), as we have for physicists: Do no harm!. People must be prioritized over weapons and war. We have to renew what was agreed at the 4WCW in Beijing to: "Reduce excessive military expenditures and control the availability of armaments".

Military decisions are to a large extent kept outside democratic processes. It is the black hole of our unfinished democracies. The exclusion of women and the lack of gender analysis contribute to the failure to adequately address the drivers of conflict and are threatening the sustainability of agreements. There is not sufficient scientific research into the military's impact on the climate and the environment. But what we know, including from the "Green booklet" of IPB, the International Peace Bureau, is already frightening. The military must be held accountable for its enormous harm to the environment and the climate. States must remediate and compensate for their military's environmental damage at home and abroad. Allowing the military sector to be outside the Kyoto and the Paris agreements was a good move for the arms producers and dealers, but a disaster for the rest of us. In Norway, we have right now this enormous NATO war game, Trident Juncture. It creates huge anger and fear also for the harmful effects on the environment.

We must not accept the militarisation of the mind that is happening even in the academic world. UNESCO, true to the preamble of its Constitution which says: "Since wars begin in the minds of men, it is in the minds of men that defences for peace must be constructed", highlights in its report Education for the Twenty-first Century, Learning, the treasure within, four particularly important tasks: learning to be, learning to learn, learning to do and learning to live together. Learning to live peacefully together is seen as important as literacy itself. This education provides knowledge about a culture of peace and provides people the "skills and attitudes necessary to defuse and recognize potential conflicts and those needed to actively promote and establish a culture of peace and non-violence".



Peace education is necessary at all stages of human life, from childhood and adolescence to adulthood. It is multidimensional and encompasses a range of activities that address the root causes of violence. In the words of the Global Campaign for Peace Education: "A culture of peace will be achieved when citizens of the world understand global problems; have the skills to resolve conflict constructively; know and live by international standards of human rights, gender and racial equality; appreciate cultural diversity; and respect the integrity of the Earth. Such learning cannot be achieved without intentional, sustained and systematic education for peace."

The most prosperous societies are the societies without war. And the societies with the less violence are the ones where there is good gender equality and different voices are being heard. Luckily the peace movement managed to get into the UN' Agenda for Sustainable Development (2016-30) SDG 16 with the goal to build peaceful societies. Next year countries will have to report to the High Level Task Force on their implementation of SDG 16 and SDG 4 on education. We have to be party to these processes whilst keeping in mind the new UN Declaration on the Right to Peace Art. 1: Everyone has the right to enjoy peace.

It is 50 years since Martin Luther King Jr. was killed. Let his words echo with us today: "It is no longer a choice between violence and nonviolence in this world; it's nonviolence or nonexistence".

Relevant (mostly) UN/UNESCO background documentation

- UN Charter: The UN system was built «to save succeeding generations from the scourge of war», and the UN Charter (Para 26) says that we should « ...promote the establishment and maintenance of international peace and security with the least diversion for armaments of the world's human and economic resources..."
- UNESCO, Constitution, not least the preamble and article 1
- Beijing Platform for Action (1995), not least Critical Area of Concern E
- The UN Declaration and Programme of Action on a Culture of Peace (resolution A/53/243)
- The United Nations' Agenda for Sustainable Development (2016-2030) with its 17 Sustainable Development Goals (SDGs), not least SDG 16 and 4.7.
- SDG 4.7: governments must ensure by 2030 that: "all learners acquire the knowledge and skills needed to promote sustainable development, including, among others, through education for sustainable development and sustainable lifestyles, human rights, gender



equality, promotion of a culture of peace and non-violence, global citizenship and appreciation of cultural diversity and of culture's contribution to sustainable development".

- The UNESCO Manifesto 2000 on a Culture of Peace,
- The UNESCO Seville Statement on Violence (1986) adopted by a broad group of scientists stating that war is not "a fatality determined by genes, violent brains, human nature or instincts, but is rather a social invention implying that the same species that invented war are capable of inventing peace".
- Security Council Resolution 1325 (UN-SCR-1325) on Women, peace and security (2000), underlining women's rights and dignity during conflicts and supporting their participation in conflict prevention, peace negotiations and post-conflict reconstruction.
- The UN Declaration on the right to peace (Res A/71/189), (2016) Art. 1: "Everyone has
 the right to enjoy peace such that all human rights are promoted and protected and development is fully realized".
- The UN Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (2017)
- NPT, Non-Proliferation Treaty, not least paragraph 6
- SIPRI Yearbook, Stockholm International Peace Research Institute
- Ingeborg Breines, Betty Reardon and Dorota Gierycz: Towards a Women's Agenda for a Culture of Peace, UNESCO Publishing
- Breines, Ingeborg, Robert Connell and Ingrid Eide (Eds). Male Roles, Masculinities and Violence: A Culture of Peace Perspective. UNESCO Publishing, Paris 2000.
- Breines, Ingeborg and Hans D'Orville (Eds) 60 women for the 60 Years of UNESCO.
 Constructing the Foundations of Peace (UNESCO 2006)
- IPB (International Peace Bureau):
- Warfare or Welfare, Disarmament for Development in the 21 Century
- Whose Priorities, A guide for campaigners on military and social spending
- Opportunity Costs, Military spending and the UN's Development Agenda
- Targeting Military Spending. Disarmament, Development and the Post 2015 Development Agenda
- Demilitarization for Deep Decarbonization (Tamara Lorincz)



Monique Bouaziz, Vertreterin der IAW bei der UNESCO (F)



Monique Bouaziz besitzt langjährige Erfahrung in der Arbeit in und mit NGOs. Sie begann ihre Arbeit in der UN-Menschenrechtskommission in Wien und war im Oktober 1994 zuständig für die Vorbereitung der "Beijing Platform for Action". Seit 1994 nimmt sie an der jährlichen Versammlung der Frauenrechtskommission der UN in New York teil. Von 2001 bis 2012 war sie Delegierte im Europarat für die Organisation WIZO. Außerdem ist sie seit 1993 Mitglied der UNESCO. Zuerst arbeitete sie dort in der Kommission "Education for All" und seit 2007 ist sie die Delegierte der IAW bei der UNESCO. Sie ist die momentane Vizepräsidentin der "Association des femmes de l'Europe Méridionale" (AFEM).

Four years ago, the group of NGOs working in partnership with UNESCO decided of a project for peace based on puppets. The project invited our associations to ask people and children of their region to create a project based on peace and presented with puppets (made or not by themselves). This project was successful and a video film showing the different creations was produced and posted on the web.

This film ended with a six years old child's question: "tell me how we do to play peace". This question gave us the idea to invite children this year for the international day of peace, to create paintings, sculptures, handmade or digital drawings or any sorts of ideas to "imagine a drone or a robot for peace".

Beside the presentation on the screen of a video film showing all the contributions, and the comment of around 10 of the works by a psychoanalyst, a sociologist and a plastic artist, it was decided that the works would be exhibited locally - each local organisation demonstrating creativity in order to contribute to what is essential - the teaching of peace education on a cultural level, since we really think that the keyword for a hope for peace, is education.

Here are some more examples of actions for peace.

In 2017, during the General Conference, a special space was dedicated to NGOs, so, we, the IAW representatives organised an exhibition of women paintings

Those Catholic, Muslim, and Jew women, living in the same area near Afula, have been learning to live together since a few years. They chose the olive tree as a theme. Their paintings had been shown all through Europe before we presented them at UNESCO.

The UN pushed by Algeria have decided to recognize the 16th of May as" the day of living together", so UNESCO and Algeria devoted an afternoon to this event. Children, youth and scouts of all religions were present. It was super to see each kid from the kindergarden to high school, pronouncing the words of peace written on the paper they were holding in their



hands; Words like peace, solidarity fraternity, tolerance, all those words which a good education to peace should teach to every child since the early childhood.

On October 4, 2016, the Women Wage Peace movement began a two week "March of Hope." In those two weeks, thousands of Jewish and Arab Israeli women marched from the north of Israel to Jerusalem calling for a peace agreement that will be respectful, non-violent and accepted by both sides. The march culminated on October 19 with 10000 women together under the tents in the desert

"Peace is possible when women of integrity and faith stand up for the futures of their children," said Leymah Gbowee, who called for continuing the struggle to achieve that peace and who had received the peace prize for rallying women to help end of the Second Liberian Civil War in 2003.

In France, I am a member of different organisations for women and peace. One of them is called MPCT (Movement for peace and against terrorism). We work on girl's peace and security in Afghanistan and Pakistan. We created a Darfur platform of NGOs. We disseminate the news coming from countries in conflict etc.

As a conclusion

It is interesting to notice that our day of peace, which took place in Tunis, was only one event among 3 that were linked by their theme: an international seminar on human rights called " acting for equality" and a forum prepared by our group of NGOs and called: " another perspective on migration" which tried to deal with an essential theme: trying to avoid that migration should creates forms of conflicts between civilisations or Countries.

The three events made us think of possible solutions to bring peace. The first and main one stressed the importance of teaching the young and their teachers too, how to refuse hatred, sometimes found in books preaching violence. We must also teach them how to use computers and social networks to refuse hatred, as it is impossible to avoid violent posts. It is also important to teach them to be proud of their culture and to know; in case they have to leave their country that, they can bring the best of their culture if they want to integrate other regions, for unfortunately, many people leave their country because of cross-border or access to water problems. They need spaces for dialogue in the design of solutions. Women and children must also be paid special attention since they are the ones who suffer most in case of conflicts. The media should also be taught to change their narratives since they often stir up hatred. In this, the partnership with NGOs is crucial as they are on the fields.



Xenia Kellner, AGORA - Junge Feministin in der Europäischen Frauenlobby (EWL)



Xenia Kellner studierte Jura mit Spezialisierung in Völkerrecht, internationalem und europäischem Strafrecht. Seit drei Jahren arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen und ist zuständig für das fachübergreifende Projekt PRIMSA zum Thema Menschenhandel. Des Weiteren arbeitete sie in Mexiko für die Frauenrechtsorganisation CLADEM und überwachte dort die Umsetzung der CEDAW. 2015 nahm sie an der "AGORA – Young Feminist Summer School" der Europäischen Frauenlobby teil. Dieses Jahr unterstützte sie die AGORA als Moderatorin und schuf dabei einen Prozess mit einem besonderen Fokus auf Intersektionalität und inklusivem Feminismus.

Xenia Kellner stellte das Thema Intergenerationelle Dialoge unter Frauen vor – z.B. in der EWL AGORA Sommeruniversität. Es sei von großer Wichtigkeit Erfahrungen weiter zu geben. Junge Frauen suchten Anschluss an bereits vorhandene Strukturen und Wissen. Hierbei sind Mediatorinnen hilfreich, die die Dialoge positiv anleiten können und an Anschluss junger Frauen anleiten können.



VII. Panel - Arbeitsgruppen: Aufbau & Erhalt der Kultur des Friedens - Alle Kräfte mobilisieren

Für ca. eine Stunde wurde in Arbeitsgruppen (AGs) zum Thema "Aufbau und Erhalt der Kultur des Friedens– Alle Kräfte mobilisieren" gearbeitet. Die Ergebnisse wurden auf Flipcharts festgehalten und später im Plenum vorgestellt.

AG 1 definierte:

- Frieden als Abwesenheit von Gewaltformen auch genderbasierter Gewalt in der Ehe, Familie, Öffentlichkeit, Grundbedürfnisse wie Menschenrechte müssen respektiert sein.
- Konfliktresolution Training/Bildung sollte Jede*r haben gehört in Curricula.
- Die UN solle die Regierungen mehr drängen, die Kultur des Friedens einzuführen.
- Schaffung einer gerechten Gesellschaft, auch ökonomisch, unter Respekt aller Menschen. Kompetenz zum Mitgefühl ist dabei Voraussetzung.
- Erfahrungen aus Ruanda, Tansania, Zypern/Türkei und Indien zeigten, dass Frauen-NGOs Lösungen präsentieren, wenn sie zusammentreffen können. Sie müssen dabei Stereotype beseitigen wie z.B. dass schwache Frauen nichts in dem Feld zu suchen hätten und nicht in Öffentlichkeit oder Entscheidungspositionen gehörten.
- Der Jugend kommt eine große Rolle zu. Früh fortgebildet kann sie über ihre Zukunft entscheiden und über lange Zeit Erfahrungen sammeln.
- UNESCO und Regierungen sollen international regelmäßig Festivals der Kultur des Friedens veranstalten.
- Kreative gewaltfreie Aktionen können Bulldozer/Panzer aufhalten.
- Die vielen Hindernisse wurden analysiert: Staaten sollen eine nationale Agenda der Kultur des Friedens pflegen. Alle Generationen müssen die Möglichkeit zur Mitgestaltung haben.

AG 2 entwarf ein Schaubild von VISION – HINDERNISSE - POLITISCHE ANSÄTZE DER LÖSUNG, die im Folgenden aufgelistet werden:

UN-SCR 1325 umsetzen - Gender Mainstreaming – Internationaler Strafgerichtshof (ICC): Strafbarkeit garantieren / Rechtsstaat auch international - Unterstützung des ICC garantieren; keine Straflosigkeit dulden

- Gender Budgeting
- BILDUNG (quer durch Friedenskultur und Konfliktlösungskompetenz verankern
- Prävention z.B. mit Blick auf die Istanbul Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verankern
- Frauen gehören in Entscheidungspositionen durch Equal Representation (Quote u.a.)
- ökonomische Gleichstellung von Frauen



AG 3 erstellte eine Liste:

- Menschen müssen Konflikte aufarbeiten nicht Gefangene der Geschichte bleiben
- Sozial-politische Transformationsprozesse müssen stärker begleitet werden, ihre Gefahren abgemildert werden, Konflikte darin früh vermieden werden.
- Alle Ungleichheiten bergen Risiken für Konflikte Vermeiden.
- Individuelle Rechte sind gut. Dennoch sollte im Blick behalten werden, dass Menschen nur in der Gemeinschaft überleben, und zusammengehören.
- Es sollte über Sprache sensibilisiert werden Lernen, Manipulation durch Sprache entschärfen, verstehen, anders zu antworten.
- Wählen gehen ist wichtig: erst wählen, dann kritisieren; mehr Frauen als Kandidatinnen aufstellen & wählen.
- Reisen und Austausch sollen gefördert werden: Menschen, die andere Länder/Kulturen und Menschen dort als Freunde kennen, greifen sich nicht so leicht an.
- Es gibt viele Quellenmaterial, Ressourcen: etwa im Europäischen Parlament. Diese müssten zugänglich gemacht werden.

AG 4 folgte ebenso der Vorgabe, Schritte aufzuzeigen - Vision – Erfahrung -Hindernisse und Politik/Maßnahmen und erstellte eine Liste:

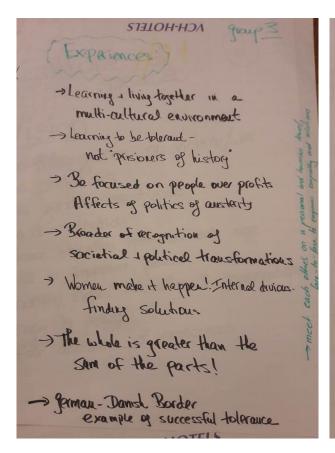
- Weg von Videospielen mit Gewalt/Kriegsszenarien, Vorurteilen, Gender-Stereotypen, Diskriminierung
- Friedenserziehung von Klein an / Menschenrechtsbildung von Klein an (lebenslang)
- Kultur des Friedens, ein Bild vom möglichen Frieden
- Faire Verteilung der ökon. Ressourcen
- ERFAHRUNG: Pow Pow /Cachachá: Runde Tische; Eine Welt der Freunde ist eine Welt des Friedens (Reisen)-

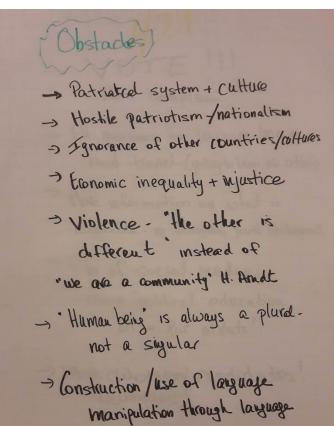
Friedensprozesse beginnen, egal wie, es entwickelt sich immer etwas; Mut haben, Unterstützung von Friedensprozessen; Hindernisse sehen und überwinden - Solidarität als Wert beschreiben.

- Politik - Besteuerung hoher Einkommen/Vermögen/Gewinne; Kultureller Respekt versus kulturelles Erbe - UNESCO Papiere besser verbreiten, wahrnehmen, umsetzen – Geld von Militärausgaben zu Frieden und Gesundheitsausgaben; - Gesetze über Gleichstellung der Geschlechter verbessern (je besser die Stellung der Frau ist)... - Produkte auf dem Markt erlauben, die "friedlich" sind (nicht unter Ausbeutung produzieren) - Medienbildung



Das Fazit der Präsentation fasste zusammen, dass es ein sehr breites Programm für eine Stärkung der Kultur des Friedens gibt. Der Deutsche Frauenring wird die Ergebnisse dieser Arbeit und des Seminars zusammentragen und in die politische Debatte einbringen, in den Diskussionsprozess um die Umsetzung der Resolution 1325, an anderen Stellen sowie in lokalen Prozessen.





Fotos von Flipcharts aus den Friedenstischen am 24. und den AGs am 25.10.2018



VIII. Panel: Kultur des Friedens – Mehr als ein Protest

Abschlussrede

Manju Kak, All Indian Women's Conference, IAW



Manju Kak ist Gesellschaftsaktivistin für Frauenfragen und leistete Freiwilligenarbeit in den Slums von Delhi. Momentan ist sie ehrenamtliche Kassenführerin der wahrscheinlich größten Freiwilligenorganisation Indiens "All India Women's Conference", welche sich für Frauen und Kinder einsetzt. Zudem war Frau Kak auch als Journalistin für den Bereich Entwicklung bei "Women's Feature Service" tätig und schrieb sowohl weitere Artikel als auch das Buch zum Thema "Whose Media: A Women's Space". Des Weiteren unterrichtete sie an Gymnasien und Hochschulen in Delhi und Hong Kong sowie war sie Gastprofessorin an der Jamia University in Delhi. Ihre Expertise macht sie zu einer gefragten Referentin.

Having chased the ever elusive chimera of peace, man has been unable to shed the scourge of war in spite of all the modernisation, civilization and development. The primal instinct of violence has ceaselessly combined with ruthlessly ambitious vested interests to ensure that the agenda of peace is trampled upon. Peace as a consequence lies in pieces- dejected and despairing.

With traditional wars becoming virtually 'passé' in the face of nuclear deterrence; proxy wars through covert promotion of civil strife is the current paradigm. Ethnic conflicts, secessionism, insurgency, terrorism, riots coupled with rising intolerance, organised crime and religious fundamentalism have become the order of the day.

Additionally, with the abuse of the provisions of Article 42 of UN Charter chapter seven that gives coercive powers to the UN Security Council as a defence for the protection and promotion of human rights enshrined in Article 1 of the UN Charter; the ideal of Non-Intervention enshrined in the Article 2(4) of the UN Charter has been completely violated in letter and spirit along with the International Humanitarian Law that is being observed only in breach. This is creating untold miseries in the form of massive population displacements, refugee crises and extreme humanitarian emergencies as a collateral damage of humanitarian interventions.

The current practice of global governance that links development and security has also become a deadly political tool of coercion and is generating immense negative dynamics. Violence and vested interests always existed but human values remained predominant to a large extent unlike today when globalization generated materialism has turned human values



on its head. Consequently, it is chaos that reigns supreme and the life of common populace is getting increasingly mired in multi-pronged struggles and deprivations leading to loss of basic human rights and dignity, especially, of women and children.

As far as democratic norms are concerned, overt dictatorships have disappeared across much of the world. Violent seizures of power are rare. But there's another way to break a democracy: not at the hands of generals, but of elected leaders who subvert the very process that brought them to power. In many countries, due to certain conditions, populist leaders with no political experience can sweep to power by tapping into deep currents of social resentment. One such example is that of Venezuela, where Hugo Chávez was freely elected president, but he used his soaring popularity (and the country's vast oil wealth) to tilt the playing field against opponents, packing the courts, blacklisting critics, bullying independent media, and eventually eliminating presidential term limits so that he could remain in power indefinitely. In Hungary, Prime Minister Viktor Orbán used his party's parliamentary majority to pack the judiciary with loyalists and rewrite the constitutional and electoral rules to weaken opponents. Elected leaders have similarly subverted democratic institutions in Ecuador, Georgia, Peru, the Philippines, Poland, Russia, Sri Lanka, Turkey, Ukraine, and elsewhere.

Amy Chua, in her book Political Tribes: Group Instinct and the Fate of Nations, expounds on how America is being pulled by tribal divisions and how the 'super group' (America) is being split by race and class. According to her, "In America today, every group feels threatened."

In these cases, there are no tanks in the streets. Constitutions and other nominally democratic institutions remain in place. People still vote. Elected autocrats maintain a veneer of democracy while eviscerating its substance. This is how most democracies die today: slowly, in barely visible steps. When democratic norms are slaughtered, peace is slaughtered.

The Institute of Economics and Peace (IEP), a leading global think tank has its core asset in its benchmark study in measuring peace and quantifying its economic value in what is known as Global Peace Index (GPI). It estimates the economic impact of violence and conflict on the global economy. Having analysed its reports, international forums such as UN and World Bank as well as academic institutions have begun to utilize its data and information. The 12th edition of the GPI, which was released on 12 June 2018 reports that the global level of peace has deteriorated by 0.27% in the last year, marking the fourth successive year of deteriorations. The report reveals a world in which the tensions, conflicts and crises that emerged in the past decade, remain unresolved, especially in the Middle East, resulting in a gradual and sustained fall in peacefulness. It is relevant at this point to reiterate that it is the women and children who are the worst sufferers in most cases of violations of peace.



It therefore, becomes imperative to regenerate a culture of peace, mutual respect and harmony amongst the diverse units of the society that tend to develop antagonistic relationships. To this end, multi-dimensional social initiatives to promote trust building and national integration via recognition of shared aspirations and shared history is of the essence. Also, micromanagement of society through promotion of inner spiritual peace and universal view of life amongst individuals is the urgent need of the hour. Additionally, acknowledging the fact that all cultures and religions since ancient times have promoted the ethos of humanitarianism is of utmost importance. This in turn would have a ripple effect on the international peace initiatives and make them effective.

One such significant initiative has been taken by Buddhist philosopher Daisaku Ikeda, president of the Soka Gakkai International (SGI), who issued his annual peace proposal titled "Toward an Era of Human Rights: Building a People's Movement." Ikeda welcomes the July 2017 adoption of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW) as a turning point in the global history of efforts to achieve peace and disarmament, emphatic that while nuclear weapons exist, a world of peace and human rights will remain elusive. He outlines strategies for gaining support for the Treaty from the nuclear-weapon states and nuclear-dependent states.

Managing Peace in the Indian Context

Closer home, in contextualising peace to the Indian specifics, one only has to delve into its rich philosophical and cultural heritage to find elaborate commentaries on the individual ethical conduct pertaining to all aspects of human life and all professions.

The wise ancients understood the importance of national and cultural integration and promoted unity in diversity through precepts of Dharma and ethical conduct in all aspects of social interaction. The highly evolved laws of war in Indian religious texts like the Vedas, Puranas, Samhitas, Epics, writings by scholars like Yagnavalkya, Manu and Kautilya, put a premium on preservation of human dignity and individual way of life along with emphasis on shelter, forgiveness and willing assimilation aimed at mainstreaming the aspirations of the conquered.

Post independence, internationally, India upheld the traditional principles of Jus ad Bellum and Jus in Bello by never indulging in any wars for self aggrandizement. It in fact, has been assiduously striving to promote peaceful co-existence based on the principles of equality, justice and freedom amongst the comity of nations. Attainment of international peace and security through mutual cooperation has been India's constant endeavour through confer-



ences, dialogues and diverse peace initiatives. India is the third largest contributor to the peace-keeping operations of the UN.

Indian foreign policy has been admirable for its powerful peace promoting initiatives like the Five Principles, as stated by the Panchsheel Treaty, signed on April 29, 1954 between India and China, which are:

- 1. Mutual respect for each other's territorial integrity and sovereignty.
- 2. Mutual non-aggression.
- 3. Mutual non-interference in each other's internal affairs.
- 4. Equality and cooperation for mutual benefit.
- 5. Peaceful co-existence.

Apart from these, non-alignment, economic and cultural cooperation, disarmament, use of nuclear energy for peaceful purposes, settlement of international disputes by peaceful means, support of the UNO, support for nationalist movements across the world, stand against injustices like apartheid, imperialism, colonialism, neo-colonialism etc. Have been India's other remarkable features of foreign policy practices.

On the domestic front, Indian Constitutional framework provides elaborate safety guards to ensure protection of the basic human rights of its peoples in its "Fundamental Rights" provided in the Part III (Articles 12-35) of the Constitution that conform to the non-derogable set of human rights provisions of the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR). Additionally, in order to secure these fundamental Rights, a set of "Directive Principles of State Policy" have been enshrined in the Indian Constitution that issue guidelines according to which the government is supposed to function and formulate its laws for implementation, with the aim to achieve social justice through gender and social equity.

Keeping the above heritage in mind, sustained attempts to restore the damaged social and emotional fabric of the country through peace initiatives like dialogue, sensitization, promotion of the ideal of non-violence and humanitarianism through intellectual exercises like seminars and conferences emphasizing need for lasting and sustainable peace would make concrete impact.

Taking cues from the beliefs of luminaries like Buddha and Gandhi who professed non-violence, a strong forum can be created through forming a coalition of the peace promoters from amongst diverse professionals like educationists, environmentalists, artists, youth organisations, human rights activists, religious and spiritual leaders, cultural ambassadors



along with organisations that work for women and child welfare, focussing on their emancipation and empowerment along with grievance redressal. This being of utmost importance since the role of women in securing development, social equity and progress is well recognised by the international peace-builders. Echoes of which are found in our ancient wisdom,

"Yatra Nariyantu Poojyate, Ramante Tatra Devta" (meaning: Gods reside where women are venerated) –an ancient shloka that professes veneration of women for harmony and good life.

In this light, convergence seminars with 'Peace and Harmony' as their theme, involving intellectuals from above mentioned fields, would become vehicles of positive dynamics in bringing about tangible attitudinal change in the masses particularly towards the vulnerable sections of the society.

As Sri Chinmoy rightly said "World Peace can be achieved when in each person, The power of love replaces the love of power."

With Inputs from Anupama Sharan



Anhang – Seminarprogramm auf Deutsch

Quadratur des Kreises für Frauen, Frieden und Sicherheit

Ort: Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, 10117 Berlin-Mitte

Beendigung von Kriegen und bewaffneten Konflikten, Schutz der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter durch Umsetzung der Resolution 1325 "Frauen, Frieden, Sicherheit" des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1325)

Menschenrechte und Frieden als zwingende Priorität jeden politischen Handelns!

ERSTER TAG - Mittwoch, 24. Oktober 2018

09.00 - 09.30 Uhr Registrierung

09.30 - 09.45 Uhr Begrüßung Marion Böker, Präsidium Deutscher Frauenring (DFR),

Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden (FNF) und Vorsitzende der IAW-Friedenskommission Joanna Manganara, Präsidentin, International Alliance

of Women (IAW)

10.00 - 12.20 Uhr I. Panel: Am Friedensziel in jeder Lage festhalten - Mehr Frauen sichern mehr Frieden

Xanthe Hall, Geschäftsführerin Internationale Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), Geschäftsführender Vorstand Internationale Kampagne für die Ächtung von Atomwaffen (ICAN Deutschland)

Kristina Lunz, Center for Feminist Foreign Policy (CFFP), Co-Founder und Country Director für Deutschland

Nicola Popovic, Expertin zu Geschlechterfragen in Friedens- und Sicherheitspolitik

Diskussion - Moderation: Marion Böker, DFR-Präsidium

12.20 - 12.30 Uhr Grußwort Frau Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks,

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und

Jugend

12.30 - 14.00 Uhr MITTAGESSEN



14.00 - 15.30 Uhr II. Panel: Nationale Aktionspläne - Stärken und Schwächen

Heidi Meinzolt, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, WILPF Dinah Abd El Aziz, Referentin für Menschenrechte und Genderfragen, Auswärtiges Amt

Jeannette Böhme, Advocay und Menschenrechtsbeauftragte, medica mondiale **Diskussion - Moderation:** Nicola Popovic, Expertin zu Geschlechterfragen in Friedens- und Sicherheitspolitik

Vom Recht Frieden zu verhandeln - Repräsentation von Frauen durchsetzen

15.30 - 16.00 Uhr KAFFEEPAUSE

16.00 - 18.00 Uhr III. Panel: Friedensstifterinnen am Verhandlungstisch

TEIL I: Wie sehen moderne Friedensverhandlungen aus (1: 15 St.) Wie überwinden wir Tradition für effektivere Verhandlungstische – Was wollen Frauen verhandeln?

Hüsniye Günay, Koordinationsmitglied Ezidischer Frauenrat Binevs e.V.

Dr. Maria Al Abdeh, Women Now For Development, Syrien

Dr. E. Biran Mertan, Gender Advisory Team (GAT), Zypern

Dr. Maria Hadjipavlou, Gender Advisory Team (GAT), Zypern

Diskussion - Moderation: Marion Böker, DFR-Präsidium

TEIL II: 5 Friedenstische - World Café (Stehtische 5x7 Min.)

Vertiefung der Diskussion an regionalen Friedenstischen
- Lernen & Austausch

je moderiert durch die o.g. Women Peacemaker/ Auskunftspersonen

Im Mittelpunkt des Internationalen Bundesfachseminars wird **am ersten Tag** die Frage nach den aktuellen Herausforderungen der Friedenswahrung (Nichtstaatliche Akteur*innen, neue und traditionell geopolitische Kriege; eine weitere Etappe der Militarisierung) und ihre Auswirkung auf die Geschlechterverhältnisse sowie z.B. der zweite Nationale Aktionsplan Deutschlands aber auch gern anderer Staaten zur UN-SCR 1325 "Frauen, Frieden, Sicherheit" stehen. Wir wollen erörtern, wie trotz der aktuellen Rahmenbedingungen Verbesserungen und Stärkungspotentiale aktiviert werden können,- von der Regierung und von der Zivilgesellschaft.

Wir gehen von der **Beobachtung und These** aus, dass es erstens vor allem im Bereich der Integration/Gleichstellung von Frauen in der NATO, den internationalen Einsätzen und den einzelnen nationalen Militärs den größten, eifrigsten Fortschritt zur Umsetzung der UNSCR 1325 gibt.



Viele könnten den internationalen Einsätzen bei einer stringenteren Gender- und Gleichstellungs-, Menschenrechts- Mission Statement Policy noch zustimmen, würde der UN-SCR 1325 gemäß mehr Investition in Prävention erfolgen. Auch der Strafverfolgung (unter dem ICC) oder anderen Bereichen der UNSCR 1325 werden noch immer zu wenig konsequente und finanzierte Anstrengungen für die Umsetzung zuteil. Frauen sind bei Friedensverhandlungen und in allen nachfolgenden friedenssichernden Phasen nicht in adäquater Besetzung unmittelbar beteiligt.

Die UN-SCR 1325 hat vieles verbessert, zumindest in den Diskurs gebracht. Aber die Friedensdividende, zumindest in Deutschland und Europa, wird gleichzeitig durch das Erstarken und legitime Politikmachen der Rechtsfaschist*innen in Parlamenten und neue Militärlasten aus dem eventuellen NATO-Rückzug der USA und dem Brexit untergraben. Die Folgeresolutionen, mehr Schutzmechanismen, Strafverfolgung, Aufklärung und Ächtung, sollten das Ausmaß an sexualisierter Kriegsgewalt und Kriegsverbrechen verringern; das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Eine weitere Abwertung und Schwäche der Vereinten Nationen - damit auch der UN-SCR 1325 oder des Schutzes der Menschenrechte etwa durch CEDAW entsteht gerade im Herzen des unpassend konstruierten Sicherheitsrates: seine Reform und Neukomposition ist überfällig.

Insgesamt stehen wir mit der UN-SCR 1325 "in der Hand" gegenläufigen Kräften gegenüber.

Ob und wie können wir die so eventuell wieder neu erstarkende disfunktionale hegemoniale Männlichkeit bannen? Erlebt sie im zivilen Bereich, in rechten und angrenzenden Milieus der sogar der Mitte nicht gerade ein globales Update, und wenn ja, welches Update benötigt eine verlässliche Regierungsführung und Zivilgesellschaft, um stark genug für den Frieden und die Gleichstellung der Geschlechter zu sein? Reichen die gegenwärtigen Aktivitäten und Nationalen Aktionspläne? Müssten sie nicht viel stärker auch Innenpolitik, Bildung, Technik (Drohnen, KI, 4.0 etc.) einbeziehen,- und in der Wirtschafts- und Handelspolitik wirksam werden? Wie sehen NAP 1325 5.0. aus?

ZWEITER TAG - Donnerstag, 25. Oktober 2018

Menschenrecht auf Frieden - Von der Grundidee zum echten Instrument

10.00 - 12.00 Uhr IV. Panel: Ein Menschenrecht in Kinderschuhen

Einführung: Dr. Wolfgang S. Heinz, Deutsches Institut für Menschenrechte **Kurz-Inputs/ Repliken:**

Rosy Weiss, ehem. IAW-Präsidentin, langjährige Leiterin der IAW-

Friedenskommission

Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden und Vorsitzende der IAW-Friedenskommission

Diskussion - Moderation: Marion Böker, DFR-Präsidium

12.00 -12.30 Uhr V. Panel: Menschliche Sicherheit herstellen: Empowerment für dauerhaften Frieden



IAW-Projekt "Wasser und Hygienebinden für Schulmädchen"

Anuarite Siirewabo Muyuwa (DR Kongo), Regionale Vizepräsidentin IAW Ursula Nakamura, IAW-WHO-Vertreterin Gudrun Haupter, Leiterin der IAW-Gesundheitskommission

Diskussion

12.30 - 13.30 Uhr MITTAGESSEN

Kultur des Friedens verankern -Wo wir stehen - Wege, die Herausforderungen zu meistern

13.30 -14.30 Uhr VI. Panel: Status quo - Wo Frieden verankert werden muss

Ingeborg Breines, Co-Präsidentin International Peace Bureau (IPB) Monique Bouaziz, Vertreterin der IAW bei der UNESCO (F) Xenia Kellner, AGORA - Junge Feministin in der Europäischen Frauenlobby (EWL)

Diskussion - Moderation: Margret Otto, FNF

14.30 - 16.00 Uhr Arbeitsgruppen:

Aufbau & Erhalt der Kultur des Friedens - Alle Kräfte mobilisieren

Je Arbeitsgruppe Input von Berichterstatterinnen

Berichterstatterinnen:

Ingeborg Breines (IPB), Margret Otto (FNF), Heide Schütz (FNF)

15.30-16.00: Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

16.00 - 16.30 Uhr KAFFEEPAUSE

16.30 -17.30 Uhr VII. Panel: Kultur des Friedens – Mehr als ein Protest

Manju Kak, All Indian Women's Conference, IAW, Abschlussrede **Abschlussdiskussion – Moderation:** Marion Böker, Präsidium DFR

Feierlicher Abschluss - Intervention, Paolo Freire Institut Berlin, N.N.

Den **zweiten Tag** wollen wir mit der Vorstellung des doch recht unbekannten 'Menschenrechts auf Frieden' beginnen.

Im Fokus des zweiten Tages steht die Kernaufgabe der Internationalen Gemeinschaft: Die Kultur des Friedens und die Friedenserhaltung mit Blick darauf, was zu tun ist und, was Einzelne, was lokal getan werden kann und wie dies in den Gesellschaften zu verankern ist.



Eine große Rolle kommt der Prävention zu, bzw. eine Kultur des Friedens ist ja als Vision einer nachhaltigen Prävention für einen anhaltenden Frieden gedacht.

Das Seminar findet in den Räumen des Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstraße 30 in 10117 Berlin-Mitte statt. Wir möchten dort mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft debattieren. Mit unserer Veranstaltung wollen wir die Geschlechtergleichstellung und das Konzept der Menschenrechte im Rahmen der Umsetzung der UNSCR 1325 stärken und dieser Thematik Sichtbarkeit verleihen.

Wir kalkulieren 120 TeilnehmerInnen, bestehend aus Mitgliedern der IAW und des DFR, sowie interessierten Tagesgästen und auf die Thematik ausgerichtete NGO's (Frauennetzwerk für Frieden, Deutscher Frauenrat etc.). Das bedeutet, es ist eine Expertise im Raum, die wir nur selten genießen können.

Tagungssprache ist Englisch/Deutsch (mit Dolmetscher*innen).

Optional: Außerhalb dieses Programms wird danach ein Stadtspaziergang auf dem BERLI-NER FRIEDENSPFAD (Peacetrail) mit Dr. Ilse Schimpf-Herken u.a. vom Paolo-Freire-Institut Berlin zu Orten angeboten, an denen sich Frauen für Frieden eingesetzt haben: Hedwig Dohm, Lida Morgenstern, Proteste in der Rosenstraße u.a.

Beginn: 18.30 Uhr Dietrich Bonhoeffer Haus **Ende:** 20.00 Uhr Dietrich Bonhoeffer Haus

Kostenbeteiligung: 10 EUR p. P.

Das Seminar wird gefördert von





ERNA-SCHLEPPER-STIFTUNG

Der DFR ist anerkannter Bildungsträger der Bundeszentrale für politische Bildung.





English Program of the International Federal Seminar Squaring the Circle for Women, Peace and Security

24./25. of October 2018

Venue: Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, 10117 Berlin-Mitte

Ending wars and armed conflicts, protecting human rights and gender equality by implementing UN Security Council Resolution 1325 "Women, Peace, Security" (UNSCR 1325)

Human activities and peace as a mandatory priority of all political action!

FIRST DAY – Wednesday, 24th of October 2018

09.00 - 09.30 h Registration

09.30 - 09.45 h Welcome Marion Böker, German Women's Council (DFR),

Executive Board

Heide Schütz, President of the Women's Network for

Peace (FNF) and Convener of the IAW Peace

Commission

Joanna Manganara, International Allliance of Women

(IAW), President

10.00 - 12.20 h I. Panel: Stick to the peace goal in every situation - More

women ensure more peace

Xanthe Hall, Co-director of International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW), Board member of International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN Germany)

Kristina Lunz, Center for Feminist Foreign Policy (CFFP), Co-Founder and Country Director for Germany

Nicola Popovic, Expert on Gender Questions in Policy of Peace and Security

Discussion - Moderator: Marion Böker, DFR-Executive Board

12.20 - 12.30 h Short welcome speech

Ms. Parliamentary Undersecretary Caren Marks, Federal Ministry of

Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth

12.30 - 14.00 h LUNCH



14.00 - 15.30 h II. Panel: National Action Plans - Strengths and weaknesses

Heidi Meinzolt, Women's International League for Peace and Freedom, WILPF Dinah Abd El Aziz, Speaker of Human Rights and Gender Questions, Federal Foreign Office

Jeannette Böhme, Advocacy and Human Rights Officer, medica mondiale **Discussion – Moderator:** Nicola Popovic, Expert on Gender Questions in Policy of Peace and Security

From the right to negotiate peace - To Enforce representation of women

15.30 - 16.00 h Coffee break

16.00 - 18.00 h

III. Panel: Women Peacemakers at the Negotiation Table

PART I: What do modern peace negotiations look like? (1: 15 St.)

How do we overcome traditions for more effective peace negotiation tables? - What do women want to negotiate?

Hüsniye Günay, Member of Coordination, Council of Yazidian Women Binevs

Dr. Maria Al Abdeh, Women Now For Development, Syria

Dr. E. Biran Mertan, Gender Advisory Team (GAT), Cyprus

Dr. Maria Hadjipavlou, Gender Advisory Team (GAT), Cyprus

Discussion – Moderator: Marion Böker, DFR-Executive Board

PART II: 5 Peace Tables - World Café (5×7 Min.)

Deeper discussion at regional peace tables - Learning & Exchange

Woman peacemakers above-mentioned will serve as informants at the 5 tables

The focus of the **first day** will be in regard to current challenges of peacekeeping (non-governmental actors, new and traditional geopolitical wars; further stage of militarisation) and its impact on gender relations as well as the 2nd National Action Plans of the UN-SCR 1325 "Women, Peace, Security" for Germany and other countries. We like to debate how we can improve and strengthen the implementation of UN-SCR 1325 - furthermore of peace itself-and how we can mobilize all potentials available and needed for these purposes like governments and civil society actors/members.

As for the debate about new challenges, new wars and militarisation we proceed on the **observation and assumption** that, first and foremost, the UN-SCR 1325 had resulted most powerful and most eager in the area of integration of equal staffing of women in NATO, international missions and individual national military forces. There is the greatest, most eager progress in implementing UN-SCR 1325 to be found; unfortunately, less in the other areas.

Many might agree with international peace missions on a more stringent gender and equality, human rights mission statement policy, if, according to UNSCR 1325, more investment in



prevention would occur. Law enforcement (under the ICC) or other areas of UN-SCR 1325 is still under-sustained and under-funded for implementation: women are still not directly and not equally represented and involved in peace negotiations and in all subsequent peace-keeping phases in adequate occupation.

The UN-SCR 1325 has improved much, at least brought it into discourse. But the peace dividend, at least in Germany and Europe, is at the same time undermined by the strengthening and rise of legitimate policy-making of rights wing 'populists' or fascists in parliaments and new military burdens resulting from the eventual financial NATO withdrawal of the US and Brexit. The resulting resolution of offering more protective measures, prosecution, elucidation and ostracism, had the intention to decrease the extent of sexualized war violence and war crime; but the reverse is true. Another devaluation and weakness of the United Nations - including UN-SCR 1325 or the protection of human rights through, for example, CEDAW - is emerging right at the heart of the inappropriately constructed Security Council: its reform and re-composition is overdue.

Overall, with UN-SCR 1325 "in our hand" and all our work, we are confronted with opposing forces.

If and how can we ban the possibly re-growing dis-functional hegemonic masculinity? Does it not experience a global update in the civilian, even right-wing and neighbouring milieu, and if so, what update needs to be done for a reliable governance and civil society to be strong enough for counter act and win the competition for peace, gender equality and human rights if not humanity? Are the current activities and National Action Plans sufficient? Should they not include internal politics, education, technology (drones, AI, 4.0, etc.) much more strongly - and open new areas of action to be effective as e.g. economic and trade policy? How to reshape an effective next generation of National Action Plans for UNSCR 1325; what is the version 5.0. we need?

Human Rights on Peace - From the basic idea to the real instrument

SECOND DAY - Thursday, 25th of October 2018

10.00 - 12.00 h IV. Panel: A human right in its infancy

Introduction: Dr. Wolfgang S. Heinz, German Institute For Human Rights **Short-Inputs/ Replicas:**

Rosy Weiss, former IAW-President, long-standing Chair of IAW Peace Commission

Heide Schütz, President of Women's Network for Peace and Convener of the IAW Peace-Commission

Discussion – Moderator: Marion Böker, DFR-Executive Board



12.00 -12.30 h V. Panel: To invent Human Security: Empowerment for a lasting peace

IAW-Project "Water and Pads for School Girls"

Anuarite Siirewabo Muyuwa (DR Congo), Regional Vice-President IAW Ursula Nakamura, IAW-WHO-Representative Gudrun Haupter, Chair of the IAW- Health Commission **Discussion**

Anchor culture of peace: Where do we stand - What are the challenges and tools

12.30 - 13.30 h Lunch break

13.30 -14.30 h

VI. Panel: Status quo - Where to anchor peace and how

Ingeborg Breines, former Co-President International Peace Bureau Monique Bouaziz, IAW Representative at the UNESCO, European Vice-President for AFEM for France

Xenia Kellner, AGORA - Young Feminist of the European Women's Lobby (EWL)

Discussion - Moderator: Margret Otto, FNF

14.30 - 16.00 h Working groups

Building and maintaining the culture of peace - Mobilize all forces

Each working group will have a resource person and rapporteur Resource people: Ingeborg Breines (IPB), Margret Otto (FNF), Heide Schütz (FNF)

15.30-16.00: Presentation of the working group results

16.00 - 16.30 h Coffee break

16.30 -17.30 h VII. Panel: Culture of Peace – More than just a protest

Manju Kak, All Indian Women's Conference, IAW, Closing speech

Closing discussion - Moderator: Marion Böker, DFR- Executive Board

Celebration - Intervention, Paolo Freire Institute Berlin, N.N.



On the **second day** we want to start with the presentation of the quite unknown 'Human Rights on Peace'.

The focus of the 2nd day will be about the core mission of the International Community: the culture of peace and peacekeeping in terms of what to do and what is individual, what can be done locally, and how to anchor it in the people's hearts and our societies. Thereby prevention plays an important role; the culture of peace can be seen as a vision of a sustainable prevention for a lasting peace.

The seminar will take place in the **Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstrasse 30 in 10117 Berlin-Mitte**. Together with representatives and members from politics, science and academics, and civil society organisations we want to have interesting and exciting discussions. The main goal of the International Federal seminar is to draw attention to and strengthen the gender equality and the concept of human rights within the scope of implementation of the UNSCR 1325.

We calculate with 120 participants, reaching of members of the IAW and the DFR as well as interested daily visitors to thematically-orientated NGOs (Women's Network for Peace, the hostesses DFR, National German Women's Council etc.). This leads to a level of expertise within International Federal Seminar, we are very exciting to offer to you.

The language of the International Federal Seminar is English and German (with interpreters).

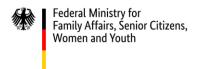
Optional: After this program you can participate in a guided multi-language city tour of the BERLIN PAECETRAIL with Dr. Ilse Schimpf-Herken and some other members of the Paolo-Freire-Institute-Berlin. With this guided tour you can visit places in the midst of Berlin at which women struggled for peace: Hedwig Dohm, Lida Morgenstern, the protests 1943 of women against the imprisonment and deportation of their Jewish husbands and children at Rosenstrasse.

Start: 18:30 h/ 6:30 PM from Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus

Ends: 20:00 h/ **8 PM** at Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus

Costs: 10 EUR p. P. (not covered by the fee)

The seminar is funded by





ERNA-SCHLEPPER-STIFTUNG

The *DFR* is an educational institution approved by the Bundeszentrale für politische Bildung





Überparteilich und überkonfessionell

Deutscher Frauenring e.V. • Sigmaringer Str. 1, 10713 Berlin

INFORMATIONSBLATT ZUR DFR-WANDERAUSSTELLUNG

"ÜBER LEBEN - Ezidinnen nach dem Femizid 2014" Aufarbeitung – Gerechtigkeit – Menschenrechte

Die Ausstellung ist im Rahmen der Kooperation des DFR e.V. mit der Platform for Struggle for Women Held in Captivity entstanden und wurde von UN WOMEN Nationales Komitee Deutschland e.V., Bonn, finanziell unterstützt. Am 25.11. 2018 wurde sie im Frauenmuseum Bonn eröffnet. Sie ist von uns auszuleihen.

Die Ausstellung beinhaltet 2 Texttafeln und 20 Tafeln mit 12 Interviews und Fotos ezidischer Mädchen und Frauen über: ihre Herkunft, die Ankündigung und Ablauf des Femizids, Verschleppung und Versklavung durch die Terroroganisation des sog. 'Islamischen Staats', die Befreiung und ihre Zukunftswünsche.

Ezidische Frauen, denen die Flucht vom IS gelang, fanden den Mut, über die Gewalt zu berichten, die der IS ihnen angetan hat. Sie wurden zwischen Dez. 2017 und März 2018 in Qamishli (Rojava/ Nordsyrien), in Şinjar (Nordirak) und im Raum Baden-Württemberg (Deutschland) interviewt. Sie wollen Zeugnis für mögliche Gerichtsverfahren gegen die Täter ablegen, die Kriegsverbrechen gegen sie bekannt machen und künftig unterbinden, und über noch gefangene Menschen berichten.

Sie erzählen eine Geschichte von Leid sowie großer Stärke. Ihnen ist wichtig, ÜBER LEBEN zu sprechen, denn ihre Kraft erwächst aus der Hoffnung, durch Aufarbeitung, Gerechtigkeit, Menschenrecht und internationalen Schutz zum Frieden für alle Ezid*innen zu gelangen.

Bundesgeschäftsstelle

c/o Unternehmerinnenzentrum West Sigmaringer Str. 1 D 10713 Berlin

Tel.: 030-88 71 84 93 Fax: 030-88 71 84 94 email: mail@d-fr.de Internet: www.d-fr.de

Die Plattform Für Verschleppte Frauen (künftig: Women For Justice) und der DFR möchten mit der Ausstellung die oft vorhandene Unkenntnis über die Kultur und Religion der Ezid*innen überwinden. Diese trägt dazu bei, dass Ezid*innen immer wieder verfolgt wurden. Die Kette der Genozide und zunehmenden Femizide muss unterbrochen werden.

Wir denken, es ist höchste Zeit, dass die Internationale Gemeinschaft Ezid*innen denselben Schutz und dieselben Rechte wie allen gewährt und sichert.

Technische Daten: 22 A1-Tafeln, UV-Direktdruck auf Alu-Verbund 2 mm, 59, 4 x 84,1 x 1cm, zu 7-8 Tafeln je Paket, 3 Pakete in tragbaren Wellpapprahmen (je 8 Kilo/ insg. 22 Kilo). Kann in einem Kombi-Pkw im Kofferraum transportiert werden.

Kosten für Ausstellungsnehmenden: 140 EUR Sachkostenumlage (inkl. Versicherung auch für Transport; Unterstellung) sowie Transportkosten für einen Weg ab letztem oder zum nächsten Ausstellungsort. Der DFR übernimmt keine Veranstaltungskosten.

Der DFR nennt gerne Referent*innen. Er koordiniert die Termine und sendet Ihnen einen Vertrag zu.

Kontakt: Marion Böker, mail@d-fr.de und marion.boeker@gmx.de

Kto-Nr. 14605 BLZ 28450000 Sparkasse Emden; IBAN-Kto. DE95 2845 0000 0000 014605 Sparkasse Emden BIC: BRLA DE21EMD

Abkürzungsverzeichnis

AA Auswärtiges Amt

AP Aktionsplan

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche

CEDAW Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination

Against Women (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau,

Frauenrechtskonvention)

EPLO European Peacebuildung Liaison Office

(Europ. Verbindungsbüro für Friedenskonsolidierung)

FGM Female Genital Mutilation (Genitalverstümmelung)

FRK Frauenrechtskommission

FSR FrauenSicherheitsRat

GAT Gender Advisory Team

GM Gender Mainstreaming

HCR Human Rights Council

ICC International Criminal Court (Strafgerichtshof)

IAW International Alliance of Women

IDP Internally Displaced Person (Binnenflüchtling)

IPB International Peace Bureau

LGBT Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender

NAP Nationaler Aktions Plan

PTBS psych. Posttraumatic Stress disorder (posttraumatische Belastungsstö-

rung)

SDG Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)

UN-GA United Nation General Assembly (Generalversammlung) on

General Assembly (Generalversammlung)

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees

(Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen)

UN-SCR 1325 United Nation Security Council Resolution 1325

(Frauen-Frieden-Sicherheitsagenda)

UN SG UN Sectretary General

WILPF Women's International League for Peace and Freedom